

Soziale Integration und ethnische Schichtung
- Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration -

Gutachten
im Auftrag der
Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“

von

Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Walter Siebel, Carl von Ossietzky-Universität, Oldenburg

Berlin/Oldenburg, März 2001

Inhaltsverzeichnis

1. Segregation und die Integration von Fremden.....	5
1.1 Die urbane Lebensweise.....	5
1.1.1 Gleichgültigkeit und Toleranz als Voraussetzung für Koexistenz.....	5
1.1.2 Segmentäre Kontakte	6
1.1.3 Die Privatsphäre	6
1.2 Die suburbane Lebensweise	7
1.3 Voraussetzungen und Folgen der zwei verschiedenen Lebensweisen	8
<i>Orte der Fremden: weder hier noch da</i>	9
1.4 Ein Mosaik aus kleinen Welten.....	10
1.4.1 ‚Natural areas‘	10
1.4.2 Stadt als Mosaik.....	11
1.4.3 Integration des Fremden	11
1.5 Der Unterschied.....	11
1.6 Paradigmenwechsel	12
1.7 Konflikte.....	13
2. Die Wohnbedingungen von Ausländern	15
2.1 Haben Ausländer andere Ansprüche an das Wohnen?.....	16
2.2 Wie wohnen Ausländer?	18
2.2.1 Wohndichte.....	19
2.2.2 Ausstattung.....	20
2.2.3 Mietbelastung.....	21
2.2.4 Wohnsicherheit.....	22
2.3 Erklärungen	23
2.3.1 Merkmale der Nachfrage.....	23
2.3.1.1 Demographische Struktur	23
2.3.1.2 Subjektive Orientierungen.....	23
2.3.1.3 Mietzahlungsfähigkeit	24
2.3.1.4 Informationszugang.....	24
2.3.2 Strukturelle Ursachen	24
2.3.2.1 Regionale Wohnungsmärkte.....	25
2.3.2.2 Schichtzugehörigkeit	25
2.3.2.3 Wohndauer	25
2.3.3 Diskriminierung durch Vermieter	25

3. Segregation	28
3.1 Was heißt Segregation?	28
3.2 Warum ist Segregation ein Problem?	28
3.3 Wie ist Segregation zu erklären?	30
3.3.1 Die Angebotsseite.....	31
3.3.2 Die Nachfrageseite.....	32
3.3.3 Diskriminierung	33
3.3.4 Subjektive Präferenzen.....	34
4. Was weiß man über die Segregation von Ausländern?	36
4.1 Wo wohnen Ausländer?	36
4.2 Wie entwickelte sich bisher die Segregation?	37
4.3 Wie entwickelt sie sich voraussichtlich in der Zukunft?	39
4.4 Amerikanische Zustände?	41
5. Die Problematik der Bewertung	43
5.1 Argumente gegen Segregation	43
5.1.1 Ökonomische Nachteile.....	43
5.1.2 Politische Nachteile	44
5.1.3 Soziale Nachteile.....	44
5.1.4 Die Kontakthypothese	45
5.2 Argumente für Segregation	45
5.2.1 Ökonomische Vorzüge.....	46
5.2.2 Politische Vorzüge	46
5.2.3 Soziale Vorzüge:.....	47
5.2.4 Die Konflikthypothese	47
6. Zur Kritik der Segregationsdiskussion	49
6.1 Das historische Erbe in der Debatte über Segregation	49
6.2 Segregation ist nicht gleich Segregation	51
6.3 Falsche Annahmen zu den Effekten physischer Nähe	53
6.4 Segregation bedeutet nicht immer das Gleiche	55
6.4.1 Unterschiede nach der Art des Zustandekommens	55
6.4.2 Unterschiede nach verschiedenen Gruppen.....	56
6.4.3 Unterschied zwischen sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation... 57	
6.5.1 Unfreiwillige Nachbarschaften	59
6.5.2 Benachteiligende Quartiere	61
6.5.3 Sozialer Wohnungsbau – Ghettos von morgen?	63
6.6 Die Ambivalenz der Segregation: Das Beispiel der Ruhrpolen	67

7. Die ethnische Kolonie – Ressource und Restriktion der Integration	71
8. Politik	74
8.1 Das Leitbild	74
<i>Schema I: Typen von segregierten Gebieten.....</i>	<i>75</i>
8.2 Leitlinien.....	78
8.2.1 Die Politik der Desegregation	79
8.2.3 Integrationspolitik.....	82
8.2.4 Die Schule	84
8.2.5 Der öffentliche Raum	85
9. Zusammenfassung.....	88
Literatur.....	91
Glossar.....	104

1. Segregation und die Integration von Fremden

Städte sind durch Zuwanderung entstanden, und nur durch Zuwanderung können sie ihren Bevölkerungsstand halten. Städte, zumal Großstädte, sind daher charakterisiert durch das Zusammenleben von Fremden. Die kulturelle und soziale Heterogenität der Bevölkerung ist ein Definitionsmerkmal von Urbanität.

Wie dieses Zusammenleben möglichst konfliktfrei organisiert werden kann, ist eine der Grundfragen der Stadtpolitik. Soll man die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach Nationalität, Ethnizität, sozialer Schicht etc. separiert in verschiedenen Quartieren der Stadt unterbringen oder soll man sie möglichst gleichmäßig über das ganze Stadtgebiet verteilen - Mischen oder Trennen, das ist die Gretchenfrage von Stadtplanern und Stadtpolitikern, wenn es um die Regulierung heterogener Stadtgesellschaften geht. Diese Frage ist in Deutschland in dem Maße dringlicher geworden, als mit der Differenzierung von Lebensstilen, den zunehmenden sozialen Spaltungen und mit der Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen Aversionen, Fremdenfeindlichkeit und Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen wahrscheinlicher geworden sind.

Die folgenden Überlegungen gehen zunächst auf die verschiedenen Lebensweisen in den Großstädten ein, danach auf die beiden theoretischen Konzepte der Integration von Stadtgesellschaften, die in der Stadtsoziologie entwickelt worden sind. Sie geben Antworten auf die Frage: wie ist ein friedliches Zusammenleben auf engem Raum möglich, auch wenn die Bewohner einander fremd sind oder sich gar feindlich gegenüberstehen?

1.1 Die urbane Lebensweise

In der Tradition von Georg Simmel (1984) gilt die ‚urbane Lebensweise‘ als eine kulturelle Errungenschaft der Großstadtentwicklung, weil sie eine zwanglose Koexistenz von einander Fremden auf engem Raum ermöglicht. Nach Simmel stellt das Zusammenleben von einander Fremden auf engem Raum, wie es für Großstädte typisch ist, eine explosive Situation dar, in der jederzeit Konflikte ausbrechen könnten, wenn sich die Menschen nicht stadtspezifische, „urbane“ Verhaltensweisen angewöhnt hätten, die eine Koexistenz erlauben, ohne – das ist das Entscheidende – daß sich die Menschen einander anpassen!

1.1.1 Gleichgültigkeit und Toleranz als Voraussetzung für Koexistenz

Der Grundgedanke besteht darin, daß jeder Stadtbewohner, unerwünschten Kontakten mit andersartigen Menschen auszuweichen sucht, weil es anders kaum möglich wäre, die vielen ungeplanten und ungewollten Kontakten und Berührungen, denen man in der dicht bevölkerten Großstadt ausgeliefert ist, innerlich zu verarbeiten. Kontakten kann man allerdings nicht physisch ausweichen. Der Großstädter baut deshalb eine Wahrnehmungsbarriere auf: man zieht sich gleichsam ‚nach innen‘ zurück. Man sieht den anderen, aber man meidet den Kontakt, und vor allem: man nimmt ihn als

besondere Person nicht wahr. Ungewollte Kontakte werden bewußt oberflächlich und flüchtig gehalten. Dadurch erscheint der Großstädter zwar als ‚blasiert‘ und ‚arrogant‘, dies ist aber nur Ausdruck eines Selbstschutzes vor psychischer bzw. mentaler Überforderung.

Zwischen den Menschen herrscht auf der einen Seite insofern Gleichgültigkeit, als man sich nicht jedem zuwenden kann, dem man begegnet und sich deshalb auch nicht weiter für ihn interessieren kann – aber auf der anderen Seite heißt dies auch, daß man ihn sein läßt, wie er ist, daß man ihn nicht mit eigenen Vorstellungen oder Erwartungen behelligt, ihn also ‚sich selbst sein‘ läßt. Dadurch ist er trotz aller Verschiedenheit gleich-gültig im Sinne von gleichwertig. So wird die Blasiertheit, die gegenseitige Reserviertheit, die Gleichgültigkeit zu einer Bedingung individueller Freiheit – und in diesem Sinne zeichnen sich die urbanen Umgangsformen durch gegenseitiges Respektieren und Toleranz aus.

1.1.2 Segmentäre Kontakte

Der Großstädter reduziert, wenn er Kontakt zu jemand anderem aufnimmt, gleichsam den Umfang‘ bzw. die Qualität des Kontaktes: die Kommunikation wird beschränkt auf den Zweck des Kontakts, und der Kommunikations- oder Interaktionspartner wird nur in der Funktion angesprochen, die dem intendierten Zweck entspricht: als Kunde, als Verkäufer, als Auskunftsperson. Typisch für Begegnungen in der Großstadt sind also segmentierte, funktional spezifische Beziehungen, bei denen alle übrigen Eigenschaften des Kommunikationspartners, die nichts mit dem Zweck zu tun haben, ausgeblendet bleiben

Unter diesen Umständen kommen Kontakte auch zwischen Bewohnern zustande, die sich im übrigen fremd bleiben können und in den meisten Bereichen ihres Lebens nicht nur nichts miteinander zu tun haben, sondern auch nichts zu tun haben wollen. Hans-Paul Bahrdt (1969) nannte dies eine ‚unvollständige‘ Integration; genauer wäre allerdings ‚begrenzte‘ Integration, weil sie nicht abgebrochen (‚unvollständig‘) ist, sondern gerade in ihrer zweckfunktionalen Begrenzung die Möglichkeit eines verträglichen Zusammenlebens unter Fremden schafft. Die großstadtspezifische Integration kommt gerade deshalb zustande, weil die Beteiligten nur ausschnitthaft (funktionsspezifisch) und nicht als ‚ganze Personen‘ daran beteiligt sind.

Die Beziehungen zwischen den einander fremden Bewohnern werden durch Zwecke vermittelt, die Interaktion ist auf diese Zwecke begrenzt und gelingt ‚ohne Ansehen der Person‘. Ort dieser Beziehungen ist der öffentliche Raum. Sein Modell ist der Markt.

1.1.3 Die Privatsphäre

Notwendiges Gegenüber des öffentlichen Raums der Stadt ist der private. Hier haben Intimität, Emotionalität, Körperlichkeit und Beziehungen, die auf gegenseitiger Kenntnis, Vertrauen oder Liebe beruhen, also all das, was in der urbanen

Kommunikation ausgeblendet bleibt, ihren geschützten Ort. Im privaten Bereich strukturieren nicht Leistung und Recht, sondern Vertrauen und Liebe die Kontakte. Dort wird größtmögliche Übereinstimmung und Harmonie angestrebt, Differenzen werden nicht übersehen, sondern ‚ausdiskutiert‘ oder verändert (abgewöhnt). Die Zugehörigkeit zu solchen Beziehungsnetzen, wie sie Familie, Verwandtschaft oder Freundschaften darstellen, verlangt daher Anpassung, nicht Gleichgültigkeit. Solche Sozialsysteme sind nach innen sehr homogen und nach außen klar abgegrenzt.

Zentraler Ort des Privaten ist die Wohnung. die informellen Netze von Verwandtschaft, Freundschaft und Bekanntschaft sind im übrigen aber immer weniger lokal gebunden. Da die Qualität der informellen Kontakte vom Grad der Übereinstimmung der Anschauungen und Verhaltensweisen abhängig ist, also auf Homogenität beruht, dehnen die Menschen ihre Verkehrskreise räumlich immer weiter aus, um so ihre Optionen zu erweitern. Die Nachbarschaft bietet schlicht zu wenig Auswahl, um genügend Andere zu finden, die einem ähnlich genug sind, um mit ihnen engere und dauerhaftere Beziehungen aufzubauen.

Distanziertes, gleichgültiges Verhalten im öffentlichen Raum, eine weitgehend individualisierte Privatsphäre in der Wohnung und entlokalisierte informelle Netze, die sich über mehrere Städte erstrecken können, charakterisieren die urbane Lebensweise. Ihre Träger sind vor allem jüngere Menschen in der Ausbildung und in der Berufseinstiegsphase sowie kinderlose Erwachsene, meist mit höheren Einkommen und guter beruflicher Qualifikation. Sie bilden die Gruppe der ‚Urbaniten‘. Aber diese urbane Lebensweise beruht auf weitgehenden Voraussetzungen: Die individualisierte Lebensweise ist nur möglich in einer Stadtgesellschaft, die systemisch integriert ist: durch den Arbeitsmarkt, durch den Sozialstaat und andere gesellschaftliche Institutionen.

1.2 Die suburbane Lebensweise

In den Randgebieten der Großstädte und in den Vororten wohnen in erster Linie Familien mit Kindern. Sie sind ökonomisch über wenigstens ein Haushaltsmitglied in den Arbeitsmarkt integriert und verfügen in der Regel über ein überdurchschnittliches Einkommen. Ihren Lebensmittelpunkt bilden die Wohnung und die kleine, im Vergleich zur Großstadt homogene und überschaubare Gemeinde im Umland (vgl. Gans 1974a). Nachbarschaft und nähere Wohnumgebung sind wichtige Aktionsräume vor allem für die Kinder, aber auch für die Eltern aufgrund ihrer in dieser Familienphase eingeschränkten Mobilität. Man teilt mit den Nachbarn nicht nur die gemeinsame Wohnumwelt, man ist auch vielfältig aufeinander angewiesen: bei der Betreuung der Kinder, bei den Freizeitaktivitäten, im Elternbeirat etc. Dementsprechend hoch sind die Ansprüche an die Nachbarschaft. Soziale Homogenität als Vorbedingung funktionierender informeller sozialer Netze, die die Urbaniten über Mobilität herstellen, muß hier durch residentielle Segregation, d.h. durch eine soziale Auslese der Nachbarn gesichert werden. Die Innenstadt wird nur gelegentlich und zu bestimmten Zwecken

aufgesucht.

Die suburbane Lebensweise beruht auf einer kulturellen Exklusivität, die kleine homogene Lebenswelten schafft und sich damit von der Heterogenität der Großstadt abgrenzt. Immobilienpreise und Miethöhe sorgen dafür, daß nur Etablierte Zugang haben, denen die lokal spezifischen kulturellen Symbole vertraut sind.

Voraussetzung für die suburbane Lebensweise ist – wie bei der urbanen – die Integration in Existenz-sichernde Systeme, jedoch suchen die Suburbaniten darüber hinaus eine soziale Integration auf der Basis ähnlicher Lebensstile und komplementärer Bedürfnisse. Die Zugehörigkeit zu den suburbanen Milieus setzt also zweierlei voraus: ein ausreichend hohes Einkommen und soziale wie kulturelle Ähnlichkeit. So entsteht eine sozial homogene Kolonie auf der Basis freiwilliger Segregation zugunsten einer größeren Dichte der sozialen Beziehungen. Diese Integration ist nur auf der Basis von Ausgrenzung möglich.

Die ‚suburbane‘ Lebensweise wird hier schematisch der ‚urbanen‘ gegenübergestellt – in der Wirklichkeit sind die beiden Modi und die damit verbundenen Lebens- und Existenzweisen nicht (mehr) an bestimmte Orte oder Siedlungsräume gebunden. Auch Dörfer sind inzwischen weitgehend urbanisiert, und es gibt auch ‚Dörfer in der Stadt‘. Dennoch bleibt theoretisch und empirisch die Polarität zwischen individualisierter und nachbarschaftlich-kollektiver, zwischen ganzheitlich orientierten und funktional spezifischen Sozialbeziehungen bestehen – die einhergeht mit Unterschieden in den Lebensweisen, und diese bringen durchaus ihre jeweils spezifischen lokalen Milieus hervor.

1.3 Voraussetzungen und Folgen der zwei verschiedenen Lebensweisen

Mit der ‚urbanen‘ und der ‚suburbanen‘ Lebensweise sind hier idealtypisch zwei verschiedene Modi der sozialen Integration beschrieben, die unterschiedliche Voraussetzungen und Folgen haben:

Das Zusammenleben einer heterogenen Bevölkerung auf engem Raum ist die soziologische Definition von Großstadt – darin unterscheidet sich diese Siedlungsform von allen übrigen. Die urbane Lebensweise beruht auf ausschnittthafter Teilhabe an verschiedenen gesellschaftlichen Funktionssystemen. Wer an ihnen teilhaben will, muß

- entweder etwas zu bieten haben: Waren, Dienstleistungen oder Qualifikationen, die von anderen nachgefragt werden (ökonomische Integration),
- oder er muß über Ressourcen verfügen, die es ihm erlauben, von anderen etwas zu erbitten oder zu verlangen (soziale Integration)
- oder er muß über Rechte verfügen, die es ihm ermöglichen, an den städtischen Austauschbeziehungen teilzuhaben (politische Integration).

Das heißt: er muß eine funktional definierte Rolle haben, in der er mit anderen in Kontakt treten kann. Ob dies die Rolle des Wählers, des Verkäufers, des Antragstellers, des Vereinsmitglieds, des Konsumenten, des Experten oder was auch immer ist, ist

sekundär. Ansonsten kann er anonym und ohne nachbarschaftliche oder verwandtschaftliche Einbindung leben.

Die nachbarschafts-betonten Sozialbeziehungen der Vorortbewohner erlauben dagegen nicht, Konflikten durch blasierte Distanzierung aus dem Weg zu gehen. Das suburbane Milieu ist auf Übereinstimmung der normativen Orientierungen und der alltäglichen Verhaltensweisen angewiesen, wie sie im allgemeinen bei Angehörigen der selben sozialen Schicht und mit dem selben kulturellen Hintergrund vorzufinden ist.

Ausgeschlossen sind im ersten, im ‚urbanen‘ Integrationsmodus diejenigen, die über keine nachgefragten Fähigkeiten, keine Ressourcen und keine Rechte verfügen – die sozusagen ‚einfach nur Mensch‘ sind. Sie sind angewiesen auf Beziehungen anderer Art, auf andere Institutionen, auf Zuwendung statt Gleichgültigkeit. Um jedoch in den informellen Netzen von Nachbarschaft oder gar Freundschaft und Verwandtschaft aufgenommen zu sein, ist neben lang dauernder Seßhaftigkeit auch eine weitgehende soziale und kulturelle Ähnlichkeit Voraussetzung. Über dieses Sozialkapital verfügen Fremde, Zugereiste oder andere Neuankömmlinge per Definition nicht. Sie sind im zweiten Integrationsmodus ausgeschlossen.

Mit der Zuwanderung wächst die Gruppe derer in den Städten, die über keine der beiden Voraussetzungen verfügen. Zuwanderer finden häufig keinen Zugang zum städtischen Arbeitsmarkt bzw. zu den Institutionen des Wohlfahrtsstaates und noch weniger zu den informellen Netzen der kulturell homogenen Bevölkerung in den suburbanen Quartieren.

Orte der Fremden: weder hier noch da

Im Raum der Großstadt differenzieren sich die unterschiedlichen Lebensweisen räumlich aus: die ‚urbane‘ Lebensweise findet man eher in den innerstädtischen Gebieten, die ‚suburbane‘ eher am Rande der Stadt in den Einfamilienhaus-Siedlungen oder in nahe gelegenen Dörfern. In dieses sozialräumliche Modell können sich Zuwanderer nur schwer integrieren, denn ihnen fehlen die Voraussetzungen für beide Lebensweisen: für die ‚urbane‘, anonyme und individualisierte Lebensweise fehlt ihnen zunächst der Zugang zu den ökonomischen und politischen Systemen; und für die ‚suburbane‘, eher auf dichte Sozialbeziehungen orientierte Lebensweise fehlt ihnen sogar zweierlei: das gesicherte Einkommen und die kulturelle Ähnlichkeit.

In den suburbanen und dörflichen Regionen sind Zuwanderer daher auch kaum zu finden, und wenn sie – wie Asyl-Suchende oder Aussiedler – zwangsweise durch die politische Administration dort untergebracht werden, gibt es häufig genug scharfen Widerstand.

Orte der sichtbaren Präsenz von Zuwanderern in den Städten sind, wenn sich noch keine eigenständigen Kolonien gebildet haben oder dies mangels Masse gar nicht möglich ist, nicht zufällig die Stationen größter Flüchtigkeit und Mobilität: die Bahnhöfe, Orte des temporären Aufenthalts, offene und wahrhaft urbane Räume. Hier findet keine

dauerhafte Integration statt, hier stören Fremde nicht, sie sind selbstverständlich. Typischerweise versammeln sich dort die Migrantengruppen, die noch kein eigenes lokales Milieu im Stadtraum bilden konnten, deren Integrationsmodus und -ort noch offen ist – gleichsam ein Leben im Wartesaal.

Urbane und suburbane Integration sowie das ‚Leben im Wartesaal‘ sind verschiedene Lebensweisen in der Großstadt, die auf Optionen und Ausschließungen beruhen. Urbane und suburbane Räume sind in unterschiedlicher Weise offen für Fremde, innerhalb des Großstadtraumes gibt es also sehr verschiedene Sozialräume. Beide, geschlossene und offene Räume, gehören zur modernen Großstadt.

1.4 Ein Mosaik aus kleinen Welten

Einen Kontrast zum Idealtypus der urbanen Lebensweise bildet das Konzept der Einwandererstadt, das an der Universität von Chicago Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt worden ist (vgl. Park/Burgess 1925). Die Unverträglichkeit des einander Fremden wird dabei nicht durch die Distanz schaffenden bzw. Distanz aufrechterhaltenden Verhaltensweisen von Individuen neutralisiert, sondern durch eine räumliche Trennung kleiner Welten, die in sich ethnisch und sozial homogen sind und daher engere soziale Beziehungen beinhalten als es in der Vorstellung einer heterogenen Bevölkerung auf engem Raum möglich ist. Auf den ersten Blick weisen diese kleinen Welten eine große Nähe zu den suburbanen Enklaven auf, aber sie unterscheiden sich von diesen in ihrer Funktion und darin, daß sie nicht ganz so freiwillig gewählt werden wie jene.

1.4.1 ‚Natural areas‘

Die Großstadtbevölkerung sortiert sich nach dieser Vorstellung in stark segregierte Quartiere, in denen diejenigen zusammenwohnen, „die zusammen gehören“. So funktionieren Einwandererstädte: Zuwanderer suchen in der Stadt nach Quartieren, wo ihre Landsleute bereits ansässig sind. In solchen segregierten Quartieren haben sich Kolonien gebildet, in denen die Normen und Gebräuche, die sie aus der Heimat mitgebracht haben, gepflegt werden. Den Neuankömmlingen werden dort die notwendigen Einweisungen und Orientierungen gegeben, und sie werden in die formellen und informellen Unterstützungssysteme der Gemeinschaft aufgenommen.

Die ethnischen Communities stützen die Neuankömmlinge sozial, ökonomisch und psychisch, sie bilden gleichsam ein Aufnahmelager, in dem die ersten Schritte in der neuen Umgebung eingeübt – aber auch überwacht werden. Da die neuen Zuwanderer materiell und emotional von der Einbindung in die sozialen Netze der ethnischen Community abhängig sind, müssen sie sich auch den Normen und Verhaltensweisen, die dort für korrekt gehalten werden, anpassen. Die Community übt also soziale Kontrolle aus, die es verhindert, daß die Individuen in unübersichtliche Situationen geraten und in der unbekanntem Großstadt untergehen. Daher werden sie auch als ‚moral regions‘ bezeichnet (vgl. Burgess 1973).

Die sozialen Beziehungen innerhalb der ethnischen Community sind keineswegs nur zweckrational – im Gegenteil, der Einzelne erfährt Vertrauen und Vertrautheit, seine Anschauungen und Verhaltensweisen werden nicht in Frage gestellt sondern unterstützt. In der Community ist das Individuum als Mitglied einer Familie mit seiner ganzen Geschichte bekannt und kann sich auf die Hilfen der Netzwerke verlassen. Die Basis für vertrauensvolle und enge Beziehungen ist die ethnische, d.h. kulturelle Homogenität, ein gemeinsamer Lebensstil und ein Set von gemeinsamen Überzeugungen (z.B. Religion).

1.4.2 Stadt als Mosaik

Die individuelle Freiheit besteht darin, sich durch Integration in den Arbeitsmarkt aus den engen sozialen Netzen der ethnischen Community zu lösen und dadurch fähig zu sein, sich auch aus dem Quartier zu entfernen. Langfristig, mit der Integration der Individuen in die politischen, sozialen und kulturellen Systeme der Gesamtstadt entfremden sich die Zuwanderer nach und nach von ihrer ethnischen Community, sie wachsen in eine neue Kultur hinein, in der die verschiedenen Herkunftskulturen zu etwas Neuem verschmolzen sind. Das war die Idee des melting-pot.

1.4.3 Integration des Fremden

Fremde werden in der amerikanischen Einwanderungsstadt in ‚ihre‘ Gemeinschaften integriert. Ein Fremder, für den keine solche Gemeinschaft bereitsteht, findet nur schwer Zugang zur Großstadt, er sitzt gleichsam ‚zwischen allen Stühlen‘. Wenn er sich einer bestehenden Community anschließen will, muß er sich deren Kultur anpassen. Diejenigen, denen das nicht gelingt, bilden das Reservoir für Kriminalität und andere Formen abweichenden Verhaltens.

In der Einwanderungsstadt stehen sich das zuwandernde Individuum und die Aufnahmegesellschaft nie unvermittelt gegenüber: die Brücke, das Zwischenglied – oder auch den Puffer – bilden die räumlich segregierten Communities. Die Communities verändern sich selbst im Laufe der Zeit durch die Veränderungen, die ihre Mitglieder durch Kontakte mit anderen Milieus in der übrigen Umwelt erfahren. So entstehen immer neue Kulturen, aber sie bleiben stets räumlich separiert – wenn nicht mehr ethnisch, dann nach dem sozialen Status.

1.5 Der Unterschied

Das Verhältnis zwischen den einander fremden Großstadtbewohnern wird in beiden Theorien städtischer Integration als potentiell konfliktbeladen unterstellt. Daß sich unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen, wenn sie unmittelbar und ungewollt aufeinandertreffen, nicht mögen, gilt als ‚natürlich‘. Unterschiedlich sind lediglich die Lösungen aus diesem Dilemma: während im Modell der ‚Urbanität‘ die Distanz zwischen den Individuen, also gerade der Verzicht auf eine die ganze Person umfassende Integration die Grundlage für ein Zusammenleben bildet, ist es im

suburbanen Modell und besonders ausgeprägt im Mosaik-Modell die Distanz zwischen binnenintegrierten Gemeinschaften, die sich räumlich separieren. Die sozialräumlich segmentierte und ethnisch fragmentierte Stadt macht die Koexistenz von fremden und konkurrierenden Gemeinschaften möglich: Integration durch Separation.

In den soziologischen Konzepten begegnen uns drei verschiedene räumliche Modelle, die erhebliche soziale Konsequenzen haben.

- Die Mosaik-Stadt, die sich aus einer sozial und ethnisch sehr heterogenen Bevölkerung in segregierten homogenen Lebenswelten zusammensetzt, repräsentiert offensichtlich den auf der ganzen Welt verbreiteten Typus der Einwandererstadt. Soziale Distanzen und ethnische Identitäten werden in räumliche Distanzen umgesetzt.
- Ihr steht eine ‚moderne‘ Stadtvorstellung gegenüber, die auf einer weitgehenden sozialen Homogenität ihrer Bewohner beruht: die individualisierten Existenzen sind nicht auf die Unterstützung einer Gemeinschaft angewiesen. Fremdheit wird gleichgültig, wenn sie in den sozialen Beziehungen ignoriert werden kann. Auf dieser Basis ist eine sozialräumliche Mischung vorstellbar – und genau dies war das Leitbild der Stadtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland – in Ost und West (vgl. Becker et al. 1999). Die Distanzen sind im Verhalten der Individuen verankert, sie brauchen keinen räumlichen Ausdruck. Dies ist das Modell der Europäischen Stadt.
- Drittens kennen wir die großräumig segregierte Stadt, bei der die Innenstadt der Ort der urbanen, das Umland der Ort der suburbanen Lebensweise ist – eine Segregation, die nach Einkommen und Stellung im Lebenszyklus organisiert ist. Dieses Modell entsprach der Realität der BRD bis in die 70er Jahre. In diesem Modell entflieht der Teil der Stadtbevölkerung, der über die Mittel dazu verfügt, der räumlichen Dichte und den sozialen Zumutungen der urbanen Stadt in die aufgelockerte und sozial homogene Suburb.

Urbane und suburbane Lebensweisen sind nicht mehr die allein vorstellbaren Alternativen für die zukünftige Stadtentwicklung. Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung haben sich verändert. Die Mosaik-Stadt wird immer mehr auch in der europäischen Kultur zur Realität.

1.6 Paradigmenwechsel

Postindustrielle Strukturen und Folgen der Globalisierung von ökonomischen und kulturellen Beziehungen führen zu neuen Differenzierungen, die von den Städten als nicht steuerbare Trends in Rechnung gestellt werden müssen:

- a) Die Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Haushaltstypen
- b) Die wachsende soziale Ungleichheit durch Einkommensdifferenzierung
- c) Die wachsenden kulturellen Differenzen in Folge von Zuwanderung.

Ob unter diesen Bedingungen das Modell der ‚urbanen‘ Stadt aufrechtzuerhalten ist, ist unwahrscheinlich, denn es setzt eine relativ hohe soziale Homogenität voraus. Mit wachsender sozialer und ethnischer Heterogenität ist es nicht zu vereinbaren.

Die Abschottung gegen Zuwanderung und die soziale Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile in den Großstädten ist Ausdruck des Versuchs, das individualistische Integrationsmodell zu bewahren – zu bewahren durch die Errichtung von Mauern, die eine homogene Binnenwelt gegen die anbrandende Auflösung abschirmt. Diese Mauern verschließen individuelle Zugänge und verweisen die ‚Überflüssigen‘, die Nicht-Integrierten auf andere Vergesellschaftungsmodi, z.B. auf die Bildung von Notgemeinschaften zur Sicherung ihrer kulturellen Unversehrtheit und des materiellen Überlebens. In der Verteidigung der ‚alten‘ Stadt wächst aber so bereits die neue Stadt heran, die Einwandererstadt.

Das Paradigma der kulturell homogenen, sozial nur wenig differenzierten Großstadt, die durch die Institutionen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaates die Integration aller Bewohner sicherstellt, und das bis heute den unbefragten Hintergrund für alle stadtentwicklungspolitischen Ziele und Instrumente bildet, hat sich angesichts des demographischen und ökonomischen Wandels überlebt. An seine Stelle muß, wenn die genannten Trends sich fortsetzen, das Paradigma der Einwandererstadt treten.

1.7 Konflikte

Wir haben festgestellt, daß die ‚urbane‘ Stadt und die Mosaik-Stadt verschiedene sozialräumliche Muster repräsentieren. In der Wirklichkeit existieren sie nebeneinander an verschiedenen Orten in der Großstadt und werden von verschiedenen Bevölkerungsgruppen bewohnt.

In der Regel finden sich die ‚urbanen‘ Lebenswelten mit anonymen Nachbarschaften in den innerstädtischen Bereichen. In den äußeren Stadtbezirken oder im Umland findet man dagegen eher solche Bewohner, die den Wunsch nach nachbarschaftlichen, engeren sozialen Beziehungen haben und die soziale Heterogenität und Anonymität eher fürchten. Segregiert sind auch ethnische Quartiere, doch haben sie eine andere Grundlage für nachbarschaftliche Beziehungen: soziale Netze einer homogenen Kultur, die zugleich informelle Hilfe- und Unterstützungssysteme darstellen. In ihnen kann sich, wenn sie lange genug bestehen, eine eigene Infrastruktur bilden, die auf die speziellen Bedürfnisse der Bewohner ausgerichtet ist.

Konflikte entstehen vor allem dort, wo diese unterschiedlichen Lebensweisen aufeinanderstoßen, wo sich Fremdes nicht voneinander separieren oder unberührt nebeneinander leben kann. Das ist dann der Fall, wenn Gruppen, die wenig miteinander im Sinn haben, zu Kontakten gezwungen werden.

Insbesondere entstehen dort mitunter heftige Konflikte, wo einander fremde Bewohner einen sozialen Raum teilen und dadurch auch Ressourcen teilen müssen. Quartiere stellen Ressourcen bereit, die in der Regel begrenzt sind: öffentlichen Raum, öffentliche

Einrichtungen, insbesondere Schulen und Jugendeinrichtungen. Dort treten auch die heftigsten Konflikte auf, die dann Ursache und Anlaß für den Wegzug derjenigen sind, die über das kulturelle, soziale und Geld-Kapital verfügen, um sich einen Wohnstandort auszusuchen, an dem solche Konflikte nicht auftreten, weil er räumliche Distanz zu ungeliebten Nachbarn und die vermißte soziale Homogenität bietet.

Konflikte um Ressourcen im Quartier werden um so unerbittlicher, je stärker die Bewohner auf sie angewiesen sind. Verschiedene empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß die Bewohner um so stärker auf lokale Ressourcen angewiesen sind, je geringer die Mittel sind, über die die Haushalte verfügen, und je niedriger der Bildungs- und Ausbildungsstand der Bewohner ist. Wo sozial und ökonomisch marginalisierte Gruppen, die sich aber kulturell voneinander unterscheiden, im Quartier aufeinandertreffen, dürften also die Konflikte am größten und die Integration am wenigsten wahrscheinlich sein.

2. Die Wohnbedingungen von Ausländern

Der Begriff 'Ausländer' ist eine rechtliche Kategorie, unter der sehr verschiedene soziale Gruppen zusammengefaßt werden: Touristen, Gastarbeiter, Flüchtlinge und in Deutschland Geborene und Aufgewachsene, die keinen deutschen Paß haben, ebenso. Sie sind unterschiedlich arm bzw. reich, unterschiedlich gebildet und haben unterschiedliche Religionen und Lebensstile – wie die deutschen Staatsbürger.

Im Jahre 1998 hatte die Bundesrepublik Deutschland 82.037 Mio. Einwohner, darunter 7.308 Mio. Ausländer, das sind 8,9 %. In den Großstädten (mit mehr als 100.000 Einwohnern) lebten 25.179 Mio. Einwohner, davon waren 13,7 % Ausländer. Von der Bevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft wohnten 29 % in den Großstädten, jedoch 47 % der mit ausländischer Staatsangehörigkeit. 26,7 % der ausländischen und 13,2 % der deutschen Bevölkerung lebten in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern (vgl. Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 1999).

Sieht man ab vom Sonderfall der Kriegsflüchtlinge unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs, die zunächst in die weniger zerstörten ländlichen Regionen gelenkt wurden, so war die Zuwanderung in modernen westlichen Gesellschaften immer primär auf die großen Städte gerichtet. Die Zuwanderung in die Bundesrepublik konzentrierte sich anfänglich auf die süddeutschen Ballungsgebiete, erst ab Mitte der 60er Jahre dehnte sie sich auf die weiter nördlich gelegenen Agglomerationen aus¹.

Die Gastarbeiter der 60er Jahre sollten und wollten sich nur vorübergehend für die Dauer ihrer Arbeit in der Bundesrepublik aufhalten. Erst im Laufe der Zeit und durch selektive Rückwanderung bildete sich eine wachsende Zahl von Bleibewilligen. Das zeigt sich zum einen im Rückgang der Geldüberweisungen in die frühere Heimat (Beauftragte 1994b, 48), zum zweiten im Wandel der demographischen Struktur. Bis 1973, dem Jahr des Anwerbstopps, wanderten vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter, überwiegend jüngere, alleinstehende Männer zu. Nach 1973 konnten aus Ländern, die nicht zur EG gehörten, nur noch Familienangehörige nachziehen. Damit stieg der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Ausländer von 31 % (1961) auf 45,4 % (Beauftragte 2000b, 25). Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der ausländischen Wohnbevölkerung sank von 66,7 % (1972) auf 32,6 % (Beauftragte 1994a, 95). In den 60er Jahren beruhten lediglich 16 % der Zunahme der Ausländerzahl auf Geburtenüberschuß, in den 70er und 80er Jahren dagegen 40 % (Bucher et al. 1991, 501). Damit wurden die 'Gastarbeiter' auch allmählich seßhafter. Die Aufenthaltsdauer ist seit 1973 kontinuierlich gestiegen. 1988 lebten 43,6 % der Ausländer zwischen 10 und 20 Jahren in Deutschland. Im Jahr 1992 hielten sich 25,3 % der Ausländer mehr als 20 Jahre in der Bundesrepublik auf (Bade 1994, 17). Ca. 20,5 % aller 1997 in

¹ West-Berlin bildet insofern eine Ausnahme von diesem Süd-Nord-Gefälle, als dort unmittelbar nach dem Mauerbau die Zuwanderung vor allem von Türken einsetzte, die als Ersatz für die ausgesperrten Arbeitskräfte aus der DDR angeworben wurden.

Deutschland lebenden Ausländer waren hier auch geboren (Statistisches Bundesamt 2000, 569, e.B.). Aus einer reinen Arbeitsbevölkerung, die in Behelfsunterkünften untergebracht war, entwickelte sich eine dauerhaft ansässige 'Wohnbevölkerung'.

2.1 Haben Ausländer andere Ansprüche an das Wohnen?

Daß Ausländer im Durchschnitt unter schlechteren Bedingungen wohnen als 'die Deutschen', ist vielfach festgestellt und beschrieben worden. Sie haben schlechter ausgestattete Wohnungen, die in den am wenigsten begehrten Gegenden liegen, und häufig wohnen sie sehr beengt, d.h. die Wohnungen sind überbelegt. Diese allgemein bekannten Tatsachen werden allerdings sehr verschieden interpretiert: einerseits werden diese Benachteiligungen als Ausdruck von Ausländerdiskriminierung oder Fremdenfeindlichkeit gesehen, andererseits wird gesagt, die meisten Ausländer hätten gar keine höheren Ansprüche, weil sie zu Hause unter noch schlechteren Bedingungen gewohnt hätten (seien also nichts anderes gewohnt) bzw. weil sie gar keine besseren Wohnungen haben wollten, um Mietkosten zu sparen für die Überweisungen nach Hause. Wie sehen die Wohnbedürfnisse von Ausländern aus (vgl. auch Schubert 1996)?

Mit dem Nachzug der Familienangehörigen wurde das Wohnen in den von den Arbeitgebern bereitgestellten Sammelunterkünften seltener, in denen etwa zwei Drittel der 'Gastarbeiter' anfänglich untergebracht waren. Sie bezogen Mietwohnungen. Ab 1981 wurde der Nachzug von Familienangehörigen nur genehmigt, wenn eine 'ordnungsgemäße, nicht unzureichende und familiengerechte Wohnung' nachgewiesen wurde. Eine eigene Wohnung wurde also zur Voraussetzung für den Nachzug von Familienangehörigen. 1998 wohnten 81,8 % der Ausländer in Mietwohnungen, 8,8 % waren Eigentümer, nur noch 1,2 % lebten in Gemeinschaftsunterkünften (Beauftragte 2000a, 175).

Mit steigender Aufenthaltsdauer läßt sich eine leichte Tendenz zur Angleichung nicht nur des Wohnstandortverhaltens an das der deutschen Staatsangehörigen, sondern der Wohnwünsche generell beobachten. Ein Indiz für diese allmähliche 'Normalisierung' sind paradoxerweise die mit der Verweildauer zunehmenden Äußerungen von Unzufriedenheit. Die zweite Generation der Zuwanderer vergleicht ihre gegenwärtige Wohnqualität nicht mehr mit der Situation in der Heimat der Eltern, sondern mit der der Einheimischen (Flade/Guder 1988, 32f), übernimmt also allmählich die Standards ihrer neuen Umwelt.

Informationen zu den subjektiven Ansprüchen und Wünschen von Ausländern an die Wohnverhältnisse sind äußerst spärlich – ein Indiz dafür, daß ein über das bloße Unterbringen hinausgehendes Interesse am Wohnen der Ausländer in der Bundesrepublik kaum existiert. Dabei wäre gerade bei Zuwanderern aus fremden Kulturen zu vermuten, daß sie anders wohnen wollen als die Einheimischen. Die wenigen Untersuchungsergebnisse hierzu stützen allerdings nicht die Vermutung, daß Ausländer qualitativ wesentlich andere und quantitativ begrenztere Wohnwünsche als deutsche Staatsangehörige hätten (s.u.). Auch bei ihnen gehen die Wünsche stets einen

Schritt über das erreichte Niveau hinaus, aber qualitativ in dieselbe Richtung wie bei den Einheimischen. Die Ausländer befinden sich mit ihrer Wohnrealität und dementsprechend auch mit ihren Wünschen zwar auf niedrigeren Stufen als die deutschen Staatsangehörigen, aber sie stehen auf ein und derselben Leiter, die letztlich ins großzügige, gut ausgestattete Eigenheim führen müßte.

Soweit Ausländer qualitativ andere und quantitativ bescheidenere Wohnansprüche zeigen als der Durchschnitt der deutschen Staatsangehörigen, sind diese Unterschiede weniger auf eine andere Kultur des Wohnens zurückzuführen als auf demographische und sozialstrukturelle Unterschiede. Je kürzer die Aufenthaltsdauer, desto mehr entspricht ein Ausländer dem typischen Bild des gering qualifizierten Zuwanderers in einer großen Stadt: jung, männlich, alleinstehend, hoch mobil mit niedrigem Einkommen. Unabhängig von der Nationalität messen solche Stadtbewohner der Wohnung einen geringen Stellenwert zu. In einer biographischen Übergangsphase spielt auch die Wohnung nur die Rolle einer Durchgangsstation, und deshalb dominiert das Interesse an einer billigen, arbeitsplatz- und innenstadtnahen Unterbringung, die die eigene Mobilität nicht behindert. Ähnlich wirkt sich der Rechtsstatus, also die Verlässlichkeit des Aufenthaltsrechts aus. Bei subjektiv oder objektiv begründeter Kurzfristigkeit des Aufenthalts wird niemand besonders in die eigene Wohnsituation investieren wollen. Mit dem allmählichen Übergang von einer reinen 'Arbeitsbevölkerung' zu einer 'Wohnbevölkerung' ab 1973 ändert sich auch der Stellenwert der Wohnung bei den ausländischen Haushalten. Tendenzen der Angleichung an die Standards der einheimischen Bevölkerung setzen sich deshalb erst allmählich durch. Der Nachzug von Familienangehörigen macht mehr Fläche und Räume sowie die technischen und räumlichen Voraussetzungen für eine eigene Haushaltsführung notwendig.

Der Nachzug von Frauen und Kindern, die Vervollständigung des eigenen Haushalts läßt aber auch die Besonderheiten ausländischen Wohnens stärker hervortreten: Eichener (1988) beschreibt für Stadtbewohner in der Türkei eine noch wenig urbanisierte Lebensweise: auch in den Städten dominiert das einstöckige Haus, ein Großteil des Lebens spielt sich im Freien ab. Die Haushalte haben noch vergleichsweise umfangreiche Funktionen der Selbstversorgung und sind stärker in nachbarliche und verwandtschaftliche informelle Hilfsnetze eingebunden; die Gärten haben eher Versorgungs-, weniger ästhetische Funktionen; mehrere Generationen leben häufiger noch zusammen; die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre ist weniger ausgeprägt. Statt dessen wird stärker zwischen männlichen und weiblichen Räumen differenziert, was eine entsprechende Differenzierung innerhalb der Wohnung zwischen öffentlich zugänglichen und unzugänglichen Räumen verlangt (Eichener 1988, 100). Bei der Modernisierung einer Werksiedlung im Ruhrgebiet, die mehrheitlich von Türken bewohnt ist, wurde der Wunsch festgestellt, die Toilette nicht Wand an Wand zur Küche einzubauen, weil ein 'unreiner' Ort weiter entfernt von der Küche liegen müsse, während die deutsche Bauweise solche 'Naßräume' in der Regel aus technischen Gründen benachbart organisiert. Außerdem durfte die Toilette nicht nach Mekka

gerichtet sein. Die befragten Türken wünschten häufiger getrennte Wohnungen im selben Haus, um Mehr-Generationen-Wohnen zu ermöglichen – ein eher demographisch als national bestimmter Wunsch, der bei deutschen Großhaushalten auch anzutreffen ist, nur daß diese sehr viel seltener sind.

Ein Teil der andersartigen Wohnansprüche von Ausländern ist auf deren besondere demographische (mobile Stadtwanderer, größere Haushalte) und soziale (Arbeiter ohne berufliche Ausbildung) Merkmale zurückzuführen, ein anderer Teil beruht auf ihrer geringeren Urbanisierungserfahrung, teilweise handelt es sich um kulturell resp. religiös bedingte Besonderheiten. Sie bestehen in spezifischen Anforderungen an den Wohnungsgrundriß und in gewissen Abweichungen von den Merkmalen des idealtypischen modernen Wohnens (kleinfamiliale Lebensweise, Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit sowie von Arbeiten und Wohnen). Aber die vorliegenden – leider recht dünnen – Informationen weisen in Richtung auf eine mit der Aufenthaltsdauer zunehmende Anpassung an die in der Bundesrepublik dominanten Wohnformen. Deshalb vergleichen wir im folgenden die Wohnungsversorgung der Ausländer mit der der deutschen Staatsangehörigen ohne ‘ausländerspezifische’ Maßstäbe.

2.2 Wie wohnen Ausländer?

„Mehr als jedes andere Merkmal weist ... die Nationalität einen engen Zusammenhang mit Unterversorgungsrisiken in der Bundesrepublik Deutschland auf“ (Hanesch et al. 1994, 173). Ausländer sind nach Hanesch et al. sogar häufiger als deutsche ‚Risikogruppen‘ (Erwachsene ohne Schulabschluß und un- bzw. angelernte Arbeiter) mit Wohnraum unterversorgt. Am stärksten benachteiligt sind Migrantenhaushalte mit Kindern. Über 70 % der großen ausländischen Haushalte mußten 1995 länger als zwei Jahre auf eine Wohnung warten, vergleichbare deutsche Haushalte nur zu knapp 30 % (Bartelheimer 2000, 227).

In einer marktförmig organisierten Wohnungsversorgung sind Qualität und Größe der Wohnung überwiegend vom Haushaltseinkommen abhängig. Ein Vergleich der Wohnungsversorgung nach Staatsangehörigkeit, der lediglich zwischen Deutschen und Ausländern unterscheidet, ist daher schief, wenn die Einkommensverhältnisse nicht beachtet werden. Ausländer werden meist als ungelernete oder angelernte Arbeitskräfte beschäftigt, weil sie entweder über keine Berufsausbildung verfügen oder ihre in der Heimat erworbenen Qualifikationen hier nicht anerkannt werden². Ausländer verdienen

² Diese pauschale Feststellung wird mit zunehmender Aufenthaltsdauer immer unrichtiger, denn auch Ausländer durchlaufen Qualifikationsprozesse, und schon die zweite Generation differenziert sich durch unterschiedliche Bildungsteilnahme und -erfolge. Außerdem gibt es eine wachsende Zahl von Ausländern mit hohen beruflichen Qualifikationen, die z.B. Angestellte von multinationalen Konzernen sind oder in Handelsorganisationen arbeiten. Über die Sozialstruktur der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik liegen jedoch

daher im Durchschnitt weniger als Deutsche. Wollte man bei ihrer (schlechteren) Wohnungsversorgung den Anteil ermitteln, der auf ihre Diskriminierung als Ausländer zurückgeht, müßte man ihre Wohnverhältnisse mit denjenigen von deutschen Haushalten vergleichen, die der gleichen Einkommens- bzw. Beschäftigungsgruppe angehören. Wenn sie dann immer noch deutlich schlechter abschnitten, könnte man von einer 'ausländerspezifisch' schlechteren Versorgung sprechen.

Ein solches Verfahren ist aber nur ausnahmsweise möglich, weil in den verfügbaren Statistiken die Gruppe der Ausländer in der Regel nicht sozialstrukturell aufgeschlüsselt wird. Die üblichen Pauschalvergleiche zwischen Deutschen und Ausländern, zu denen wir im folgenden wegen fehlender Daten meist gezwungen sind, führen aber insofern in die Irre, als dabei unterstellt wird, die Staatsangehörigkeit sei der entscheidende Unterschied beim Zugang zu Wohnraum. Daß es solche Unterschiede gibt, daß Ausländer bei der Wohnungssuche diskriminiert werden, ist allgemein bekannt – aber in welchem Ausmaß, ist kaum zu ermitteln. Diese Einschränkung ist bei den folgenden Daten immer zu beachten.

Wir verwenden die folgenden Indikatoren zur Beschreibung der Wohnsituation: a) Wohndichte (Fläche/Räume pro Person), b) Ausstattung (Wasseranschluß, Energieversorgung, Heizung, Bad, Toilette); c) Mietbelastung (Verhältnis Miete/Haushaltseinkommen); d) Wohnsicherheit (Gemeinschaftsunterkünfte, Situation als Mieter bzw. Eigentümer); e) Wohnumfeldqualität (Standort in der Stadt, Immissionsbelastungen, Gebietstypus).

2.2.1 Wohndichte

Ausländer leben beengter als deutsche Staatsangehörige. Ihnen standen in Westdeutschland 1997 im Durchschnitt pro Person 24,7 qm Wohnfläche und 1,1 Räume zur Verfügung, deutsche Staatsangehörigen dagegen 37,6 qm. Im Durchschnitt hatte 1997 die Wohnung eines ausländischen Haushalts 76,5 qm, die eines deutschen dagegen 94 qm. Deutsche Haushalte (in den Grenzen der damaligen BRD) verfügten im Jahr 1989 über beinahe doppelt so viele Räume pro Person als die ausländischen Haushalte (1,9 : 1,1). Nimmt man den Maßstab „1 Raum pro Person“ als ‚ausreichende Versorgung‘, dann waren 1997 lediglich 7 % der Haushalte mit deutscher Wohnbevölkerung, aber 37 % der Haushalte mit ausländischen Bewohnern unterversorgt (Statistisches Bundesamt 2000, 570, Tab. 1). Nach den Daten des SOEP³ stand in 22 % aller deutschen Großhaushalte (5 und mehr Personen) weniger als ein Raum pro Person zur Verfügung, bei den ausländischen Großhaushalten war das in fast 83 % der Fall. Diese Ungleichheit ist um so schwerwiegender, als sehr viel mehr

kaum Informationen vor, insbesondere nicht solche, die in unserem Zusammenhang verwendet werden könnten.

³ Wir danken Andrea Janßen und Hans-Peter Litz für die Auswertung und Zurverfügungstellung der Daten des SOEP

Ausländer als deutsche Staatsangehörige in größeren Haushalten leben: lediglich in 8,2 % aller deutschen Haushalte lebten 1995 mehr als fünf Personen, aber in 16,5 % aller Ausländer-Haushalte (Mehrländer et al. 1996, 249, Tab. 159). Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 1997 bei Ausländern 3,1 Personen, bei Deutschen nur 2,5 (Statistisches Bundesamt 2000, 570, Tab. 1).

Der Tendenz zur Angleichung der *Wohnvorstellungen* entspricht in keiner Weise eine Angleichung der *realen* Versorgung. Zwischen 1984 und 1989 hat sich die Ungleichheit sogar vergrößert: die Zahl der Räume pro Kopf stieg bei den deutschen Staatsangehörigen von 1,7 auf 1,9, bei den Ausländern blieb sie konstant; die den deutschen Staatsangehörigen durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche nahm in diesem Zeitraum um 2,1 qm zu, bei den Ausländern sank sie jedoch um 2,5 qm – vermutlich durch die zusätzliche Aufnahme nachziehender Familienangehöriger verursacht. Zumindest teilweise sind für diese Diskrepanz aber auch die unterschiedlichen Eigentümerquoten (und damit auch Unterschiede bei der Schichtzugehörigkeit) verantwortlich, denn Eigentümer bewohnen im Vergleich zu Mietern eine fast doppelt so große Wohnfläche. Der Eigentümeranteil unter ausländischen Haushalten ist seit 1980 (2,3 %) um 6,5 Prozentpunkte auf 8,8 % (1998) gestiegen (Beauftragte 2000a, 175). Sind also ca. 90 % der ausländischen Haushalte Mieter, so sind dies nur lediglich ca. 60 % der Haushalte von deutschen Staatsangehörigen.

2.2.2 Ausstattung

Ausländer wohnen in den schlechter ausgestatteten Wohnungen. Insbesondere bei der Heizungsart sind die Unterschiede groß (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Wohnungsausstattung deutscher und ausländischer Haushalte (in %)

	Deutsche Staatsangehörige			Ausländer		
	1984	1989	1998*	1984	1989	1998*
mit Toilette	97	97	98	84	89	97,6
mit Bad	97	98	98,2	76	85	97,3
mit Zentralheizung	81	84	92,9	53	58	83,7

Quelle: Statistisches Bundesamt 1992, 534; * für 1998: SOEP Datenbank, eigene Auswertung: Janßen/Litz

Die jüngeren Daten des SOEP belegen, daß seit 1989 in der westlichen Bundesrepublik erhebliche Sanierungs- und Modernisierungsanstrengungen unternommen worden sind, die auch die ausländischen Haushalte erreicht haben. Mittlerweile ist der westdeutsche Wohnungsbestand so gründlich saniert und modernisiert, daß die Indikatoren für die technische Ausstattung mit Ausnahme des Merkmals Zentralheizung keine

Unterschiede in der Wohnqualität mehr erkennen lassen. Die qualitativen Differenzen verlagern sich damit auf weniger leicht erfaßbare bzw. gar nicht erhobene Aspekte wie physische und soziale Umweltqualitäten, Image und Sicherheit. Die Daten des SOEP zur Einschätzung der Renovierungsbedürftigkeit des bewohnten Hauses lassen aber noch deutliche Unterschiede erkennen: Von den Deutschen halten 67,9 % ihr Haus für in gutem Zustand, von den Ausländern nur 58,6 %, ganz renovierungsbedürftig Deutsche 2,3 %, Ausländer 4,2 %.

Hält man den Faktor Schichtzugehörigkeit (gemessen als berufliche Stellung und Einkommen) konstant, müßte die Differenz, die dann allein durch die Nationalität zu erklären wäre, geringer ausfallen. Uns ist nur eine und schon ältere Studie bekannt (Eichener 1988), die diesen Vergleich gezogen hat – allerdings nur für Türken, deren Wohnsituation im allgemeinen schlechter ist als die der Ausländer anderer Nationalitäten (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Wohnungsausstattung deutscher und türkischer Arbeiter-Haushalte nach Einkommensgruppen (in %)

DM	Deutsche Staatsangehörige			Türken		
	unter 2.500	2.500-3.499	3.500 und mehr	unter 2.500	2.500-3.499	3.500 und mehr
ohne Bad	21	20	10	53	49	54
mit Bad/WC	44	39	40	38	40	37
mit Zentralheizung	35	42	50	9	11	10

Quelle: Eichener 1988, 33

Bei etwa gleichem Einkommen haben die türkischen Arbeiterfamilien schlechter ausgestattete Wohnungen. Unabhängig vom Einkommen leben sie zu einem extrem hohen Anteil in Wohnungen mit Einzelöfen. Angesichts dieser Daten liegt die Interpretation sehr nahe, daß die deutschen Haushalte, wenn sie es sich finanziell leisten können, Ofenheizung bzw. Wohnungen ohne Bad meiden; die ausländischen Haushalte hingegen auf diese Wohnungen angewiesen sind, weil ihnen die 'besseren' nicht zugänglich sind – selbst dann, wenn sie finanziell dazu in der Lage sind. Dies wäre also ein Fall von Ausländerdiskriminierung, weil diese Haushalte durch die Vermieter aus einem Wohnungssegment ferngehalten werden, das größere Annehmlichkeiten bietet.

2.2.3 Mietbelastung

Ausländer gehören überwiegend zur Unterschicht und verdienen weniger als der Durchschnitt der deutschen Staatsangehörigen. Daher müßten Ausländer eigentlich einen höheren Anteil ihres Einkommens für Miete aufwenden als deutsche

Staatsangehörige, denn je niedriger das Einkommen, desto höher ist in der Regel die relative Mietbelastung (Engel'sches Gesetz). Außerdem liegt die Vermutung nahe, daß Ausländer 'Diskriminierungsaufschläge' zu zahlen haben. Nach Flade/Guder (1988, 28) lag ihre Mietbelastung 1978 aber mit 14 % unter dem Durchschnitt der deutschen Staatsangehörigen (16 %). Dies liegt allein daran, daß die Ausländer schlechtere Wohnungen bewohnen. Betrachtet man nämlich die Relation Mietpreis/Wohnqualität, so bestätigt sich die Vermutung von "Ausländeraufschlägen" (Geißler 1996, 158), d.h. daß für die gleiche Wohnung Ausländer eine höhere Miete als deutsche Staatsangehörige bezahlen müssen. Laut Bericht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung (Beauftragte 1994a, 41) zahlen Ausländer durchschnittlich 7 Pfennig mehr pro Quadratmeter als deutsche Haushalte. Nach den jüngeren Daten des Mikrozensus ist dieser Abstand größer geworden: er betrug 1998 48 Pfennig pro Quadratmeter (Winter 1999, 861, Tab. 2). Nach den SOEP Daten zahlen in Westdeutschland Deutsche im Durchschnitt 8,42 DM/qm Bruttokaltmiete, Ausländer 9,60 DM/qm. 1998 zahlten annähernd 30 % der ausländischen Haushalte in den alten Bundesländern über 14 DM/qm, während nur 25 % der deutschen soviel für die Miete aufwenden mußten.

Die Ausländer wohnen deshalb angesichts ihrer niedrigeren Einkommen in kleineren Wohnungen (Statistisches Bundesamt, Mikrozensus Zusatzerhebung 1998) In einer Mannheimer Untersuchung von 1977 (vgl. Ipsen 1978) ergab sich sogar, daß Ausländer für schlechtere Wohnungen höhere Preise zahlen müssen. Dieser Sachverhalt liegt wahrscheinlich auch dem ansonsten unlogischen Mißverhältnis zugrunde, daß Ausländer durchschnittlich in schlechter ausgestatteten Wohnungen leben (vgl. Tabelle 2), aber auch noch im Jahr 1998 eine durchschnittlich höhere Bruttokaltmiete bezahlten (11,07 DM/qm für Inländer zu 11,55 DM/qm für Ausländer; vgl. Winter 1999, 861). Diese Differenzen spiegeln sich in der subjektiven Bewertung der Miethöhe. Sehr günstig nach eigenem Urteil ist die Miete für 10,4 % der Deutschen. Bei Ausländern ist der Anteil derer, die ihre Miete als günstig beurteilen, nur halb so hoch, nämlich 5 %. Genau umgekehrt verhält es sich bei der Bewertung der Miete als „viel zu hoch“. Das geben 2,6 % der deutschen Mieter, aber 5 % der ausländischen Mieter an (SOEP).

2.2.4 Wohnsicherheit

Der Anteil der Wohnungseigentümer unter den Ausländer-Haushalten ist von 2,3 % (1980) auf 8,8 % im Jahr 1998 gestiegen (Beauftragte 2000a, 175). Die steigende Eigentümerquote bei Ausländern läßt sich nicht umstandslos als Indiz für gelingende Integration interpretieren. Eine Erklärung dafür kann auch Ausschluß aus dem ökonomisch erreichbaren Segment des qualitativ höheren Miet-Wohnungsmarkts durch Diskriminierung sein. Der Erwerb einer Wohnung ist dann ein Ausweg aus einer Misere (van Hoorn/van Ginkel 1986; Phillips/Karn 1992; Byron 1997).

Ca. 90 % der Ausländerhaushalte wohnen zur Miete; 1985 bewohnten 27 % von ihnen eine Sozialwohnung, 1995 waren es nur noch 22,7 %. (SOEP 1998 10,2 %). Das Sinken

dieser Quote ist mit dem wachsenden Ausländeranteil und der abnehmenden Zahl von Sozialwohnungen zu erklären.

Ein Indiz für die weniger gesicherte Wohnungsversorgung der Ausländer ist ihre Konzentration in Sanierungserwartungsgebieten. Ausländer werden als Rest- oder Übergangsnutzer eingesetzt. Man kann ihnen höhere Mieten abverlangen und die Instandhaltung der Häuser trotzdem unterlassen, da sie wenig Alternativen auf dem Wohnungsmarkt haben und kaum Chancen besitzen, mit Protesten Gehör zu finden. Dadurch wird die Restnutzungsphase der Häuser zugleich verkürzt und besonders profitabel. Die betroffenen Ausländer aber werden zu Bewohnern auf Abruf, die von einem Sanierungsgebiet und Abrißobjekt ins nächste geschoben werden. Aus einer solchen Vermietungsstrategie kann sich eine dauerhafte Konzentration einer ethnischen Minderheit in einem Gebiet ergeben, wenn die Häuser dann doch nicht abgerissen werden, weil sich die Sanierungsstrategie geändert hat – bei den Türken in Berlin-Kreuzberg war das der Fall (vgl. Kapphan 1995).

2.3 Erklärungen

2.3.1 Merkmale der Nachfrage

2.3.1.1 Demographische Struktur

Die demographische Struktur der ersten Zuwanderergeneration wies die typischen Merkmale einer großräumigen Wanderungsbewegung in industrialisierte, urbane Zentren auf. Die provisorische Unterbringung in Sammelunterkünften, als Schlafgänger, Aftermieter, Rest- und Übergangsnutzer von zum Abbruch bestimmter Gebäude korrespondiert mit einer transitorischen Lebensweise. Damit ist nicht gesagt, diese Unterbringung habe dem niedrigeren Bedürfnisniveau einer hochmobilen Arbeiterschaft entsprochen, aber vor allem die Mietzahlungsbereitschaft war niedriger. Ihre Interessen waren anfänglich auf Rückkehr und hohe Sparleistungen gerichtet, weshalb sie in einer vorübergehenden Lebensphase auch bereit waren, schlechte Unterbringung zugunsten einer geringeren Mietbelastung hinzunehmen. Heute hat sich dies, wie gezeigt, geändert: eine Orientierung auf einen dauernden Aufenthalt sowie die Komplettierung der Haushalte durch Heirat bzw. Familiennachzug führt zu einer anderen Nachfrage.

2.3.1.2 Subjektive Orientierungen

Die Argumentation, die Zuwanderer wollten ja gar nicht anders als in den billigsten Unterkünften wohnen, hat in dem Maße ihre Gültigkeit verloren, wie sich die mobile Arbeitsbevölkerung zur Wohnbevölkerung gewandelt hat, sich auf einen dauerhaften (jedenfalls langfristigen) Aufenthalt einrichtete und Familienmitglieder nachzogen. 1980 wollte erst jeder vierte Ausländer für eine längere Zeit in Deutschland bleiben, 1997 bereits jeder zweite, von den Angehörigen der zweiten Generation sogar 68 % (Statistisches Bundesamt 2000, 576). 1987 waren 2/3 (64 %) aller ausländischen Kinder

und Jugendlichen in der Bundesrepublik geboren. Der Anteil der Frauen an der ausländischen Bevölkerung stieg von 31 % (1961) auf 44 % (1990). Damit 'normalisierten' sich auch ihre Wohnvorstellungen. Die wachsende Unzufriedenheit mit der Wohnungsversorgung ist daher paradoxerweise ein Indiz für zunehmende Integration.

2.3.1.3 Mietzahlungsfähigkeit

Die Einkommen der Ausländerhaushalte lagen 1989 pro Haushaltsmitglied unter dem Durchschnitt der deutschen Staatsangehörigen, obwohl ausländische Haushalte im Durchschnitt 1,4 Verdiener, Deutsche nur 1,1 Verdiener hatten (Statistisches Bundesamt 1992, 530). Das ist im wesentlichen ein Effekt der Berufsstruktur: Ausländer sind überwiegend in niedriger qualifizierten Industrie- und Dienstleistungsberufen beschäftigt und daher auch schlechter bezahlt. Mit einem Bruttoverdienst von DM 3.510 verdienten 1997 Ausländer durchschnittlich deutlich weniger als deutsche Staatsangehörige (DM 4.600). Bei einem niedrigeren Haushaltseinkommen müssen Ausländer außerdem für mehr Personen sorgen. Gespart wird u.a. an der Miete. Die Nachfrage der Ausländer nach Wohnungen ist daher pro Person weniger kaufkräftig als die der deutschen Staatsangehörigen.

2.3.1.4 Informationszugang

Von freien Wohnungen kann man über verschiedene Wege erfahren: über Zeitungsanzeigen, Makler oder über Bekannte, Verwandte usw. In den unteren sozialen Schichten haben die informellen Medien die größte Bedeutung; Wohnungen werden 'unter der Hand' vermittelt, man hört von einer Gelegenheit in der Nähe und greift zu. Die üblichen Informationskanäle wie Annoncen oder Makler werden demnach kaum in Anspruch genommen – auch, weil sie mit höheren Kosten verbunden sind und wenig Erfolg versprechen. Häufig kennen Ausländer auch nicht ihre Rechte bezüglich des sozialen Wohnungsbaus (Blanc 1991, 447). Damit bleiben Ausländer aufgrund ihres Suchverhaltens in der Regel beschränkt auf das enge Segment des ihnen aus persönlicher Erfahrung bekannten und direkt zugänglichen Wohnungsmarkts. In den Großstädten spielen von Ausländern betriebene Wohnungsvermittlungen zwar eine wachsende Rolle, diese vermitteln jedoch ebenfalls überwiegend innerhalb des 'ethnisch' zugänglichen Segments.

2.3.2 Strukturelle Ursachen

Die bisher diskutierten Ursachen für eine schlechtere Wohnungsversorgung von Ausländern sind der sozialen Lage von Zuwanderern zuzurechnen, sie beschreiben noch keine Diskriminierung *als* Ausländer. Die mangelhafte Wohnungsversorgung der Ausländer ist außerdem durch strukturelle Mechanismen des Wohnungsmarkts bestimmt, die zwar 'ohne Ansehen der Nationalität' funktionieren, aber dennoch gerade Ausländer in die schlechtesten Bestände hineinführen:

2.3.2.1 Regionale Wohnungsmärkte

Vor allem weil sie dort Arbeitsplätze, Bekannte und Verwandte und die Unterstützungsleistungen einer 'ethnischen community' finden, ziehen Ausländer zumindest in der ersten Phase ihres Aufenthalts in die hochverdichteten Agglomerationen, vor allem in die Kernstädte, wo die Ausländerkonzentration schon groß ist. Dort treffen sie auf die angespanntesten Wohnungsmärkte, auf denen periodisch 'Wohnungsnot' herrscht. Sie suchen zunächst also eine Unterkunft in den Nischen eines ohnehin sehr knappen Wohnungssegments und dies wiederum innerhalb von regionalen Wohnungsmärkten, auf denen die Wohnungen generell kleiner und teurer sind als außerhalb der Kernstädte und erst recht außerhalb der Agglomerationen.

2.3.2.2 Schichtzugehörigkeit

Schichtzugehörigkeit spielt eine erhebliche Rolle bei der Wohnungsversorgung. Gemessen an Einkommen und Beruf gehören Ausländer überwiegend zur Unterschicht. Sie mit dem Durchschnitt der deutschen Staatsangehörigen zu vergleichen, verleitet daher dazu, den negativen Effekt der Nationalität zu überschätzen. Zwar sind bei gleicher Einkommens- und Arbeitssituation deutsche Arbeiterhaushalte immer noch besser versorgt als die ihrer ausländischen Kollegen, aber die Diskrepanz zwischen deutschen Staatsangehörigen und Ausländern fällt doch geringer aus, wenn der Faktor Schichtzugehörigkeit kontrolliert wird.

2.3.2.3 Wohndauer

Verfügbar für den Wohnungssuchenden ist jeweils nur das aktuelle Angebot an leerstehenden Miet- und Eigentumswohnungen. Dieses setzt sich zusammen aus fertiggestellten Neubauwohnungen, deren Preise grundsätzlich die Spitze des Preisgefüges bilden, und aus freigewordenen Altbauwohnungen. Mieterwechsel oder Weiterverkäufe werden regelmäßig zu Preisauflägen genutzt, wenn der Wohnungsmarkt dies zuläßt. Wer eine Wohnung sucht, muß in der Regel mit höheren Mietpreisen als diejenigen rechnen, die schon länger in einer Wohnung leben. Ausländer sind zu einem besonders hohen Anteil Zuzügler. Soweit sie in sanierungsverdächtigen Beständen untergebracht werden, sind sie auch häufiger zu erneuten Umzügen gezwungen. Der Anteil der Seßhaften ist daher unter den Ausländern niedriger, der Anteil derer, die erst kürzlich eingezogen oder noch auf der Suche nach einer Wohnung sind, höher. Ausländer bewegen sich also überwiegend im teuersten Bereich des ihnen zugänglichen Marktsegments.

2.3.3 Diskriminierung durch Vermieter

36 % aller befragten Ausländer gaben 1995 an, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche zu haben, davon gaben 62 % an, die Wohnungen seien zu teuer, und 34 %, daß Vermieter Ausländer ablehnen (Mehrländer et al. 1996, 264). Der

‘Diskriminierungsfaktor’ wäre allerdings nur dann genau zu ermitteln, wenn die Wohnsituation von deutschen Staatsangehörigen und Ausländern in gleicher sozialer Lage verglichen würde. Als ‘Ausländeraufschlag’ ist nur zu bezeichnen, wenn dieselbe Wohnung an einen Ausländer gegen eine höhere Miete als an einen deutschen Staatsangehörigen vermietet würde. Die relativ höheren Mietkosten für Ausländer (s.o.) kommen wahrscheinlich eher durch die zuvor genannten anonymen, strukturellen Mechanismen zustande. Da für Ausländer aus subjektiven und objektiven Gründen nur bestimmte Segmente des gesamten Wohnungsangebots infrage kommen, ist dort ihre Nachfrage besonders hoch und die Vermieter können höhere Mietpreise nehmen als sie für Wohnungen solcher Qualität angemessen und möglich wären, wenn sie bei der Vermietung mit dem gesamten Wohnungsangebot konkurrieren müßten.

Bewußt diskriminierende Praktiken der Vermieter gibt es durchaus auch, aber sie dürften von nachrangiger Bedeutung für die schlechte Wohnungsversorgung von Ausländern sein, zumal da eine systematische Ablehnung ausländischer Bewerber nur unter Bedingungen sehr angespannter Wohnungsmärkte ohne allzu große finanzielle Einbußen für die Vermieter bleibt. So haben Wohnungsbaugesellschaften eine ‚Ausländerquote‘, also die Begrenzung des Ausländeranteils, erst eingeführt, nachdem sie Anfang der 80er Jahre Leerstände unter anderem durch die Belegung mit ausländischen Haushalten beseitigt und damit stellenweise sehr hohe Ausländeranteile selbst herbeigeführt hatten.

‚Geld kennt keine Farbe‘ ist eine Formulierung, die die Höherrangigkeit von ökonomischen Kalkülen gegenüber ethnischen und rassistischen Vorurteilen illustrieren soll. Dies gilt aber nur teilweise, denn die ethnische Zusammensetzung der Wohnbevölkerung eines Quartiers kann selbst eine Determinante des ökonomischen Wertes einer Immobilie sein. Vor allem in Wohngebieten mit hohem Sozialprestige können ökonomische Interessen die Vermieter zum Ausschluß ausländischer Bewerber veranlassen: Vermietung oder Verkauf an Nachfrager mit niedrigerem Sozialstatus, z.B. an türkische Familien, könnten – so die gnadenlose ökonomische Kalkulation – die Attraktivität für besser verdienende deutsche Staatsangehörige mindern, die ‘gute Adresse’ ginge allmählich verloren – was langfristig einen Preisverfall zur Folge hätte. Die soziale (exklusive) Struktur eines Wohngebiets ist unmittelbar ein ökonomisches Gut, weil Distinktionsbedürfnisse sich in zahlungskräftiger Nachfrage niederschlagen. Solche Nachbarschaftseffekte sind besonders aus den USA bekannt und dort auch ausgiebig (z.B. als Startpunkt von Verslumungsprozessen) untersucht worden (vgl. Friedrichs 1995, 153ff; Häußermann 1983; Kecskes/Knäble 1988).

Aus diskriminierenden Praktiken läßt sich also nicht ohne weiteres auf dumpfe Ausländerfeindschaft bei den Vermietern oder Verkäufern schließen. Diese Argumente schaffen die Bedeutung persönlicher Vorurteile der Hauseigentümer für die Wohnungsversorgung von Ausländern keineswegs aus der Welt. Am sichtbarsten entfalten direkt diskriminierende Praktiken ihre Wirkung bei den Versuchen, über Quotierungen und Zuzugssperren den Anteil der Ausländer in einem Haus, in einem

Block oder einem Quartier nicht über ein bestimmtes Maß steigen zu lassen. Damit machen sich die Vermieter zu 'Torwächtern' (Gatekeeper) ihrer Mieter, denen sie – berechtigt oder nicht – höhere Anteile von Fremden in der Nachbarschaft nicht zumuten zu können glauben. Der neue Mieter soll für die bereits Ansässigen 'erträglich' sein. Aber von Ausländern erwartet man eher Unverträglichkeiten: viele und laute Kinder, mit Lärm verbundene Familienfeste, mangelnde Ordnungsliebe, Bohnen statt Blumen im Vorgarten, Wäsche auf der Wiese und generell 'Fremdheit'. Ob durch Quotierung seitens der großen Wohnungsbaugesellschaften bzw. der Wohnungsämter oder durch direkten Ausschluß – auch diese Praktiken tragen dazu bei, daß sich der für Ausländer zugängliche Wohnungsmarkt verengt. Je enger aber der Markt, desto höhere Preise müssen gezahlt werden. Erzwungene Segregation verteuert das Wohnen für die Segregierten.

3. Segregation

3.1 Was heißt Segregation?

In diesem Gutachten geht es um das Wohnquartier als Ausdruck und Bedingung der Integration von Zuwanderern. Integration hat verschiedene Dimensionen: ökonomische, politische, kulturelle und soziale. Dementsprechend haben Integrationsprozesse verschiedene Orte: den Betrieb, die politische Arena, Freizeitstätten, die Medien, die Schule. Wie diese Orte beschaffen sind, kann erheblichen Einfluß auf Erfolg oder Scheitern von Integration haben. Im folgenden können nicht alle diese Dimensionen diskutiert werden, die anderen Orte neben dem Wohnquartier werden nur am Rande thematisiert.

Die Wohnorte von Ausländern verteilen sich nicht gleichmäßig über die Stadt. Sie konzentrieren sich vielmehr in bestimmten Quartieren: sie sind segregiert. Mit Segregation wird die ungleiche Verteilung der Wohnstandorte verschiedener sozialer Gruppen im städtischen Raum bezeichnet. Je stärker die Streuung der Wohnstandorte von Angehörigen einer Gruppe von einer Zufallsverteilung abweicht, desto höher ist ihre Segregation. Anders gesagt: mit Segregation wird die Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf bestimmte Teilräume eines Gebietes, einer Stadt oder einer Stadtregion bezeichnet. Diese Definition ist nur ein statistisches Maß, das Abweichungen von einer Gleichverteilung feststellt.

Segregation ist ein universelles Phänomen und sie gibt es, seit es Städte gibt. Das Zentrum Babylons im Jahre 2000 vor Christus z.B. war nur Königen und Priestern zugänglich. Und in der mitteleuropäischen Stadt des Mittelalters konzentrierten sich die verschiedenen Handwerke in verschiedenen Quartieren. Die italienischen Städte der Renaissance kannten bereits die Segregation nach Nationalität: Ausländer wohnten strikt reglementiert in bestimmten Quartieren. Auch die Religionszugehörigkeit war bereits in der frühen Neuzeit Anlaß für Segregation: das Wort Ghetto stammt vom Namen des venezianischen Quartiers, auf das zum ersten Mal im Jahre 1595 das Wohnrecht für Juden beschränkt worden ist.

3.2 Warum ist Segregation ein Problem?

Der Begriff der Segregation ist von Soziologen der Universität Chicago in die Stadtanalyse eingeführt worden (vgl. Friedrichs 1977). Sie hatten Anfang des vorigen Jahrhunderts entdeckt, daß die Angehörigen verschiedener ethnischen Gruppierungen und sozialer Schichten nicht gleichmäßig über die Stadt verteilt leben. Vielmehr konzentrierten sie sich in bestimmten Territorien: The (jewish) Ghetto, Little Italy, Germantown, the Gold Coast (die Quartiere der Reichen) and the Slum, Hobohemia – so lauten einige Buchtitel aus dieser Zeit (vgl. Lindner 1990). Chicago wurde als ein Mosaik unterschiedlicher Dörfer beschrieben, in denen jede der zahlreichen Einwandererpopulationen ihren besonderen Ort gefunden hatte. Die chicagoer Soziologen haben darin die Widerspiegelung des Sozialen im Raum der Stadt gesehen:

Segregation ist die Projektion der Sozialstruktur auf den Raum. Sozial einander nahe Gruppen leben auch räumlich benachbart, Veränderungen der räumlichen Position einer Gruppe spiegeln ihren sozialen Auf- oder Abstieg. Prozesse der sozialen Integration bzw. der Ausgrenzung müßten sich demnach an den Bewegungen einer Gruppe im städtischen Raum ablesen lassen.

Universell aber kann das Phänomen der Segregation nur in soweit genannt werden, als damit die einfache Tatsache bezeichnet ist, daß städtischer Raum immer sozial strukturierter Raum ist. Nach welchen Prinzipien (Schicht, Stand, Klasse, Rasse, Religion, Lebensstil, Beruf oder politische Macht) und über welche Mechanismen (Gewalt, Markt, politisch-administrative Planung oder freie Wohnstandortwahl) welche Muster sozialräumlicher Struktur sich bilden, und wie diese Strukturen wahrgenommen und bewertet werden (als gottgegeben oder quasi naturgesetzliche, als wünschenswerter Zustand oder als zu bekämpfende Ungerechtigkeit) – all das hat sich mit jeder gesellschaftlichen Formation gewandelt (vgl. Herlyn 1974). Die sozialräumliche Struktur der vorindustriellen europäischen Stadt beruhte auf einem Gemisch ständischer Prinzipien (Herkunft und Ehrbarkeit), funktionaler Gliederungen nach Beruf (Kaufleute, Handwerker) und Religion (Christen, Juden), wobei die darauf aufbauenden Untergliederungen (das Patriziat, die Gilden und Zünfte, das Ghetto) zugleich "das ökonomische und soziale, das kulturelle und... das politische Leben der Städte in peniblen Ordnungen, die alle Arbeits- und Lebensbereiche umfaßten" organisierten (Schäfers 2000, 71).

Auch heute läßt sich Segregation an unterschiedlichen Merkmalen festmachen und messen:

- sozialstrukturelle Merkmale: Einkommen, Stellung im Beruf, Bildungsstatus;
- demographische Merkmale: Geschlecht, Alter, Haushaltstypus, Stellung im Lebenszyklus, Nationalität;
- kulturelle Merkmale: Lebensstile, Religion, Ethnizität.

Je nach Fragestellung werden die einen oder anderen Merkmale in den Vordergrund gerückt. In der aktuellen Diskussion über die Situation in den Städten in Deutschland stehen zwei Fragen im Mittelpunkt, auf die in diesem Gutachten deshalb auch besonders eingegangen werden soll:

1. Segregation wird als Beeinträchtigung des Verfassungsziels der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, also als mögliche Verletzung sozialer Gerechtigkeitsziele thematisiert. Zentral sind dafür die Merkmale sozialer Ungleichheit (Armut, Arbeitslosigkeit, geringe Qualifikation) sowie demographische und politische Faktoren. Segregation wird also als Ausdruck und Faktor sozialer Ungleichheit thematisiert.
2. Segregation wird zum zweiten als Bedingung und Ausdruck für gelingende oder mißlingende Integration von Zuwanderern diskutiert. Räumliche Konzentration wird

häufig mit ‚Ghetto‘ gleichgesetzt und abgelehnt.

Die sozialräumliche Struktur der Einwandererstadt ist in den USA – als dem klassischen Einwanderungsland – seit der Großstadtbildung thematisiert worden. In Deutschland hat sie mit dem Wandel von Gastarbeitern zu Einwanderern in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit gewonnen. Zuwanderer nach Deutschland haben auch nach längerem Aufenthalt in der Regel nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie haben zum Zeitpunkt der Zuwanderung kaum Kenntnisse der deutschen Sprache, meist niedrige berufliche Qualifikationen, kein Vermögen und nur wenig Kontakte zu Einheimischen. Politische und ökonomische Benachteiligungen überlagern sich also mit kulturellen und sozialen Differenzen.

Die Segregation von Ausländern ist das Ergebnis kumulativer, sich teilweise gegenseitig verstärkender, teilweise aber auch kompensierender Prozesse in der ökonomischen, der politischen, der kulturellen und der sozialen Dimension. Probleme der Integration und soziale Ungleichheit sind bei der Segregation von Zuwanderern auf engste miteinander verflochten. Diese Verflechtung von sozio-ökonomischer Ungleichheit und ethnischer Differenzierung bedingt die besonderen Schwierigkeiten in der Bewertung der Segregation von Ausländern.

Welche Erscheinungsformen und welches Ausmaß von Segregation in einer Stadt beobachtet wird, entscheidet sich nicht nur anhand der Merkmale, die zur Definition der sozialen Gruppe, deren Wohnstandortverteilung man untersucht, herangezogen werden. Ebenso wichtig ist der Zuschnitt der Räume, die der Untersuchung zugrunde gelegt werden. Die gewählten Raumeinheiten entscheiden bei quantitativ verfahrenen Analysen mit über das Ergebnis. Dabei gilt: je stärker sich ethnische Differenz und sozioökonomische Ungleichheit überlagern und je kleiner der gewählte Raumausschnitt, desto schärfer ist die Segregation. Für die Feststellung des Ausmaßes von Segregation eröffnet sich also ein breiter Spielraum für Manipulationen durch die Wahl der räumlichen Ebene. Da die Raumeinheiten, für die statistische Daten zur Verfügung stehen, von Stadt zu Stadt unterschiedlich abgegrenzt sind, gibt es auch keine methodisch gesicherten Stadtvergleiche.

3.3 Wie ist Segregation zu erklären?

Residentielle Segregation ist die Projektion sozialer Ungleichheit in den Raum. Also hat sie zwei Voraussetzungen: soziale Ungleichheit und räumliche Ungleichheit als ungleiche Verteilung von Wohnqualitäten in Stadtgebiet. Welche Art von Segregation dabei entsteht und welches Ausmaß sie annimmt, entscheidet sich an den Mechanismen, durch die die Haushalte im Raum verteilt werden (vgl. Friedrichs 1995; Dangschat 1998).

Für die Situation von Migranten ist es typisch, daß sie in den qualitativ schlechtesten Wohnungsbeständen und räumlich konzentriert wohnen. Wir beschäftigen uns daher im folgenden zunächst mit zwei Fragen, die diese Struktur erklären können:

1. Wie kommt eine räumlich ungleiche Verteilung qualitativ und ökonomisch differenzierter Wohnungsbestände zustande? Das ist die Angebotsseite des Wohnungsmarkts;
2. Wie kommt es zur Verteilung von Individuen auf die unterschiedlichen Segmente des Wohnungsangebots? Das erklärt sich durch die Nachfrageseite des Wohnungsmarkts.

Zusätzlich sind dann aber auch die Praxis der Wohnungsvergabe und die subjektiven Präferenzen der wohnungssuchenden Haushalte zu betrachten.

3.3.1 Die Angebotsseite

Muster sozialräumlicher Ungleichheit in den Städten entwickeln sich über lange Zeiträume, und sie wandeln sich nur äußerst langsam. Sie beruhen auf strukturellen Veränderungen der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau, innerhalb derer wiederum die unterschiedlichen Akteure der Wohnungsversorgung – das sind Grundeigentümer, Investoren, Kreditinstitute, Stadtplaner, Wohnungspolitiker, Wohnungsbauträger, Vermieter und Makler – darüber entscheiden, wo für wen welche Wohnungen angeboten werden. Die Quartiere, in denen sich heute Ausländer konzentrieren, sind somit das Ergebnis teilweise weit zurückliegender Entscheidungen:

- von Industriekapitänen, die anfangs des vorigen Jahrhunderts Werksiedlungen in Nähe ihrer Fabriken errichteten;
- von Stadtplanern und Wohnungspolitikern, die in den 60er und 70er Jahren Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus am Rand der Städte anlegten und einzelne innerstädtische Altbauquartiere für die Sanierung bestimmten;
- von Stadtpolitikern, die dafür sorgten, daß belastende Infrastrukturen wie Verkehrsanlagen, Schlachthöfe und Mülldeponien nicht gerade dorthin kamen, wo starker politischer Widerstand zu erwarten war, also in der Nähe von ‚besseren‘ Wohnquartieren;
- von Institutionen (‚Gatekeeper‘) der Wohnungsverteilung – Wohnungsämter, Wohnungsgesellschaften, private Vermieter –, die dazu geführt haben, daß Ausländer und deutsche Haushalte mit Armuts- und Arbeitsplatzrisiken sich in bestimmten Beständen konzentrieren.

Grundlage sozialer Segregation sind

- die politische Differenzierung von Räumen, die mit den Mitteln von Stadtplanung und Wohnungspolitik unterschiedliche Wohnqualitäten an verschiedenen Standorten schafft,
- die ökonomische Differenzierung von Räumen über Preisdifferenzen zwischen Wohnstandorten und Ausstattungsniveaus,
- die symbolische Differenzierung von Räumen über ihre positive oder negative

Etikettierung durch Architektur, Geschichte, Infrastruktur,

- und schließlich die soziale Differenzierung von Räumen durch die Zusammensetzung der Bewohnerschaft, denn das (hohe oder niedrige) Sozialprestige einer Gegend ist eine Dimension, die abhängig ist vom Sozialstatus ihrer Bewohner, der wiederum durch gezielte Preisgestaltung und selektive Wohnungsvergabe modelliert und verfestigt wird.

Die Angebotsseite wird bestimmt durch die Produzenten von Wohnungen, die Wohnungsbauträger und die Wohnungsvermittler. Sie entscheiden aufgrund ihrer allokativen Ressourcen (Eigentums- und Verfügungsrechte an Immobilien, Kapital, Boden und Produktionsmitteln) und ihre autoritativen Ressourcen (Möglichkeit, den Zutritt zu Wohnraum zu regulieren, Gatekeeper-Funktionen), wo welcher Raum für wen zugänglich wird (Farwick 1999, 39).

3.3.2 Die Nachfrageseite

Die Nachfrageseite wird bestimmt durch Haushalte, die unter Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen Zugang zu Wohnungen suchen.

Die ökonomischen Ressourcen werden nicht allein durch die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmt. Die Sicherheit des Einkommens – Beamte erhalten leichter Kredit als unqualifizierte Industriearbeiter – und die Verfügung über eigenes Vermögen sind vor allem für den Zugang zum Eigentumswohnungsmarkt entscheidend. Die Position eines Haushalts auf dem Wohnungsmarkt ist also in beiden Fällen stark abhängig von seiner Position auf dem Arbeitsmarkt.

Hinzu kommen kognitive Ressourcen. Sie beinhalten Sprachfähigkeit, Kenntnisse über Wohnungsmarkt, Mietrecht und die einschlägigen wohlfahrtsstaatlichen Bestimmungen. Aufgrund der Unübersichtlichkeit des Wohnungsmarktes, die zurückzuführen ist auf die Vielfalt von Informationsmedien (Zeitungen, Wohnungsmakler, Wohnungsämter, informelle Aushänge etc.), auf die Vielzahl verschiedener Anbieter (private Eigentümer von Wohnungen mit oder ohne Sozialbindung, gemeinnützig orientierte Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften) und auf die vielfältigen wohnungsrechtlichen Bestimmungen (Mietrecht, Förderbestimmungen und Belegungsrechte), sind folgende Kompetenzen der Nachfrager besonders wichtig:

- soziale Ressourcen, vor allem die sozialen Netze, zu denen ein Haushalt Zugang hat. Verfügen seine Verwandten, Freunde, Kollegen und Bekannte über Informationen, die ihm bei der Wohnungssuche helfen können? Umfaßt sein soziales Netz vielleicht sogar Gatekeeper des Wohnungsmarktes, die ihm Zugänge zu attraktiven Wohnungen direkt eröffnen könnten?
- politische Ressourcen, d.h. politische Rechte, z.B. das Wahlrecht, Organisationsfähigkeit, Zugang zu politischen Eliten insbesondere der Wohnungs-

und Stadtpolitik, aber auch sozialstaatliche Anspruchsrechte auf Wohngeld, auf Belegrechtswohnungen.

- Auch die gegenwärtige Position auf dem Wohnungsmarkt kann eine wichtige Ressource darstellen, sofern damit Berechtigungen oder Ausschlüsse für andere Wohnungsmarktsegmente verbunden sind, wie es beispielsweise bei der Bevorzugung von Bewohnern eines Stadterneuerungsgebiets bei der Vergabe sanierter Wohnungen innerhalb dieses Quartiers der Fall ist.

Aus dem Zusammenspiel von strukturiertem Angebot und unterschiedlicher Ausstattung der Haushalte mit ökonomischem, sozialem, kulturellem und politischem Kapital ergibt sich die Verteilung der sozialen Gruppen im Raum der Stadt.

Harvey (1973, 168) hat dieses Spiel von Angebot und Nachfrage mit dem Bild eines leeren Theaters verglichen, dessen Sitze sich allmählich füllen: der erste, der das Theater betritt, hat n -Wahlen, der zweite n minus 1 und so weiter bis zum letzten, der den Sitz nehmen muß, der noch frei ist. Die Haushalte mit hoher Ausstattung an den verschiedenen Kapitalsorten gehören zu jenen, die als erste den Wohnungsmarkt betreten und ihre Wahl treffen, die mit niedriger Kapitalausstattung müssen dann das akzeptieren, was von den zuerst Gekommenen übrig gelassen wurde (Farwick 1999, 37f).

Ausländer gehören in der Regel zu den Letzten. Ihre Arbeitsmarktposition ist schwach, also verfügen sie über wenig ökonomisches Kapital. Ihre Sprachkenntnisse und ihr Bildungsstand sind niedrig, also ist ihr kulturelles Kapital gering. Ihre sozialen Netze beschränken sich weitgehend auf Angehörige ihrer eigenen Ethnie, weshalb ihr Informationszugang vergleichsweise beschränkt ist.

Zusätzlich werden ihre schon beschränkten Möglichkeiten durch diskriminierende Praktiken der Vermieter bei der Wohnungsvergabe weiter eingeschränkt.

3.3.3 Diskriminierung

Die strukturellen Mechanismen von Angebot und Nachfrage sind farbenblind, sie diskriminieren nicht nach ethnischen oder Rassenunterschieden. Das tun aber die ‚Gatekeeper‘ auf dem Wohnungsmarkt, also die privaten, gemeinnützigen und öffentlichen "Urban Managers" (Pahl, 1975 und 1977; Kempen/Özüekren 1998, 1643), die über die Vergabe von Wohnungen entscheiden. Ihre positiven und negativen Vorurteile über verschiedene Bewerbergruppen haben ebenfalls Einfluß auf deren Versorgungschancen auf dem Wohnungsmarkt. Zu den von den Gatekeepern eher unerwünschten Mietern, da man bei ihnen geringe Mietzahlungsfähigkeit, störende Verhaltensweisen bzw. keinen schonenden Umgang mit den Wohnungen und generelle Konflikte befürchtet, gehören neben Armen, Kinderreichen, Alleinerziehenden, Arbeitslosen und jüngeren Alleinlebenden auch Ausländer (Farwick 1999, 46).

Über Umfang und Effekte diskriminierender Praktiken gegenüber Ausländern gibt es

keine systematischen Untersuchungen. Aber es gibt indirekte Hinweise. Wenn die Vermieter aufgrund von Wohnungsknappheit zwischen vielen Bewerbern wählen können, dann geben sie ihre Diskriminierungsabsicht sogar in der Zeitungsanzeige öffentlich bekannt: Formulierungen wie „nur an deutsches Ehepaar, nur solvente Deutsche, nicht an Ausländer (sind) ein eindeutiger Beleg dafür, daß Ausländer und Arbeitsmigranten diskriminiert werden“ (Han 2000, 232).

3.3.4 Subjektive Präferenzen

Die Zwänge des Marktes, diskriminierende Praktiken bei der Wohnungsvergabe und der Funktionswandel des sozialen Wohnungsbestandes zum letzten Auffangnetz für Notfälle lassen für die eigenen Wünsche von Haushalten mit geringer Kapitalausstattung wenig Optionen offen. Dennoch spielen unterschiedliche Verhaltensweisen, Präferenzen und Bedürfnisse der Nachfrager eine erhebliche Rolle gerade für die Segregation von Ausländern.

Diese wirken zum einen indirekt durch die Verengung der Auswahl, die nur innerhalb des Restbestandes getroffen werden kann, der übrig bleibt, nachdem die ‚besser gestellten‘ Haushalte ihre Optionen ausgeübt haben. Ausländer werden so in jene Bestände gelenkt, die von Haushalten mit größeren Wahlmöglichkeiten übrig gelassen wurden. Indem mobilitätsfähige, d.h. wohlhabendere (meist deutsche) Haushalte z.B. aus nicht modernisierten Altbauten und aus den Großsiedlungen ausziehen, schaffen sie gleichsam durch negative Optionen jene Räume, in denen Ausländer überhaupt Platz finden können. Da deutsche Haushalte auch deshalb aus Quartieren fortziehen, weil dort für ihren Geschmack zu viele Ausländer wohnen (Friedrichs 1998b, 1757), können solche Räume gerade in den Quartieren mit bereits hoher Ausländerkonzentration entstehen.

Aber es gibt auch Präferenzen von ausländischen Haushalten, die direkt zur Segregation beitragen. Der Wunsch, mit Seinesgleichen zusammenzuwohnen bzw. räumliche Distanz zu wahren zu jenen, denen man sich sozial und kulturell fern fühlt, ist bei vielen Haushalten verbreitet, auch bei Ausländern. Daß Ausländer, soweit sie die Wahl haben, zugunsten von Quartieren optieren, in denen sie eine differenzierte Infrastruktur ihrer eigenen Ethnie finden, ist plausibel, weil solche Quartiere ihnen eine bedürfnis- und verhaltensadäquate Versorgung garantieren. Allerdings gilt dies nicht für alle ethnischen Minderheiten gleich, und auch innerhalb von ethnischen Gruppen gibt es Unterschiede – je nach Aufenthaltsdauer, Assimilationsgrad oder Lebensphase. Weiße und Asiaten in den USA scheinen z.B. sehr viel stärker darauf zu achten, in ethnisch homogenen Nachbarschaften zu wohnen als Hispanics und Schwarze (Clark 1992; Kempen/Özüekren 1998, 1639).

Trotz der erheblichen Restriktionen, die Ausländern auf dem Wohnungsmarkt wenig Optionen offen lassen, müssen die Wohnpräferenzen auf jeden Fall in Betracht gezogen werden, wenn über politische Reaktionen auf die gegebene Situation nachgedacht wird. Denn auch wenn die heute feststellbaren räumlichen Konzentrationen weitgehend

erzwungen sind, heißt dies nicht, daß die einzige Alternative in der möglichst gleichmäßigen Verteilung der Ausländer (Desegregation) über das Stadtgebiet liegt. Eine Alternative kann auch eine andere Art der räumlichen Konzentration sein - eine unter anderen Bedingungen, nämlich eine freiwillig gewählte.

Nach diesen allgemeinen Überlegungen zur Segregation wollen wir uns im nächsten Abschnitt der Frage zuwenden, was man empirisch über die Segregation der ausländischen Bevölkerung in deutschen Großstädten weiß.

4. Was weiß man über die Segregation von Ausländern?

Zur Segregation von Ausländern liegen nur Fallstudien aus einzelnen Städten vor. Flächendeckende und systematische Darstellungen wurden bisher nicht erarbeitet. Aber die Ergebnisse der Fallstudien sind mit hoher Plausibilität verallgemeinerbar, da sie alle ähnliche Strukturen aufzeigen.

4.1 Wo wohnen Ausländer?

1998 wohnten fast die Hälfte aller Ausländer in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern (vgl. Kapitel 2). Großstädte sind das bevorzugte Ziel der Zuwanderung. Innerhalb der Großstädte konzentrieren sich die Ausländer auf wenige Stadtteile. In Köln wohnen drei Viertel aller Ausländer in einem Drittel der Stadtteile, in Frankfurt ein knappes Drittel der Ausländer in einem Siebtel der Stadtteile (vgl. Keßler/Ross 1991, 37; Stadt Frankfurt 1995, 7, e.B.). 13 % der Einwohner Hannovers sind Ausländer. In den Stadtteilen Linden Süd (33,2 %), Vahrenheide Ost (27 %) war 1994 eine eindeutige Konzentration feststellbar. Besonders hoch ist die Konzentration der Türken in der Stadt. Ein Drittel aller Ausländer in Hannover sind Türken, aber in Vahrenheide Ost machen sie 60,4 % der ausländischen Bewohnerschaft aus, in Linden Nord 55,4 % und in Linden Süd 39,8 %. Fast jeder vierte hannoveraner Türke wohnt in Linden (23,5 %), während nur jeder vierzehnte Deutsche dort wohnt (STATIS 1994, e.B.).

Es gibt vier Typen von Quartieren, in denen sich Ausländer konzentrieren:

- *innerstädtische, nicht-modernisierte Altbaugelände* mit schlechter Wohnumfeldqualität und Substandardwohnungen (ohne Bad, ohne Zentralheizung). Sie bilden den quantitativ gewichtigsten Typus des Ausländerwohnens. In großen Städten sind es häufig die Sanierungs-(Erwartungs-)Gebiete, z.B. *alte Vorortkerne*, in kleinen Städte die *alten Stadtkerne*;
- *alte Arbeiterquartiere*, die häufig wegen der Nähe zu Industriestandorten besonders von Emissionen belastet sind; heruntergekommene Werksiedlungen sowie *ehemalige Soldatenwohnungen* auf Konversionsstandorten;
- Wohnungsbestände an besonders *umweltbelasteten Standorten* (Mülldeponie, Verkehrslärm);
- schließlich *Sozialwohnungen* der jüngeren, daher teureren Förderungsjahrgänge in unattraktiven Bauformen (Hochhäuser) und an ungünstigen Standorten, also in den stark verdichteten *Großsiedlungen* der späten 60er und frühen 70er Jahre. In diesen Siedlungen hatten Anfang der 80er Jahre Wohnungen leergestanden, die die Wohnungsbaugesellschaften durch Einweisung von Ausländern gefüllt haben. Zwischen 1985 und 1992 sind die Anteile der Ausländer in den innerstädtischen Gebieten und in den verdichteten Sozialwohnungsgebieten überproportional gestiegen (Gödecke-Stellmann 1994, 383).

Ausländer wohnen also an Standorten, die von Deutschen abgelehnt werden, sie wohnen im Durchschnitt sehr viel beengter und in schlechter ausgestatteten, älteren Wohnungen, für die sie mehr zahlen müssen als die deutschen Bewohner. Als Mieter und als 'Übergangsnutzer' wohnen sie unter weniger gesicherten Bedingungen, obendrein häufig an Standorten mit hohen Umweltbelastungen (Ausfallstraßen, Industrienähe). Bezogen auf die Wohnungsversorgung kann man von einer 'Unterschichtung' sprechen: die Ausländer bewohnen die untersten Qualitätsstufen noch unterhalb der Wohnungsbestände der deutschen Unterschicht.

4.2 Wie entwickelte sich bisher die Segregation?

Bis zum Ende der ‚goldenen 60er Jahre‘ war Segregation in der westlichen Bundesrepublik kein Thema. Soziale Ungleichheiten und ihre räumlichen Erscheinungsformen verringerten sich im Zuge eines Wachstumsprozesses, dessen Gewinne in Gestalt höherer Realeinkommen, von mehr und besseren Wohnungen und des Ausbaus der sozialen Infrastruktur auch den unteren sozialen Schichten zugute kamen. Außerdem gab es in westdeutschen Städten keine Segregation nach ethnischen oder ‚rassischen‘ Merkmalen, die derjenigen in den Schwarzen Vierteln US-amerikanischer Städte vergleichbar gewesen wäre – aus einer Vielzahl von Gründen (vgl. Häußermann/Siebel 2000):

- Es gab kein Rassenproblem und – bis in die 60er Jahre – auch keine nennenswerte Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen. Daher konnten sozio-ökonomische Benachteiligung und ethnische Diskriminierung nicht jene unheilige Allianz bilden, die zur Herausbildung von Ghettos führen kann.
- Kriegszerstörung, Wiederaufbau, Sanierung und Modernisierung haben vielerorts die alten Muster der Segregation (z.B. in Arbeitervierteln der Gründerzeit) zerstört. Armut und Arbeitslosigkeit waren nicht so dauerhaft verfestigt, daß für eine relevante Minderheit negative Karrieren auf dem Wohnungsmarkt die Folge sein mußten.
- Viele Eigentümer behandeln auch heute noch ihre Immobilien nicht ausschließlich als möglichst profitable Kapitalanlage, insbesondere in Wohnquartieren mit kleinteiligen Eigentumsstrukturen gibt es noch jenen Typus von Hausbesitzern, die sich mit ihrem Hauseigentum identifizieren und es laufend instandhalten. Dadurch gibt es weniger Anreize zur Abwanderung für die Haushalte mit höheren Einkommen.
- Die extreme Wohnungsknappheit ließ keinen Raum für sozial selektive Mobilität, und die politischen Eingriffe in den privaten Wohnungsmarkt (Zwangswirtschaft, Mietpreisstop) setzten den Preismechanismus weitgehend außer Kraft.
- Daneben schufen Wohnungspolitik und Gemeinwirtschaft mit den Förderinstrumenten des sozialen Wohnungsbaus ein umfangreiches, marktfernes Wohnungssegment, in dem Wohnungen nach politisch-administrativen Kriterien

zugeteilt wurden.

- Schließlich haben die gesellschaftlichen Eliten in Kontinentaleuropa stets auch die Stadtzentren besetzt (vgl. Préteceille 2000), im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern, wo der Auszug der Eliten nach Suburbia bereits um 1800 begonnen hat (Fishman 1987). Der Umbau von Paris im 19. Jahrhundert diente wie die Aufwertungsmodernisierung in westdeutschen Städten in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts dazu, die Innenstädte für die Mittel- und Oberschicht attraktiv zu machen.

Aber alle Faktoren, auf die die geringere soziale Segregation in europäischen Städten zurückzuführen ist, verlieren an Bedeutung: die ethnische Zusammensetzung wird heterogener, das Wohnungsangebot ist umfangreicher geworden und läßt mehr Mobilität zu, die Wohnungsbewirtschaftung wird mehr und mehr zu einem eigenständigen Teil der Kapitalverwertung und der Anteil der Sozialwohnungen nimmt laufend ab. Daher ist zu erwarten, daß die soziale Segregation auch in deutschen Städten stärker wird. Bislang allerdings gibt es kaum empirische Belege dafür – lediglich Farwick (1999) hat für Bremen und Bielefeld eine Zunahme der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern nachgewiesen.

Friedrichs (1998b, 1754) hat dagegen festgestellt, daß in Köln, Düsseldorf und Duisburg die Segregation von Ausländern (mit Ausnahme der Jugoslawen) in der 10-Jahres-Periode zwischen 1984 und 1994 abgenommen hat. Andere Studien bestätigen dies für Berlin (Kapphan 2000) und Frankfurt (Bartelheimer 2000, 223). Allgemein gilt, daß im Zuge der ökonomischen, sozialen und kulturellen sowie politischen Integration von Zuwanderern in die dominante Gesellschaft sich auch die Wohnstandorte der Zuwanderer über das ganze Stadtgebiet verteilen (Friedrichs 1998b, 1747) – unter der Voraussetzung geringer Diskriminierung gegenüber den Angehörigen ethnischer Minoritäten. Dennoch wäre es voreilig, aus den vorliegenden Informationen auf eine generell gelingende Integration der Ausländer zu schließen. Einmal, weil im Beobachtungszeitraum die Zahl der Ausländer absolut und relativ zugenommen hat. Die Segregationsindizes aber sinken allein aus statistischen Gründen bei wachsenden Anteilen; zum anderen und vor allem, weil die Indizes nur Durchschnittswerte angeben. Polarisierungen zwischen jenen, denen Integration gelungen ist, und jenen, die an den Rand der Gesellschaft geraten, werden damit zugedeckt. Wenn sich z.B. die ökonomisch erfolgreich integrierten Zuwanderer aus den Einwandererkolonien entfernen, nimmt die Streuung der Wohnstandorte in der Stadt zu, die Segregation der Zurückbleibenden kann sich aber verschärft haben.

Auch Friedrichs schließt aus dem Sinken der von ihm berechneten Segregationsindizes für Ausländer in Köln nicht darauf, daß dieser Trend mit Notwendigkeit auch in Zukunft sich fortsetzen müsse. Dies hänge einmal von der ökonomischen Entwicklung ab, zum zweiten vom Grad der Diskriminierung und schließlich drittens von der Entwicklung auf den Wohnungsmärkten (Friedrichs 1998b, 1761). Viele Anzeichen sprechen für Polarisierungen innerhalb der deutschen Gesellschaft und innerhalb der

Gruppe der Migranten:

4.3 Wie entwickelt sie sich voraussichtlich in der Zukunft?

Wachstumsgewinne filtern angesichts des ‚jobless growth‘ und angesichts der Internationalisierung der ökonomischen Beziehungen nicht mehr nach unten durch. Armut und Arbeitslosigkeit werden für eine wachsende Minderheit zum Dauerzustand. Die Spanne zwischen reich und arm wird nicht mehr kleiner, in den USA weitet sie sich seit den 70er Jahren (Häußermann/Siebel 1995, 85f), in der BRD gibt es Anzeichen für ähnliche Entwicklungen.

Parallel dazu werden die sozialen Netze schwächer. Die demographischen Veränderungen höhlen die informellen Hilffssysteme aus. Es werden weniger Kinder geboren, und es gibt immer mehr sogenannte neue Haushaltstypen: Alleinlebende, Alleinerziehende und kinderlose Paare. Das Einzelkind zweier Einzelkinder aber hat beim Tod seiner Eltern keinen näheren Verwandten. Immer mehr Menschen sind daher im Alter auf professionelle, also zu bezahlende Hilfe angewiesen.

Die 'Vulnerabilität' von Alleinerziehenden etwa bei Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt oder persönlichen Krisen ist höher als die der Haushalte mit zwei Erwachsenen. Normalhaushalte verfügen über mindestens zwei erwerbsfähige Personen, also über eine potentiell festere Einbindung in das Erwerbssystem. Das verhindert, daß das Arbeitsmarktschicksal sich massiv und unmittelbar auf die Einkommenssituation des Haushaltes auswirkt und damit mittelbar auf sein Wohnungsmarktschicksal durchschlägt. Bei Singles wie bei Alleinerziehenden fehlt dieser Filter zwischen Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt, der darauf beruht, daß auf dem Arbeitsmarkt Individuen, auf dem Wohnungsmarkt Haushalte agieren.

Die Spaltungen gerade der Stadtgesellschaft vertiefen sich ferner im Zuge der Globalisierung. Eine ihrer greifbarsten Facetten sind die weltweiten Migrationsprozesse. Migration war immer auf die großen Städte gerichtet. Globalisierung beinhaltet deshalb den Import von Arbeitslosigkeit und Armut aus der zweiten und dritten Welt vor allem in die Zentren der Großstädte der ersten Welt.

Schließlich werden auch die formellen sozialstaatlichen Sicherungsnetze ausgedünnt, durch den Abbau von Leistungen, zumindest aber dadurch, daß sie nicht parallel zu den wachsenden Risiken ausgebaut werden.

Insbesondere die Wohnungs- und Stadtpolitik in Deutschland hat eine lange Tradition des sozialpolitischen Ausgleichs und der Desegregation. Der Stadterweiterungsplan für Berlin von 1866 von James Hobrecht zielte als bewußter Gegenentwurf zum "englischen System", wie es Engels (1845) beschrieben hatte, auf eine kleinräumige soziale Mischung. In der Weimarer Republik dann wurde mit dem Aufbau eines gemeinnützigen Sektors, kommunaler Bodenpolitik und staatlicher Wohnungsbauförderung ein Instrumentarium geschaffen, das durch soziale Mischung und die Anhebung des Wohnungsstandards der unteren Schichten sozial integrierend

wirkte (Häußermann/Siebel 2000). Nach dem Zweiten Weltkrieg ist diese Tradition zunächst fortgesetzt worden, seit Ende der siebziger Jahre aber ist sie abgebrochen. Die Zahl der sozialgebundenen (Belegrechts-) Wohnungen ist – politisch gewollt – massiv zurückgegangen. Da diese Restbestände sich vorwiegend in den architektonisch und städtebaulich besonders unattraktiven Großsiedlungen am Stadtrand befinden, sind die Wohnungsämter gezwungen, die steigende Zahl der Problemfälle in diese für diese Gruppen meist besonders ungeeigneten Bestände einzuweisen. Das beschleunigt den Auszug von Haushalten der Mittelschicht aus den Großsiedlungen. In dem Maße, in dem der soziale Wohnungsbau selektiv schrumpft und seine Funktion ändert, weil er zum letzten Auffangnetz einer bloßen Fürsorgepolitik auf dem Wohnungsmarkt wird, drohen die Restbestände des sozialen Wohnungsbaus zu scharf segregierten Quartieren zu werden.

Die desegregierende Wohnungs- und Stadtpolitik hat ihre Wirksamkeit verloren, nicht aus Absicht, sondern als ungeplante Nebenfolge des Rückzugs des Staates aus dem Wohnungsmarkt. Damit können sich ein Wohnungsmarkt, der ohne Ansehung der Person nach Kaufkraft sortiert, aber auch die diskriminierenden Praktiken von Gatekeepern ausbreiten, die in ihren Beständen 'gute' Mieter bevorzugen. Und auch in der Politik setzen sich direkt segregierende Praktiken durch. Schon immer gab es Belegungspolitiken, die "gezielt Familien 'mit sozialen Anpassungsschwierigkeiten' aus dem gesamten Stadtgebiet" in bestimmten Beständen unterbrachten (Bremer 2000, 185), und die "Festivalisierung der Stadtpolitik" (Häußermann/Siebel 1993) inszeniert Differenz, indem sie Geld und politische Aufmerksamkeit auf die international konkurrenzfähigen Höhepunkte der Stadt konzentriert. Das aber entzieht den schwachen Quartieren die Ressourcen.

Absehbar wird eine dreigeteilte Stadt. Auf der untersten Stufe die ortsgebundenen Armutsmilieus von prekär Beschäftigten und dauerhaft Arbeitslosen, von Ausländern und immobilen armen Alten. Darüber die Wohn-, Arbeits- und Freizeitorte der verschiedenen Lebensstilgruppen aus der integrierten Mittelschicht. Darüber wiederum die Orte der Oberschicht aus Kapitaleignern und einer kaum noch lokal, vielmehr international eingebundenen Gruppe von hochqualifizierten Arbeitskräften aus den produktionsorientierten Dienstleistungen. Da diese drei Inselsysteme sich auf der Erdoberfläche überlagern, entsteht eine Vielzahl unerwünschter Nachbarschaften, deren Grenzen nun kontrolliert werden müssen, und diese Kontrolle wird um so dringlicher, je tiefer die sozialen Spaltungen der Gesellschaft werden. Sowohl in der Volksrepublik China wie in den USA gibt es eine Fülle sogenannter Gated Communities, umzäunter Nachbarschaften, die mit technischen, physischen und personellen Mitteln ihre Grenzen bewehrt haben (Wehrheim 2000). In Deutschland sind solche Entwicklungen mit der Ausbreitung von technischen Überwachungssystemen, informellen und privaten Wachdiensten erst in Ansätzen erkennbar. Aber auch in deutschen Städten wird Sicherheit zu einer bedeutenden Dimension der sozialen Strukturierung von Raum, die die Sortierung nach Schicht und Ethnizität verfestigen kann.

4.4 Amerikanische Zustände?

Für einen Teil der Ausländer wird Segregation nachlassen im Zuge ihrer sozialen und ökonomischen Integration. Wahrscheinlich aber wird dies einhergehen mit einer zunehmenden Konzentration jener, die es nicht geschafft haben, in besonders benachteiligten und benachteiligenden Quartieren der Städte. Dennoch ist das Menetekel der schwarzen Ghettos amerikanischer Innenstädte auf deutsche Verhältnisse nicht übertragbar.

Das Ghetto ist definiert als ein Wohngebiet, das erstens fast ausschließlich nur Angehörige einer Gruppe beherbergt. 1990 lebten 71 % der schwarzen Bevölkerung Chicagos in Wohnblocks, deren Bewohnerschaft zu mindestens 90 % schwarz war (Peach 1998, 507). In westdeutschen Städten beträgt der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung eines Quartiers selten mehr als ein Drittel, und wenn auch jeder vierte Türke in Hannover im Ortsteil Linden wohnt, so bedeutet dies andererseits, daß drei Viertel außerhalb von Linden wohnen.

Das zweite Kriterium für Ghetto ist sein Zwangscharakter: "Das Ghetto ist ein Ort unfreiwilligen, von außen aufgedrungenen Aufenthalts und gilt als Nährboden für besondere Daseins- und Sozialformen, die in der umgebenden Gesellschaft dann als Rechtfertigung erneuter Distanzierung genommen werden. Das Ghetto ist eine Falle, in die man gerät und in der man dann gefangen ist" (Fijalkowski 1988, 9).

Auf absehbare Zeit sind amerikanische Verhältnisse selbst unter pessimistischen Annahmen in Deutschland nicht zu erwarten. Einmal, weil die ethnischen Minoritäten kleiner und weniger sichtbar sind als in den Vereinigten Staaten. Zweitens, weil Immigration hier sehr viel jüngerem Datum ist, Segregation aber lange Zeit braucht. Drittens, weil der deutsche Sozialstaat im Vergleich zu den Vereinigten Staaten weit wirksamer ist. In den sozialen Wohnungsbauquartieren an der Peripherie westdeutscher Städte zeigen sich Ansätze einer ‚Sozialstaatsbevölkerung‘, d.h. einer Bevölkerung, die in Sozialwohnungen wohnt, von Sozialtransfers ihren Unterhalt bestreitet und von staatlich angestellten Gemeinwesenarbeitern betreut wird. Das bislang noch sichtbarste Zeichen eines ‚Problemgebiets‘ sind die Schilder, wie man sie in manchen sozialen Wohnbauquartieren finden kann, auf denen die Vielzahl der Betreuungsinstitutionen verzeichnet sind: Mütterberatung, Kinderkrippe, Drogenberatung, Nachhilfe, Arbeitsvermittlung, Caritas, AWO, Kirchengemeinde... Aber diese Betreuungsinstitutionen sind nicht nur zahlreicher und effektiver als in den USA. In Deutschland vermittelt Abhängigkeit vom Sozialstaat auch kein vergleichbares Stigma wie in den Vereinigten Staaten (Zukin 1998, 516).

Das amerikanische Schwarzenghetto ist ein überdeterminierter Ort, gekennzeichnet durch ökonomische, physische und ästhetische Prozesse der Entwertung, rassistische Diskriminierung, massive Arbeitslosigkeit, miserable Versorgung mit sozialer Infrastruktur, illegalem Drogenhandel, niedriger Selbstachtung, einem Klima der Furcht, der physischen und verbalen Aggression (Zukin 1998, 513f). Die heutigen

ethnischen Kolonien in europäischen Städten sind von solchen Zuständen weit entfernt. Sie sind allenfalls mit den Quartieren der europäischen Einwanderung in die USA zu vergleichen. Das amerikanische Schwarzenghetto ist ein Ort, in dem beinahe jeder Bewohner ein Afroamerikaner ist. Die ethnischen Wohnquartiere der Europäer dagegen waren stets multi-ethnisch wie auch in Deutschland die Stadtgebiete mit einer hohen Konzentration von Nichtdeutschen multi-ethnische Quartiere sind.

5. Die Problematik der Bewertung

Verglichen mit den Vereinigten Staaten aber auch mit Staaten kolonialer Vergangenheit wie England, Frankreich und Holland, ist ethnische Segregation in Deutschland gering. Dies ist auch zurückzuführen auf eine Stadt- und Wohnungspolitik in der BRD, die sich das Ziel gesetzt hat, soziale Segregation, also die Absonderung der sozialen Schichten, definiert nach Einkommen, Stellung im Beruf und Bildung, zu vermindern. Die dafür angeführten sozialpolitischen Argumente werden heute im Hinblick auf die Segregation von Ausländern um Argumente kultureller Integration ergänzt. Man stellt sich eine sozial gerechte und kulturell integrierte städtische Gesellschaft so vor, daß Jung und Alt, Arm und Reich, Deutsch und Nichtdeutsch gleichmäßig über den Raum verteilt sind.

Hinsichtlich der Bedeutung und der Wirkung von sozialräumlichen Mustern für die soziale Integration gibt es allerdings keinen Konsens – weder in der Politik noch in der Wissenschaft. Häufig wird bezüglich der Zuwanderer mit den gleichen Argumenten für und zugleich gegen die Segregation argumentiert. Diese Paradoxie wollen wir im folgenden darstellen und auflösen.

5.1 Argumente gegen Segregation

Gegen Segregation und für ‚soziale Mischung‘, d.h. eine gleichmäßige Verteilung aller sozialen Gruppen über das gesamte Stadtgebiet, werden eine Fülle von Argumenten vorgetragen:

5.1.1 Ökonomische Nachteile

- In Gebieten mit einer hohen Konzentration von Armen und Ausländern ist das privatwirtschaftliche Angebot an Gütern und Dienstleistungen schlechter, weil die Kaufkraft niedrig ist. Das senkt die Attraktivität eines Quartiers für andere soziale Schichten und befördert eine selektive Abwanderung.
- Sozial gemischte Quartiere sind regenerationsfähiger, weil ihre Bewohner bei beruflichem Aufstieg keinen unmittelbaren Anlaß sehen, wegzuziehen. Das wiederum motiviert Hauseigentümer zu kontinuierlicher Instandhaltung und Modernisierung, denn sie sind an einer Stabilität der Mieterschaft interessiert. Mit der Konzentration von Armen und Ausländern sinkt die Attraktivität eines Wohngebiets für zahlungskräftige deutsche Haushalte, was zu einem Rückgang der Boden- und Mietpreise führt. Darauf können Hauseigentümer mit Desinvestition reagieren, was eine weitere Abwertung des Quartiers und weitere selektive Mobilität zur Folge hat. Dieser marktgesteuerte Prozeß ist irreversibel, wenn der Staat nicht interveniert. Dieser Prozeß ist von der Chicagoer Schule als Invasions- und Sukzessionszyklus untersucht worden.
- Eine Dominanz von armen Haushalten bzw. eine auf niedrigem Niveau nivellierte Einkommensstruktur schränkt die Möglichkeiten informeller Beschäftigung in

haushaltsbezogenen Dienstleistungen im Quartier ein, weil einkommensstarke Haushalte fehlen, die solche Dienstleistungen nachfragen.

5.1.2 Politische Nachteile

- Soziale Mischung bedeutet, daß soziale und politische Kompetenz im Stadtteil präsent ist, was eine negative Etikettierung des Stadtteils verhindert und dazu führen kann, daß der Stadtteil eher durch die kommunale Politik berücksichtigt wird. Die Abwanderung der Bewohner, die über hohes soziales und kulturelles Kapital verfügen, mindert die Präsenz von Quartieren im innerstädtischen Verteilungskampf. Wenn ‚die anderen‘, seien es Fremde oder Arme, im Alltag der Eliten nicht präsent sind, dann sind auch ihre Probleme nicht präsent, also gibt es auch weniger Chancen für eine Politik, die ihre Probleme angemessen wahrnimmt und bearbeitet.

5.1.3 Soziale Nachteile

- Die räumliche Konzentration Benachteiligter – und deswegen auch weniger mobiler – Gruppen beschränkt Kontakte auf die Gruppenangehörigen. Damit sinken die Leistungsfähigkeit und die Reichweite der sozialen Netze, denn sozial heterogene Netze bieten bessere Informationen und mehr Kontakte zu potenten Hilfen und wichtigen Ressourcen (Morris 1987; Wegener 1997).
- Die räumliche Konzentration von Angehörigen einer nationalen oder ethnischen Minderheit erleichtert den Rückzug in die eigene ethnische Kolonie. Genügt die Zahl der Ausländer als tragfähige Basis für eine eigene Infrastruktur von gesellschaftlichen Organisationen, Geschäften, sozialen und kulturellen Einrichtungen (vgl. Breton 1965), so kann sich eine "Parallel-Gesellschaft" mit einer eigenen Infrastruktur herausbilden, die sich selbst genügt, die aber auch als Mobilitätsfalle wirkt (Esser 1986, 106ff).
- Räumliche Konzentration erhöht die Sichtbarkeit der Fremden für ihre unmittelbaren Nachbarn (und verringert ihre Sichtbarkeit für alle übrigen). Bei den Nachbarn kann eine räumliche Konzentration von Fremden zu Gefühlen des Bedrohtseins führen, was wiederum die soziale Distanz, Vorurteile und Aggressionen verstärkt. Die Angehörigen der Mehrheitskultur reagieren meist mit Diskriminierung (Anhut/Heitmeyer 2000b, 40). Kommt eine Situation der Knappheit von billigen Wohnungen und Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte hinzu, so werden die Ausländer in besonders benachteiligte Quartiere abgedrängt oder bleiben in diesen gefangen, wodurch ihre Integration in die Gesellschaft zusätzlich behindert wird. Versagte Integration wiederum verstärkt die Segregation und den Rückzug in die eigene Ethnizität.

5.1.4 Die Kontakthypothese

Die Konzentration in bestimmten Quartieren und die Ausbildung einer ‚Kolonie‘ behindert Kontakte mit Institutionen und Individuen der dominanten Gesellschaft. Dadurch wird die Übernahme von Verhaltensweisen, normativen Orientierungen und Kulturtechniken, z.B. Sprachfähigkeit behindert, also Integration erschwert. Vor allem für Kinder verschlechtern sich dadurch die Bildungschancen. Ihre Sprachbeherrschung ist dort schlechter ausgebildet, wo die meisten Spielkameraden nicht Deutsch als Muttersprache haben. Hanhörster und Mölder (2000, 393) betonen die Bedeutung des unmittelbaren Wohnumfelds, der Treppen und Hausflure, des halböffentlichen Raums, der Grünflächen und zentralen öffentlichen Orte für Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern. Stark segregierte Quartiere bieten weniger solche Chancen, was positives Lernen zwischen den Gruppen verhindere.

Sämtliche Argumente, die sich darauf beziehen, daß die soziale und kulturelle Integration durch direkte Kontakte zwischen In- und Ausländern befördert werden, können unter dem Begriff ‚Kontakthypothese‘ zusammengefaßt werden. Sie bündelt die am häufigsten vorgebrachten Argumente gegen eine räumliche Konzentration von Zuwanderern in der Stadt. Wer Integration will, so der logische Schluß, muß sich gegen eine räumliche Konzentration und Absonderung stellen.

Nach der ‚Kontakthypothese‘ erlaubt räumliche Nähe, alltäglich die wechselseitigen Stereotypen zu überprüfen und an der eigenen Erfahrung zu korrigieren. Die These beinhaltet implizit folgende Annahmen:

- Je näher beieinander Menschen wohnen, desto häufiger haben sie Kontakte;
- Je mehr Kontakte unter den Bewohnern stattfinden, desto mehr wissen sie übereinander
- Je mehr Wissen, desto größer die Toleranz zwischen ihnen;
- Je größer Wissen und Toleranz, desto eher findet Integration, d.h. Anpassung an die Verhaltensweisen der Einheimischen statt (Friedrichs 1977, 263)

Demnach würde gemischtes Wohnen, d.h. eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Ausländer in der Stadt, zum Abbau wechselseitiger Vorurteile und zu schnellerer Integration führen. Segregierte Gebiete verhindern Kontakte zwischen Fremden und Einheimischen und daher behindern sie die Integration.

5.2 Argumente für Segregation

Segregation ist das sozialräumliche Muster, das sich bei ungesteuerter Wohnungsverteilung ‚natürlich‘ ergibt – um die Terminologie der Sozialökologie zu benutzen. In der Fremde fühlt sich der Fremde unter seinen Landsleuten am wenigsten fremd, dort bekommt er die für seine Eingliederung notwendigen Informationen, und dort wird ihm auch nicht eine abrupte und radikale Anpassung an die Normen und Gebräuche des Aufnahmelandes abverlangt.

Einwanderung vollzieht sich üblicherweise als Kettenwanderung: Die ersten Migranten aus einer fernen Kultur bilden eine Art Brückenkopf in der Fremde, der dann von den Nachkommenden aufgrund ökonomischer, politischer und sozialpsychologischer Vorteile solcher "Einwandererkolonien" (Heckmann 1992, 96ff) zuerst aufgesucht wird. Das war auch in der Phase der Großstadtbildung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei den Migrationsprozessen innerhalb Deutschlands nicht anders, ebenso bei der europäischen Einwanderung in die Vereinigten Staaten.

Die Argumente, die für eine räumliche Konzentration, also *für* die Segregation vorgebracht werden, verhalten sich fast spiegelbildlich zu den Argumenten, die *gegen* Segregation sprechen:

5.2.1 Ökonomische Vorzüge

- **Materielle Hilfsfunktionen:** Die ethnische Kolonie bietet für die Angehörigen der gleichen Ethnie bzw. Kultur materielle Hilfen, Wohngelegenheiten, vielleicht auch Verdienstmöglichkeiten. Informelle soziale Netze von Verwandten und Landsleuten sind gerade für neu Zugewanderte, die noch keinen Zugang zu den Arbeits- und Wohnungsmärkten und evtl. auch nur geringe oder gar keine Anspruchsrechte gegenüber dem Sozialsystem der Aufnahmegesellschaft haben, überlebenswichtig. Die neu Zugewanderten über das Stadtgebiet zu verstreuen, trennt sie von ihren sozialen Netzen und kann indirekt zu höheren Belastungen für die kommunalen Sozialtats führen (Rex 1998, 135).
- **Ethnische Ökonomie:** Eine ethnische, notwendigerweise fast ausschließlich privatwirtschaftlich organisierte Infrastruktur ist nur möglich auf Basis einer ausreichend großen Klientel im Einzugsbereich, am ehesten auf der Basis einer Konzentration von Migranten aus derselben Kultur in bestimmten Quartieren. Die Entwicklung eines ethnischen Unternehmertums, was einen wichtigen Integrationspfad darstellt (vgl. Goldberg/Şen 1997), ist eng verknüpft mit ethnischen sozialen Netzwerken in räumlicher Nähe als Arbeitskraftressourcen und Nachfragebasis. Die Ressourcen, die sie aus ihren sozialen Netzwerken der Nachbarschaft und der Verwandtschaft mobilisieren können in Gestalt von Krediten, Kunden und billigen, loyalen und flexiblen Arbeitskräften, sind dringend benötigte Starthilfen und Basis des ökonomischen Überlebens (vgl. Portes/Sensenbrenner 1993).

5.2.2 Politische Vorzüge

- Die räumliche Nähe der eigenen Landsleute erleichtert die Verständigung über gemeinsame Interessen und deren Artikulation und Vertretung. Ethnische Kolonien können als Basis dienen für die politische Organisation von Migranteninteressen (Blaschke et al. 1987; Rex 1998; Heckmann 1992).
- Das politische System des Aufnahmelandes findet Gesprächs- und

Verhandlungspartner für die Regulierung von Konflikten und für den Aufbau einer auf die spezifischen Bedürfnisse der Zuwanderer bezogenen Infrastruktur. Gemeinwesenarbeit wird möglich.

5.2.3 Soziale Vorzüge:

- Die neu Zugewanderten erhalten in der ethnischen Kolonie Informationen, soziale und psychologische Unterstützung und praktische Hilfen in ihrer eigenen Sprache, um sich in der Fremde zurechtzufinden, und diese Hilfen werden häufig von früheren Nachbarn, Menschen aus dem gleichen Ort oder der eigenen Familie gegeben. Ein Großteil der Migrationsgeschichte ist ohnehin "eine Geschichte der Familienmigration und des Familiennachzugs" (Hanhörster/Mölder 2000, 368), und die gegenwärtige Zuwanderung speist sich – sieht man von Übersiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion ab – fast ausschließlich aus Familienzusammenführung. Die ethnische Kolonie schützt gegen soziale Isolation. Sie bietet psychische und seelsorgerische Unterstützung, die gerade diejenigen, die ihre Herkunftskultur verlassen mußten und der Kultur des Aufnahmelandes noch nicht zugehören, besonders benötigen. Dies mildert die Gefahr der "Demoralisierung" unter den Einwanderern (Rex 1998, 125f) und ersetzt kommunale Sozialstationen. Die ethnische Kolonie hat also die Funktion eines ‚Erstaufnahmelandes‘.
- ‚Ethnische‘ Güter und Dienstleistungen sowie soziale, kulturelle und religiöse Versammlungsorte, die den eigenen Erwartungen und Bedürfnissen entsprechen, bilden ein Stück vertrauter Heimat in der Fremde (Rex 1998, 125). Nach einer Studie in Köln waren die Befragten sogar bereit, höhere Mieten zu bezahlen, um in der Südstadt bleiben zu können "wegen der Aneignung des Raums durch die Kolonie" (Eckert/Kißler 1997, 214). Die Organisation von Selbsthilfe ist kaum möglich, wenn die, die sich gegenseitig helfen wollen, über den ganzen Stadtraum verstreut wohnen.
- Die Betriebe, Geschäfte etc. der ethnischen Kolonien sind multifunktional, d.h. sie fungieren auch als Knotenpunkte von Verflechtungen und dienen so der Kommunikation und Hilfe, ähnlich der Infrastruktur in traditionellen Arbeiterquartieren oder der ethnischen Infrastruktur jüdischer und deutscher Geschäfte an der Lower Eastside um 1900 in New York (Schöning-Kalender 1988; Veraart 1988).
- Eine ethnische Infrastruktur bildet auch ein attraktives Angebot für die übrige Bevölkerung einer Stadt, die die Läden, Restaurants oder Kultureinrichtungen aufsucht und so mit der Migrantenkultur in Kontakt kommt. Eine ethnische Kolonie kann also auch ein Ort der Kommunikation zwischen den Kulturen sein.

5.2.4 Die Konfliktthese

Sie behauptet das genaue Gegenteil der Kontakthypothese: "Tatsächlich steht einem

nichts ferner und ist weniger tolerierbar als Menschen, die sozial fernstehen, aber mit denen man in räumlichen Kontakt kommt" (Bourdieu 1991, 31). Die enge räumliche Nachbarschaft von Menschen mit unterschiedlichen Erziehungsstilen, Geschlechtsrollen, Esskulturen und Geselligkeitsgewohnheiten, religiösen Riten, Sauberkeitsstandards, Zeitrhythmen und Lärmempfindlichkeiten, summarisch: mit unterschiedlichen Lebensweisen bietet eine Vielzahl von Reibungsflächen und Konfliktmöglichkeiten (vgl. Beispiele in GdW 1998). Das Ziel, ungestört und mit seinen Nachbarn in Frieden leben zu können, gebiert den Wunsch, mit Menschen, die einen ähnlichen Lebensstil haben, zusammenzuwohnen.

Die zentrale These aus den Untersuchungen zur Einwandererstadt, die im Chicago der 20er Jahre entwickelt und zu einem zentralen Theoriebestandteil der Segregationsforschung geworden ist, beinhaltet, daß der sozialen Distanz zwischen Gruppen auch eine räumliche Distanz entspricht. Dies setzt eine freie Wahl der Wohnstandorte voraus. Aber das ist angesichts der Realität der Wohnungsmärkte in den meisten Städten im 20. Jahrhundert eine unrealistische Annahme gewesen. Die scharfen Konflikte in den "überforderten Nachbarschaften" sind daher gerade darauf zurückzuführen, daß den Haushalten, die mit einer multiplen Problemlage belastet sind, eben die Möglichkeit fehlt, soziale oder kulturelle Distanz zu anderen Bewohnergruppen in räumliche Distanz zu übersetzen. Sie werden durch die Mechanismen des Wohnungsmarkts oder durch die Zuweisung einer Wohnung in die Nähe zu Nachbarn gezwungen, mit denen sie gerade nicht benachbart sein wollen.

Nicht nur zwischen Einheimischen und Zuwanderern, auch zwischen verschiedenen Gruppen von Zuwanderern, und auch zwischen Angehörigen der einheimischen Mittelschicht gibt es eine Fülle von kulturellen und sozialen Distanzen – aber nicht alle haben die Möglichkeit, ihre sozialen Distanzen in räumliche zu übersetzen.

Die räumliche Trennung, also Segregation, ist ein Mittel der Konfliktvermeidung. Wo räumliche Nähe zwischen einander fremden oder gar feindlich gesinnten Bewohnergruppen erzwungen wird, werden Konflikte sogar intensiviert. Nicht ein Zuviel sondern ein Zuwenig an Segregation ist dann das Problem.

6. Zur Kritik der Segregationsdiskussion

6.1 Das historische Erbe in der Debatte über Segregation

Die Kontroverse ist alt und ungelöst – die Frage, soll man verschiedene Bevölkerungsgruppen eher trennen oder mischen, beschäftigt Stadtpolitiker, Stadtplaner und Sozialwissenschaftler seit der Zeit, seit durch öffentliche Planung die sozialräumliche Struktur von Städten beeinflusst werden konnte – und dann auch sollte. Die Konzepte des modernen Städtebaus wurden ja vor allem in Europa entwickelt, wo es seit Beginn des 20. Jahrhunderts einen starken Einfluß des Staates auf den Städte- und Wohnungsbau gegeben hat. Die Vorstellung, man könne und solle die sozialräumliche Struktur der Städte gleichsam am Reißbrett komponieren und durch Sozialplanung umsetzen, ist vor allem eine europäische Idee.

Dabei ging es – soweit es um soziale Fragen ging - ausschließlich darum, ob man Quartiere für das Zusammenleben von verschiedenen sozialen Schichten konzipieren oder ob man eine Absonderung der Schichten in verschiedenen Quartieren zulassen sollte. In den Neubaugebieten der europäischen Städte gab es in der Regel die die amerikanischen Städte so quälenden Rassenkonflikte nicht, es ging also allein um das räumliche Management der sozialen Differenzierung in den modernen Städten. Und im Aufbruch zur ‚modernen‘ Gesellschaft, war vor allem unter dem Einfluß der Theorie des Fordismus (vgl. Stiftung Bauhaus Dessau 1995) die Perspektive der Gleichheit leitend, denn durch die Produktivitätssteigerungen der modernen Produktionsorganisation erschien die Trennung der Gesellschaft in Klassen und Schichten als überwindbar. Der Städte- und Wohnungsbau, in dem die Spaltungen der historischen Stadt aufgehoben sein sollten, wurde selbst zu einem Instrument der Gesellschaftsgestaltung. Die Mischung von Berufs- und Einkommensgruppen in den Siedlungen war damit zu einer selbstverständlichen Grundlage der Stadtplanung geworden. So sollte der ‚Neuen Gesellschaft‘ buchstäblich eine ‚Neue Heimat‘ gegeben werden, und diese gebaute Heimat sollte die neue gerechtere Gesellschaft befördern.

Der Städtebau wurde Teil einer grundlegenden gesellschaftlichen Erneuerung, die sich auch im Einbezug der Arbeiterbewegung in die nationale und lokale Politik manifestierte. Der sichtbarste Ausdruck der Klassenspaltung war im 19. Jahrhundert die Entstehung der Arbeiterviertel in den Städten, die hinsichtlich der Bewohnerdichte und der Ausstattung der Wohnungen in scharfem Kontrast zu den bürgerlichen Wohngegenden und Villenvierteln standen. Gegen diese ‚Klassenstadt‘, der von bürgerlichen und kirchlichen Kritikern nicht nur politische, sondern auch zahlreiche soziale und gesundheitliche Gefahren attestiert wurden, richteten sich die neuen sozialräumlichen Konzepte. Mit der Parole ‚soziale Mischung‘ sollte soziale Ungleichheit bekämpft oder zumindest weniger sichtbar gemacht werden.

Umgesetzt wurden diese Vorstellungen zunächst in den maßstäblich noch kleinen Stadterweiterungen zwischen den zwei Weltkriegen (vgl. Herlyn et al. 1987), im großen

Maßstab aber dann nach dem zweiten Weltkrieg in den großen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland und Frankreich wie in den ‚New Towns‘ in England. Die Neubausiedlungen wurden nach einem sozialen Schlüssel belegt, der das gesamte Spektrum der sozialen Differenzierung – einen ‚Durchschnitt‘ – der Bevölkerung umfasste (vgl. Becker/Keim 1977). Seine reinste Verwirklichung freilich fand diese Politik in der DDR, wo man die ‚kapitalistische Stadt‘, sprich Altbaugebiete, verrotten ließ und am Rande eine neue ‚sozialistische Stadt‘ errichtete (vgl. Hannemann 2000). Ähnliche Vorstellungen leiteten die Politik der Stadtsanierung in der Bundesrepublik in der Zeit bis etwa 1970.

Diesen historischen Hintergrund muß man sich vor Augen halten, wenn man die Bedeutung, aber auch die Konfusion der heutigen Debatte über ‚Bevölkerungsmischung in den Wohngebieten‘ verstehen will. Zwei Erbschaften hängen dieser Debatte nämlich bis heute an, die aus dem Zeitgeist des historischen Umbruchs zur Moderne an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert stammen:

- die Vorstellung einer technischen Gestaltbarkeit sozialer Verhältnisse, also die Überzeugung, durch die Komposition von Häusern und Stadtteilen könnten gesellschaftliche Strukturen komponiert werden;
- und die Überzeugung, die Spaltung und Differenzierung in die ‚alten‘ Sub- und Gegenkulturen könnten und müssten überwunden werden durch die Etablierung einer neuen, homogenen, eben der modernen Kultur. Auch in den USA war die Vorstellung leitend, daß sich in der Einwanderungsgesellschaft die hergebrachten sozialen und kulturellen Differenzen in einer neuen Kultur (‚American way of life‘) auflösen, weshalb die Städte (mehr normativ als faktisch) als ‚melting-pot‘ bezeichnet wurden.

Nach den Erfahrungen mit sozialtechnischen Konzepten im Wohnungs- und Städtebau, die im Laufe des 20. Jahrhunderts gemacht werden konnten, ist der Glaube an die administrative Modellierung von neuen Gesellschaften in neuen Gehäusen nicht mehr ungebrochen, und die Möglichkeit, die ‚alte‘ Stadt abzureißen und am Rand eine ‚neue‘ zu bauen, steht aus finanziellen und politischen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig sind die Problemlagen der Gegenwart komplexer geworden: neben das Problem der sozialen Segregation, das nach wie vor eine Rolle spielt, ist das Problem der ethnischen Segregation getreten – und wo sich diese Probleme begegnen oder gar überlagern, sind neuartige Konflikte entstanden.

Die Problemlagen und -definitionen, die sich in der Frühphase des ‚modernen Städtebaus‘ entwickelt haben, spielen bis heute in vielen Argumentationslinien noch eine zentrale Rolle. Dies trägt dazu bei, daß sich die Diskussion über ‚Trennen oder Mischen?‘ immer wieder im Kreis dreht und sich viele schon scheuen, auf diesem Minenfeld überhaupt noch eine klare Position zu beziehen. Für dieselben Tatsachen werden einander widersprechende Wirkungen ins Feld geführt. Offensichtlich wird ein nüchterner Aufklärungsprozeß wesentlich behindert dadurch,

- daß tiefsitzende und ambivalente Emotionen berührt sind. Der Fremde ist der Prototyp des Städters, und in der Ambivalenz gegenüber dem Fremden zwischen Verlockung und Bedrohung spiegelt sich die uralte Ambivalenz gegenüber der Stadt, in der man Freiheit gewinnen, aber auch alle verlässlichen Bindungen verlieren kann (vgl. Siebel 1997b).

- daß unterschiedliche Interessen eine Rolle spielen. Die einen können sich über die Bereicherung des Speisezettels durch exotische Restaurants und über billige und willige Arbeitskräfte für die unattraktiven Arbeiten in privaten Haushalten oder in Betrieben freuen. Andere fürchten die Konkurrenz auf den Wohnungs- und Arbeitsmärkten und werden z.B. durch die Eigenbedarfsklage des neuen ausländischen Hauseigentümers bedroht, die sie aus ihrer billigen Wohnung und der altgewohnten Umgebung vertreiben könnte – da entstehen, wie man weiß, auch unter Landsleuten keine harmonischen Beziehungen. Solche Ambivalenzen und unterschiedlichen Interessen müssen anerkannt und ausgehalten werden, indem die Gesellschaft, und die Stadtgesellschaft im besonderen, geeignete Mechanismen der Konfliktmoderation entwickelt, statt die Ängste und emotionalen Reaktionen den Einzelnen bloß zum Vorwurf zu machen.

Die Auseinandersetzungen über die Bedeutung und Wirkung von sozialräumlicher Segregation gehen immer wieder von Mißverständnissen bzw. ungenauen Problemdefinitionen aus, weshalb viel zu oft zwar starke Überzeugungen, aber nicht starke Argumente vorgetragen werden. Vor allem an drei Unklarheiten krankt die Meinungsbildung, deren Aufklärung auch für strategische Entscheidungen in der Stadtpolitik nicht nur hilfreich, sondern dringend notwendig ist:

- Segregation ist nicht einfach gleich Segregation, es kommt darauf an, wie sie zustande gekommen ist (Abschnitt 6.2);
- Räumliche Nähe ist nicht die Ursache für gute oder schlechte Nachbarschaft, und auch nicht für Gelingen oder Mißlingen von Integration (Abschnitt 6.3);
- Segregation hat ambivalente Wirkungen – ob sie integrativ oder ausgrenzend wirkt, sieht man ihr nicht sofort an (Abschnitt 6.4).

6.2 Segregation ist nicht gleich Segregation

Niemand hält die Tatsache, daß wohlhabende Rentiers oder überzeugte Hausfrauen und Mütter nicht berufstätig sind, für ein sozialpolitisches Problem, obwohl sie nicht erwerbstätig sind. Von Langzeitarbeitslosigkeit spricht man nur im Bezug auf jene, die arbeiten wollen bzw. arbeiten müssen, aber keine Gelegenheit dazu erhalten – und das aus zwei guten Gründen: nur Arbeitslosigkeit ist erzwungen und nur erzwungene Arbeitslosigkeit hat die bekannten negativen Folgen wie Armut, negatives Selbstbild und soziale Ausgrenzung. Nicht die Abstinenz von der Erwerbstätigkeit per se ist also das Problem, vielmehr ist sie nur unter bestimmten Bedingungen ein Problem.

Ähnlich verhält es sich mit der Segregation. Es ist doch auffällig, daß Segregation per se nicht als Problem gilt. Sonst müßte die Absonderung der deutschen Oberschicht in ihren Wohngebieten mit gleicher Besorgnis betrachtet werden wie die der Unterschicht.

Eben das aber ist nie der Fall, und zwar ebenfalls aus zwei guten Gründen: erstens handelt es sich bei der Segregation der Oberschicht um freiwillige, bei der der Unterschicht um erzwungene Segregation. Die sozialräumliche Segregation der Oberschicht ist womöglich sehr viel schärfer, aber je höher Einkommen, Bildung und sozialer Status, desto eher beruht Segregation auf Freiwilligkeit: Segregation dient der Vermeidung von Konflikten, sie erfüllt den Wunsch, mit seinesgleichen zusammenzuleben, sie erleichtert gutnachbarliche Kontakte und sie stabilisiert durch eine vertraute soziale Umwelt. Nicht also das sozialräumliche Phänomen der Segregation ist das Problem, sondern die Art und Weise seines Zustandekommens, d.h. seine Ursachen.

Zweitens sind mit Segregation für die Angehörigen der Oberschicht kaum negative Folgen verbunden, weshalb bislang auch niemand auf die Idee gekommen ist, sie mit sozialpolitischen Maßnahmen aufzulösen. Räumliche Konzentration wird nur dann als Problem betrachtet, wenn es sich um die Absonderung von Gruppen handelt, deren Andersartigkeit von der Mehrheit als bedrohlich definiert wird. Nicht die Perfektion oder der Grad der Abgrenzung, sondern die Akzeptanz der durch Abgrenzung sichtbar werdenden Kultur ist das Problem. Das zeigt sich am Beispiel der Alternativszene in der Kölner Südstadt: "Man kann ... davon ausgehen, daß eine ähnlich ausschließliche Raumbesetzung einschließlich der Etablierung einer weitgefächerten Infrastruktur bis hin zu eigenen Einrichtungen zur Kinderversorgung, wie sie in Teilen der Südstadt durch die alternative Szene geschieht, zweifellos als Ghettobildung in der öffentlichen Meinung kritisiert würde, wenn eine ethnisch definierte Gruppe so vorginge" (Kißler/Eckert 1990, 73).

An diesem Beispiel wird deutlich, daß es einen großen Unterschied macht, aus welcher Perspektive Fragen der Segregation bzw. der Mischung diskutiert werden: aus der Perspektive der Verträglichkeit für Einheimische oder aus der Perspektive der Minderheit. Um es polemisch zu formulieren: häufig geht es darum, wie viel Fremde eine Nachbarschaft verträgt, bis sie ihre Dominanzansprüche anmeldet, bzw. wie viel fremdländisch Aussehende im Straßenbild auftauchen dürfen, bis sich die Deutschen bedroht fühlen und wegziehen, wenn sie können. Diese Linie ist die Basis für die Festlegung von Höchstquoten und Schwellenwerten, für die Formulierung von Zuzugssperren und Strategien zur Verstreuung der Ausländer über das Stadtgebiet.

Aber wäre eine Politik forcierter Mischung im Interesse der Minderheiten, und fördert sie langfristig überhaupt die Integration? Es gibt gute Argumente, diese Frage mit Nein zu beantworten. Denn die Dekonzentration zerstört informelle Netze bzw. behindert deren Aufbau und schwächt damit die ökonomischen und sozialen Ressourcen und damit letztlich auch die psychische Stabilität. Eine ökonomisch, sozial und psychisch halbwegs gesicherte Existenz aber ist Voraussetzung für gelingende Integration. Erst auf der Basis einer gesicherten Identität kann man sich auf das Abenteuer des Neuen einlassen, das immer auch eine Herausforderung und ein Infragestellen der eigenen Identität bedeutet. Das gilt für Zuwanderer wie für Eingessene.

Daß man eine ausgeprägte Segregation gerade bei den Gruppen findet, die über besonders große Wahlfreiheit auf dem Wohnungsmarkt verfügen, weist darauf hin, daß es freiwillige Segregation gibt aus dem Interesse, mit ‚seinesgleichen‘ benachbart zu sein – oder zumindest die ‚Anderen‘ auf Distanz zu halten. Warum erklärt man dieses Interesse gerade bei den Angehörigen der Unterschicht oder den Zuwanderern für illegitim und störend, die doch besonders auf informelle soziale Netze angewiesen sind?

6.3 Falsche Annahmen zu den Effekten physischer Nähe

Sowohl die Argumente für räumliche Nähe („Kontakthypothese“) als auch diejenigen für eine räumliche Trennung („Konflikthypothese“) unterstellen eine direkte Wirkung physischer Nähe – allerdings mit gegenteiligen Effekten. Nicht abzustreiten ist, daß physische Nähe Voraussetzung ist, um eine bestimmte Art von Kontakten möglich zu machen: sei es für eine liebevolle Umarmung, sei es um sich gegenseitig die Nasenbeine einzuschlagen. Aber physische Nähe kann den einen oder anderen Ausgang des Kontakts nicht erklären. Entscheidend dafür ist der soziale Kontext, also wer mit wem unter welchen Bedingungen zusammentrifft. Kurz gesagt: wenn man sich liebt, wird man sich umarmen, wenn man sich nicht ausstehen kann, dann werden die Nasenbeine zu leiden haben.

Das wird offensichtlich, wenn man die Bedingungen betrachtet, unter denen die Hypothese Gültigkeit beanspruchen kann, Kontakte förderten die soziale Integration:

Demnach fördert physische Nähe die Beziehungen zwischen verschiedenen Ethnien wenn:

- "die Gruppen einen gleichwertigen sozialen Status besitzen,
- er in einem Sozialklima stattfindet, das den Kontakt wünscht und forciert,
- wenn er nicht nur gelegentlich stattfindet,
- wenn er beiden Seiten Vorteile verschafft sowie
- bei gemeinsamen funktionellen Arbeiten für ein übergeordnetes Ziel“.

Hingegen beeinträchtigt physische Nähe die Beziehungen

- „bei Wettbewerb statt Kooperation,
- bei angespanntem sozialem Klima,
- bei inkompatiblen moralischen Normen sowie
- bei schlechter Stellung einer Gruppe in mehrfacher Hinsicht" (Anhut/Heitmeyer 2000b, 43, unter Bezug auf Amir 1969, Dollase 1994 und Thomas 1994).

Stellt man diese Bedingungen in Rechnung, so erscheint der kausale Zusammenhang zwischen Kontakt und Einstellung als reine Tautologie: wenn Integration längst gelungen ist, fördert der Kontakt dieselbe; wenn nicht, erschwert er sie. Die bereits existierende (positive oder negative) soziale Beziehung wird durch direkte Kontakte offenbar intensiviert, aber selten konvertiert. Von jenen Ausländern, die – nach eigenen Angaben – Kontakte zu Deutschen unterhalten, geben 30 % an, sehr gut mit Deutschen auszukommen, von denen, die über keine Kontakte berichten, nur 10 %. "Auch in der

BfLR-Studie von 1994 (Böltken 1994) zeichnen sich eminente Unterschiede zwischen jenen ab, die Beziehungen zur Nachbarschaft ... pflegten, und jenen, die dies nicht taten: die letztere Gruppe ist deutlich weniger integrationsbereit" (Friedrichs 1998a, 256). Solche empirischen Ergebnisse sagen nicht mehr aus als daß die Nähe von der Nähe kommt

Daß der schlichte Kausalzusammenhang, wonach räumliche Nähe per se Toleranz fördere, nicht stimmen kann, zeigt sich daran, daß in Quartieren mit hohen Ausländeranteilen der Anteil der Deutschen, die ausländerfeindliche Parteien wählen, besonders hoch ist (Friedrichs 1998a, 258). "Interethnische Attraktion resultiert aus interethnischer Kontaktintensivierung allenfalls dann, wenn es sich um Equal-Status-Kontakte handelt, d.h., wenn ausgeschlossen ist, daß sie als bedrohlich oder als staatsgefährdend wahrgenommen werden. Kontaktintensivierungen können u.U. sogar zu Vertiefungen und Verfestigungen gegenseitiger Distanzierung und Vorurteile führen" (Fijalkowski 1988, 29).

Räumliche Nähe als Bedingung der Möglichkeit des Kontakts ist also nicht identisch mit sozialer Nähe, wie folgende empirischen Beobachtungen zeigen. In einer Untersuchung über Brownsville in Brooklyn, New York, wurde ein dichtes Nebeneinander von Juden der unteren Mittelschicht und Schwarzen festgestellt, aber: "Obwohl sie in enger Nachbarschaft wohnen, manchmal in denselben kleinen Mietshäusern oder in denselben Wohnblocks – haben diese Weißen und Schwarzen keine territoriale Gemeinschaft gebildet". Die räumlich unmittelbar benachbarten Schwarzen waren faktisch vom sozialen Raum der Juden ausgeschlossen (Zukin 1998, 515).

Ähnliches bestätigt die Untersuchung von Böltken (1999), der eine U-förmige Verteilung der Einstellungen gegenüber Ausländern im Stadtgebiet festgestellt hat. Die jeweils höchsten Ablehnungsraten finden sich in den Gebieten mit der niedrigsten und in denen mit der höchsten Ausländerquote. Kontakt allein also ist offenkundig nicht für Fremdenfeindlichkeit oder -verträglichkeit ursächlich. In den Gebieten mit sehr niedrigem Ausländeranteil ist das Ergebnis erklärbar mit der Annahme, daß es sich um Gebiete mit hohem Sozialprestige handelt, deren Bewohner eine große soziokulturelle Distanz zu Ausländern wahrnehmen und durch deren Zuzug eine Beeinträchtigung ihres Milieus befürchten – oder sogar eine Entwertung ihrer Immobilien bei Verlust der sozialen Exklusivität. Bei den Gebieten mit hohem Ausländeranteil ist zu vermuten, daß die dort wohnenden Deutschen sich überwiegend in sozial und ökonomisch prekären Lebenslagen befinden und sich durch die Anwesenheit von Ausländern zusätzlich bedroht fühlen (Anhut/Heitmeyer 2000b, 44). Die räumliche Nähe von Zuwanderern, die von den Einheimischen in der Prestige-Skala ganz unten eingeordnet werden, führt zu einer Art Status-Panik, wenn das Image des Quartiers und die Schule der Kinder von der Anwesenheit der Fremden geprägt werden.

Entscheidend für die Qualität der Kontakte ist also, wer zu wem unter welchen Voraussetzungen Kontakt hat. Handelt es sich um nicht-integrierte Ausländer und

depraviierte Deutsche, die in sozial und ökonomisch ungesicherten Situationen unfreiwillig zusammen wohnen oder einen sozialen Abstieg hinter sich haben, und treffen sie unter Bedingungen der Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze aufeinander, so ist Konflikt, nicht positiver Kontakt zu erwarten (Dangschat 1998, 45ff; vgl. auch Elias/Scotson 1993).

Physische Nähe spielt nicht einmal eine entscheidende Rolle dabei, ob überhaupt Kontakt zustande kommt, denn am wichtigsten ist dafür die Sprachkompetenz. Ist z.B. in Gebieten mit einer hohen Konzentration von Ausländern die soziale Integration geringer, so hat dies vor allem mit Sprachkenntnissen zu tun, nicht mit dem Ausländeranteil. "Bei den Türken der ersten Generation erweist sich die Sprachkenntnis auch unter Kontrolle anderer möglicher wichtiger Individualmerkmale als der zentrale Faktor zur Erklärung der sozialen Assimilation" (Alpheis 1990, 163). Dasselbe gilt auch für die Angehörigen der zweiten Generation.

Alpheis resümiert seine Untersuchung über Segregation in fünf deutschen Großstädten: "Die ethnische Struktur des Wohngebietes hat keinen nennenswerten Einfluß auf die soziale Assimilation der hier untersuchten Türken der ersten oder der zweiten Generation" (ebd., 180). Er erklärt dieses Ergebnis

- a) mit der Tatsache, daß es auch innerhalb der Ausländer, die eine außerordentlich heterogene Gruppe darstellen, ein individuell sehr breites Spektrum von Einstellungen und Verhaltensweisen gibt;
- b) damit, daß unter großstädtischen Bedingungen die Umwelt in sich außerordentlich komplex und heterogen sei;
- c) damit, daß unter großstädtischen Bedingungen Kontakt zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien immer weniger auf räumliche Nähe angewiesen sei.

Die Kontakthypothese ist nach Alpheis eindeutig widerlegt. "Kontaktmöglichkeiten bzw. Kontaktchancen zu Landsleuten sind ... für die Aufnahme interethnischer Kontakte unbedeutend" (ebd., 190). Die ethnische Struktur des Wohngebiets ist für die soziale Assimilation von Türken ohne Bedeutung. Entscheidend sind Sprachkenntnisse und soziales Milieu im Elternhaus, also individuelle Sozialisationsfaktoren.

6.4 Segregation bedeutet nicht immer das Gleiche

Alle empirischen Untersuchungen zeigen, daß der Faktor ‚physische Nähe‘ allein keinen eindeutigen Einfluß auf die Beziehungen zwischen Ausländern und Inländern hat – wie er auf Nachbarschaftsbeziehungen generell nur einen intensivierenden, aber keinen selbständigen Einfluß hat (vgl. Hamm 1998). Dies begründet die Notwendigkeit, bei der Erklärung gelingender oder konflikthafter Beziehungen zwischen Eingesessenen und Zuwanderern weiter zu differenzieren (vgl. Siebel 2001), und zwar:

6.4.1 Unterschiede nach der Art des Zustandekommens

Die Wirkungen der Segregation hängen, wie bereits deutlich geworden ist, auch davon

ab, was ihre Ursachen sind. Freiwillige Segregation ist etwas völlig anderes als erzwungene, auch wenn die Segregation beide Male das gleiche Ausmaß annehmen sollte.

Einfache Thesen wie die, "daß Segregation ein Ausweis von sozialer Desintegration sei und sich damit zerstörerisch für die Stadtgesellschaft auswirke" und auch nach innen "also auf das Zusammenleben der Menschen ... destruktive Effekte zeitige" sowie daß die "Betonung der Binnenintegration für ethnische Minderheiten vor allem auch zur Zementierung von Ungleichheit zugunsten der Mehrheitsgesellschaft und zugunsten neuer Abhängigkeiten von religiösen und ethnischen Gemeinschaften führe" (Heitmeyer 1998, 444), müssen differenziert werden. Heitmeyer unterscheidet zwischen funktionaler und struktureller Segregation und greift damit eine Differenzierung auf, die sich in der Literatur unter wechselnden Begrifflichkeiten findet, um die positiven von den negativen Aspekten der räumlichen Konzentration von Einwandern zu unterscheiden.

Die entscheidenden Merkmale funktionaler Segregation sind Freiwilligkeit und zeitliche Begrenzung. Wenn beides der Fall ist, dann – so die These – dient Segregation der individuellen Integration und ist damit funktional (im Gegensatz zu dysfunktional). Sie erfüllt dann alle oben genannten positiven, der Segregation zugeschriebenen Funktionen.

Strukturelle Segregation dagegen ist dauerhafte, erzwungene Segregation, und sie geht einher mit dem dauerhaften Scheitern der Systemintegration. Ethnische Institutionen in segregierten Gebieten entstehen dann als Reaktion auf versagte Teilhabe und ersetzen die Institutionen der Mehrheits-Gesellschaft auf niedrigerem Niveau. Sie bilden die Basis für Klientelbeziehungen und für die Bildung von Eliten, die ihrerseits ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Segregation als Voraussetzung ihres Einflusses auf ihre Landsleute haben. Entscheidend dafür, ob es bei (vorübergehender) funktionaler Segregation bleibt oder ob diese sich zu struktureller verfestigt, ist die Offenheit oder Geschlossenheit der Einwanderungsgesellschaft. Abgewehrte Integrationsanstrengungen einer Minderheit sowie Desintegrationserfahrungen auf Seiten der Mehrheit schüren die Ethnisierung von Konflikten und fördern eine strukturelle Ausgrenzung (vgl. Heitmeyer 1998, 446ff).

6.4.2 Unterschiede nach verschiedenen Gruppen

Daß es bei der Segregation nicht nur um das Verhältnis von Deutschen und Ausländern geht, zeigt sich daran, daß in von Ausländern stark geprägten Quartieren sich auch Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen entwickeln können – und zwischen verschiedenen Orientierungen innerhalb einer ethnischen Gruppe. Hanhörster und Mölder (2000) haben z.B. in ihren Fallstudien zu Duisburg-Marxloh und Wuppertal-Ostersbaum neben den deutschen Alteingesessenen drei Gruppen innerhalb der türkischen Bevölkerung identifiziert, die sich erheblich voneinander unterscheiden: Türken in der türkischen Welt, Türken zwischen den Welten, türkischer aufstrebender

Mittelstand. Letztere wollen sich sowohl von ihren eigenen Landsleuten wie von den Deutschen der Unterschicht distanzieren.

Eckert und Kißler (1997) unterscheiden in der Kölner Südstadt nach Wohndauer, Qualifikation, systemischer Integration und kultureller Distanz: deutsches Arbeitermilieu – die "Kölschen", die sich aus lokalen Eliten und Unterschichtsangehörigen zusammensetzen, sich aber deutlich abzusetzen versuchen vom proletarischen Milieu – die Bürgerlichen als "etablierte Außenseiter" (ebd., 55) – die deutsche Alternativszene als die homogenste und sozial klar abgegrenzte Gruppierung – die Italiener, die sich als "Südstädter europäischer Version" bezeichnen – und schließlich Türken, die mit ihrer Infrastruktur und den internen Beziehungen am ehesten dem Bild der ethnischen Kolonie entsprechen, "welche einerseits einen Außenseiterstatus einnimmt und andererseits ein eigenständiges soziales Netz als Grundlage für eine erkennbare Bindung an das Viertel bietet" (ebd., 70).

6.4.3 Unterschied zwischen sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation

Zu groben Fehleinschätzungen führt es, wenn zwischen der ethnischen und der sozio-ökonomisch verursachten Segregation nicht klar unterschieden wird. In vielen Studien zu sozialen Problemen in Stadtteilen oder Quartieren wird, weil diese Unterscheidung nicht vorgenommen wird, ein hoher Ausländeranteil sogar als Indikator für einen sozialen Brennpunkt benutzt.

Daß dies überhaupt so gedacht werden kann, hängt damit zusammen,
 - daß Zuwanderer tatsächlich in ihrer Mehrheit Randpositionen auf dem Arbeitsmarkt einnehmen, weshalb die Arbeitslosigkeit unter Ausländern auch doppelt so hoch ist wie bei Inländern,
 - daß die meisten Ausländer Randpositionen auf dem Wohnungsmarkt einnehmen, weshalb sie die schlechtesten Wohnungsbestände bewohnen,
 - und daß das Zusammenwohnen mit den Schichten der deutschen Bevölkerung, die von den gleichen sozialen Problemen belastet sind, häufig zu Konflikten führt.

Aber diese Koinzidenz darf nicht mit Kausalität verwechselt werden. Zwar weisen ihre sozioökonomische Schwäche und die Diskriminierung von Ausländern ihnen sozial und räumlich eine Randposition zu, wodurch sich soziale Probleme bei ihnen häufen und wodurch sie in Quartieren sich konzentrieren, in denen sich auch deutsche Problemgruppen konzentrieren. Aber die Ursache dafür ist nicht ihre Herkunft, sondern ihre Position auf dem Arbeitsmarkt, versagte politische Teilhabechancen und die Diskriminierung, die mit der Rolle des ‚Ausländers‘ im Rechts- und Sozialsystem verbunden ist.

Nicht nur, daß es mit zunehmender internationaler ökonomischer und kultureller Verflechtung immer häufiger auch Ausländer mit hohem Sozialstatus, mit hohem Einkommen und hoher Qualifikation gibt, mit zunehmender Aufenthaltsdauer entwickelt sich auch innerhalb der Gruppe der Zuwanderer – ähnlich wie innerhalb der

deutschen Bevölkerung – eine Differenzierung nach sozioökonomischem Status. Innerhalb z.B. der türkisch-stämmigen Bevölkerung hat sich im Laufe der letzten drei Jahrzehnte eine Mittelschicht herausgebildet, die aus Akademikern, Selbständigen und qualifizierten Angestellten besteht, und deren Orientierungen sich nur wenig von denen der deutschen Mittelschicht unterscheiden – auch bei der Wahl des Wohnstandorts. Auch sie verlassen die weniger attraktiven Wohngebiete mit hohem Ausländeranteil und streben in die städtischen Randgebiete, wo sie in wachsender Zahl auch Wohneigentum erwerben.

Aufstiegsorientierte und weitgehend assimilierte ausländische Familien mit Ausländer-Status verlassen häufig auch aus den gleichen Gründen wie die deutsche Mittelschicht die Quartiere mit einem hohen Ausländeranteil: sie fürchten um die Zukunftschancen ihrer Kinder, wenn diese in Schulen mit sehr hohem Anteil von Schülern mit einer nicht-deutschen Herkunftssprache unterrichtet werden. Die Abwanderung von deutschen und eben auch von ausländischen Haushalten mit einem höheren Sozialstatus aus den Quartieren mit einem hohen Ausländeranteil zeigt, daß es sich dabei nicht um ein ‚Ausländerproblem‘ handelt, sondern um eine berechtigte Kritik an einem Schulwesen, das die – sehr schwierigen – Probleme, die mit der Anwesenheit von Kindern aus verschiedenen nicht-deutschen Kulturen gestellt sind, nicht bewältigt.

Aus der Tatsache, daß sich Ausländer in benachteiligten Quartieren konzentrieren, auf ein generelles Problem ethnischer Segregation zu schließen, ist ungerechtfertigt – und unsinnig und diskriminierend ist es, wenn in einer Vielzahl von Untersuchungen zur Stadtanierung, ohne weiter zu differenzieren der Anteil der Ausländer in einem Wohnquartier als Indikator für einen ‚sozialen Brennpunkt‘ genutzt wird. Die empirisch tatsächlich oft gegebene Überlagerung von horizontaler ethnischer Differenzierung und vertikaler sozialer Ungleichheit, die für viele, aber keineswegs für alle Zuwanderer gilt, darf nicht zu dem Kurzschluß verführen, das Merkmal Konzentration von Ausländern allein definiere schon ein soziales Problem des Stadtteils.

Ein bestimmter Ausländeranteil, bei dem nicht weitere Indikatoren Aufschluß über die soziale Lage der Zuwanderer geben, kann allenfalls ein Hinweis darauf sein, daß es in diesem Gebiet möglicherweise zu Konflikten kommt – und auch, daß es sich um ein benachteiligtes Gebiet handelt, weil Wohnungsmarkt und Diskriminierung die Zuwanderer in solche Quartiere lenken, die von den meisten Einheimischen gemieden werden. Mit zunehmender Integration verlassen auch Zuwanderer solche Quartiere und ziehen mit wachsendem Wohlstand in die Randgebiete der Stadt.

6.5 Lokale Problemlagen

Wir werden im folgenden drei Themen, die unseres Erachtens den Kern der Probleme in Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil ausmachen, genauer darstellen. Diesen Kern erkennt man, wenn man folgende Fragen beantwortet:

- Mit welchen Deutschen treffen Ausländer im Stadtteil zusammen? (Kapitel 6.5.1)
- Was bedeutet das Wohnen in Stadtteilen mit einem hohen Ausländeranteil? (Kapitel

6.5.2)

- Bilden sich in den Großsiedlungen Ausländer-Ghettos? (Kapitel 6.5.3)

Die Antworten lauten, kurz vorweggenommen: (1) da solche einheimischen Bewohner, die aufgrund ihrer sozialen Situation am wenigsten dazu in der Lage sind, in einer unfreiwilligen Nachbarschaft mit den fremden Kulturen und Lebensstilen der Zuwanderer zurechtzukommen, entstehen heftige Konflikte; (2) weil sich in den ‚Ausländervierteln‘ vor allem die noch nicht ökonomisch integrierten Zuwanderer und die einheimischen Verlierer des städtischen Strukturwandels treffen, entsteht ein kaum entwirrbares Gemenge von ethnischer Differenz und sozialen Problemen; (3) durch die Situation auf den Wohnungsmärkten und durch wohnungspolitische Entscheidungen konzentrieren sich mittellose Zuwanderer und soziale Absteiger in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die dafür besonders ungeeignet sind.

6.5.1 Unfreiwillige Nachbarschaften

Aus den vorstehenden Überlegungen ergibt sich, daß bei lokalen Konflikten zwischen Einheimischen und Zuwanderern weniger die Segregation, also das ‚Zuviel‘ an Ausländern in einer bestimmten Gegend zu einem Problem führt, als vielmehr das ‚Wer‘. Es ist ein qualitatives: Welche Ausländer kommen – unfreiwillig – in Nachbarschaft zu welchen Deutschen?

Die Vorteile sozial gemischter Viertel werden meist von liberalen, gebildeten und wohl-situierten Angehörigen der Mittelschicht gepriesen. Gespaltene Arbeits- und Wohnungsmärkte sorgen aber dafür, daß sie selbst nie in die Verlegenheit kommen, in ihrem Alltag diese Mischung auch leben zu müssen. Die Selektionsmechanismen des Marktes und die Belegungspraktiken von Wohnungsbaugesellschaften filtern Migranten in jene Segmente des Wohnungsmarktes, in denen vorwiegend auch einheimische Bewohner in prekären Lebenslagen konzentriert sind. Diese aber sind am wenigsten in der Lage, geduldige und weltoffene Partner im Prozeß der Entwicklung einer multikulturellen Stadt zu sein.

Nach verschiedenen Einzelstudien in unterschiedlichen Städten konzentrieren sich die Ausländer vor allem in solchen Quartieren, die als Orte sozialer Benachteiligung definiert werden (für Hamburg vgl. Alisch/Dangschat 1998; für Bremen, Essen, Frankfurt vgl. Bremer 2000, 180; für Berlin vgl. Häußermann/Kapghan 2000). Ausländer werden durch die Mechanismen des Wohnungsmarktes in Quartiere verwiesen, in denen sich vorwiegend deutsche Bewohner finden, die mit vielen sozialen Problemen beladen sind. In Quartieren, wo der Anteil deutscher Armer und Arbeitsloser überdurchschnittlich hoch ist, ist sehr häufig auch der Ausländeranteil hoch (für Berlin vgl. Häußermann/Kapghan 2000; für Hannover vgl. Bultkamp 2001).

Das Zusammenleben mit Fremden ist keine unproblematische Alltäglichkeit. Die Konfrontation mit kulturellen Differenzen ist immer auch Zumutung (Simmel 1984). Für Bewohner, denen die Nähe aufgezwungen wird, weil sie keine Möglichkeit zum

Ausweichen haben, wird es dadurch, daß sie keine Wahl haben, nicht einfacher. Und der Weg, sich – nach Simmelscher Methode – durch seelische Panzerung und Gleichgültigkeit gleichsam ‚nach innen‘ zu entfernen, bleibt Menschen, die sich insgesamt in einer prekären sozialen Lage befinden und die von Existenzsorgen geplagt sind, ebenso versperrt.

In den Quartieren, die Zuwanderern zugänglich sind, treffen sie in der Regel auf eine segregierte deutsche Bevölkerung, die vom Strukturwandel der städtischen Ökonomie negativ betroffen ist und die auch mit zahlreichen anderen sozialen Problemen zu leben hat: Haushalte mit niedrigem Einkommen, gering Qualifizierte, Langzeitarbeitslose, verarmte Alleinstehende, Suchtkranke – Bewohner, deren Existenzgrundlagen ins Rutschen gekommen sind und die nur noch wenig Anlaß haben, an eine bessere Zukunft zu glauben. Das Quartier wird gleichsam zum letzten Rückzugsort.

Die negativen Veränderungen der persönlichen Situation fallen nun zusammen mit Veränderungen der Wohnumwelt: einerseits verlassen immer mehr Bewohner, die noch über ein gesichertes Einkommen verfügen, die Gegend, und das Gefühl verbreitet sich, daß es ‚abwärts geht‘. Sichtbare Zeichen dafür sind leerstehende Läden und die Verwahrlosung der öffentlichen Räume. In einem ‚heruntergekommenen Viertel‘ leben zu müssen, überträgt sich als Stigma auf die eigene Persönlichkeit – Unzufriedenheit mit sich und der Umwelt, Wut über die Ausgrenzung durch ‚die anderen‘ machen sich breit.

In einem solchen Quartier zu wohnen, macht Angst – soziale Angst, weil die Befürchtung besteht, vom Sog der Marginalisierung ergriffen zu werden. Wer kann, zieht weg, und in die frei gewordenen Wohnungen ziehen nun diejenigen ein, die ebenfalls keine andere Wahl haben: Migranten. Das Gefühl der Bedrohung, der Marginalisierung wird dadurch gesteigert. Die kulturelle Differenz wird als kulturelle Unterlegenheit interpretiert, schon um den eigenen sozialen Abstieg zu kaschieren. Wenn sich nun die Zeichen der neu zuziehenden Kultur auch im Straßenraum zeigen – in Form von Läden, Restaurants oder Versammlungsstätten, wird der Zuzug von Fremden gleichsam als Besetzung erlebt und dementsprechend besonders heftig mit Abwehr reagiert. Anlässe dazu bieten sich genug – entweder durch kulturelle Mißverständnisse und Unverträglichkeiten, die sich etwa aus unterschiedlichen Zeitstrukturen der Alltagsorganisation ergeben, oder durch Konflikte mit aggressiv auftretenden Jugendlichen, die durch mangelnde Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in größerer Zahl die öffentlichen Plätze dominieren und sich diese Räume symbolisch aneignen. Sie verstärken dadurch die kulturelle Differenz und ernten dafür am wenigsten, was sie am stärksten begehren: als gleichwertige Nachbarn respektiert zu werden.

Die Veränderungen der äußeren Erscheinung des Stadtraums durch das Auftreten von fremdländisch wirkenden Menschen wird von der einheimischen Restbevölkerung als Enteignung und als Identitätsverlust erlebt. Die Fremden dienen als Sündenböcke, wo ihr Zuzug zeitlich zusammentrifft mit dem eigenen beruflichen Abstieg und dem

Niedergang des Stadtteils. Dies war z.B. in Duisburg-Marxloh der Fall: Das Stahlwerk wurde geschlossen, die in Marxloh konzentriert wohnenden Stahlarbeiter verloren ihre Arbeit, und der Stahlkonzern als Großeigentümer von Wohnungen im Stadtteil unterließ Instandhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen. Parallel zu diesen negativen Entwicklungen stieg der Anteil der Ausländer an der Bewohnerschaft von Marxloh (Hanhörster/Mölder 2000, 356f).

Ähnliche Beispiele ließen sich aus vielen anderen Großstädten schildern, denn der Verlust von Industriearbeitsplätzen ist in den letzten drei Jahrzehnten einer der hervorstechendsten Züge ihrer ökonomischen Entwicklung gewesen – und er hat die ausländische Bevölkerung noch mehr betroffen. Die massenhaften Arbeitsplatzverluste im Fertigungsbereich, in dem die ausländischen Arbeiter mehrheitlich beschäftigt waren, hat ganze Stadtviertel in die Krise gestürzt. Man kann von einem ‚Fahrstuhleffekt nach unten‘ sprechen: aus Arbeitervierteln werden durch einen kollektiven Abstieg Arbeitslosenviertel, und dies zieht eine selektive Mobilität nach sich. Die noch in den Arbeitsmarkt Integrierten verlassen das Viertel, zuziehen aber weitere Verlierer des Strukturwandels.

Nicht in allen Quartieren mit hohem Ausländeranteil treten diese Probleme auf. Das – bereits zitierte – Beispiel der Kölner Südstadt und auch große Teile von Berlin-Kreuzberg zeigen, daß ein Zusammenleben mit geringem Konfliktniveau zwischen Deutschen und Ausländern möglich ist, wenn sich zwischen ihnen keine Konkurrenz um Ressourcen und Raum entspinnt. Es kommt eben darauf an, wer mit wem in diesen Quartieren zusammenkommt. Die Milieus der Türken und der Alternativszene haben an beiden Beispielsorten so wenig miteinander zu tun, daß sie nicht in Konflikt geraten – und die Fremdenfeindlichkeit ist bei jenen gering, die eine gesicherte Identität und eine gesicherte Existenz haben. Sie brauchen sich nicht bedroht zu fühlen.

"Die strukturellen Integrationsprobleme von Minderheiten (fallen) um so größer aus..., je umfassender die sozialen Desintegrationsprozesse für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sichtbar und erfahrbar werden" (Anhut/Heitmeyer 2000a, 551). Dort, wo die meisten Integrationsprobleme auftreten, in den Vierteln mit einem hohen (und in der Regel wachsenden) Ausländeranteil, sind die Voraussetzungen für gelingende Integration aufgrund der sozialen Situation der Bewohner am ungünstigsten. Das Fatale an den gegenwärtig in der Bundesrepublik ablaufenden sozialräumlichen Sortierungsprozessen liegt darin, daß sie gerade die Gruppen mit den größten sozialen und mit den größten Integrationsproblemen zusammenführen – und zwar in Quartieren, die die marginale Position ihrer Bewohner sichtbar machen und die selber wiederum Benachteiligungen verstärken können.

6.5.2 Benachteiligende Quartiere

Je weniger ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital einer Gruppe zur Verfügung steht, umso unausweichlicher wird sie in jene Bestände abgedrängt, in denen alle anderen nicht leben wollen. Je benachteiligter eine Gruppe ist, desto stärker ist ihr

Aktionsraum eingeengt, und desto bedeutsamer ist für sie daher die nähere Wohnumgebung. Die benachteiligten Gruppen der Bevölkerung wohnen also in besonders schlechten Quartieren, sind aber mehr als andere auf ihre Quartiere angewiesen, weil sie geringere Chancen haben, die Nachteile ihrer unmittelbaren Wohnumgebung durch Mobilität zu kompensieren.

Durch den kollektiven Abstieg und durch die selektive Mobilität (vgl. die empirischen Belege am Beispiel Berlin bei Häußermann/Kaplan 2000) entsteht ein Milieu der Armut bzw. Ausgrenzung, das für die benachteiligten Bewohner zusätzliche Benachteiligungen zur Folge hat und damit den Integrationsprozeß von Migranten behindert.

Entsprechend den drei von Bourdieu (1991) definierten Kapitalarten lassen sich drei Dimensionen unterscheiden, in denen städtische Räume benachteiligend wirken können, weil für die Bewohner die Möglichkeiten zur Bildung von bzw. die Verfügung über diese Kapitalsorten beschränkt sind: die materielle, die soziale und die symbolische.

- die *materiellen* Lebensbedingungen sind relativ schlechter, weil eine schlechtere Infrastruktur, mangelhafte private und öffentliche Dienstleistungen, belastende physische Umweltqualitäten und wenig Erwerbsmöglichkeiten die Situation prägen;
- die *sozialen* Lebensbedingungen werden beeinträchtigt, weil sich nur unzuverlässige und wenig leistungsfähige informelle soziale Netze bilden lassen, weil für Jugendliche keine positiven Rollenbilder vorhanden sind, und weil durch das dichte Nebeneinander unverträglicher Lebensweisen Konflikte entstehen;
- *symbolische* Beeinträchtigungen entstehen, indem ein verwahrloster öffentlicher Raum den Bewohnern ihre eigene Wertlosigkeit signalisiert, eine schlechte Adresse die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verschlechtert, und weil das negative Image des Quartiers in der Wahrnehmung von außerhalb als negatives Selbstbild von den Bewohnern übernommen werden kann und so Apathie und Hoffnungslosigkeit verstärkt werden.

Dies ist eine analytische Differenzierung. In der städtischen Realität können sich die drei Dimensionen überlagern. Dann treten sich selbstverstärkende Mechanismen auf. Schlechte Wohnverhältnisse veranlassen Haushalte, die sich Besseres leisten können, fortzuziehen. Ihre Wohnungen werden mit ‚Problemhaushalten‘ belegt. Die ‚schlechte Nachbarschaft‘ gibt Anlaß für weitere Fortzüge, so daß eine Spirale der sozialen Auslese in Gang gesetzt wird. So können aus Orten, in denen Benachteiligte konzentriert leben, Orte der Ausgrenzung werden.

Das mindert die soziale und politische Kompetenz des Quartiers, weil informelle Sprecher, Rollenvorbilder und Konfliktmoderatoren verloren gehen. Forderungen, die materiellen Lebensbedingungen zu verbessern, werden dadurch politisch weniger durchsetzbar. Ist eine gewisse Stufe der Abwärtsentwicklung erreicht, setzt ein

Stigmatisierungsprozeß ein, der sich nachteilig auf soziale und ökonomische Teilhabemöglichkeiten außerhalb des Quartiers auswirkt und in Form von sinkender Kaufkraft und sozialem Streß auf das Quartier zurückwirkt. Solche Circulus-vitiosus-Effekte sind mittlerweile auch für deutsche Armutsquartiere nachgewiesen (Häußermann/Kapphan 2000; Friedrichs/Blasius 2000; Krummacher 1999, 196; Kronauer 2001, 207; Farwick 1999).

Die Integration von Zuwanderern wird also behindert, wenn sie in einem Quartier auf Deutsche treffen, die mit schweren eigenen sozialen Problemen zu kämpfen haben und daher nicht in der Lage sind, ein soziales Klima der fairen und unproblematischen Kohabitation zu gestalten. Und sie wird weiter behindert, wenn die Zuwanderer zusammen mit den Verlierern der ökonomischen Modernisierung ausgegrenzt werden.

6.5.3 Sozialer Wohnungsbau – Ghettos von morgen?

So gelten die Sozialbausiedlungen am Stadtrand als besonders problematisch. Zu recht. Schon optisch und räumlich wirken sie als abgehängte Quartiere am Rand der Stadt und am Rand der Gesellschaft, und sie bieten kaum Möglichkeiten, sich seine Umwelt außerhalb der eigenen vier Wände zu eigen zu machen. Besonders nachteilig sind diese randständigen Quartiere für die Integration ausländischer Frauen der ersten Generation, denn sie sind aufgrund ihrer geringen Integration in den Arbeitsmarkt, ihrer schlechten Sprachkenntnisse und ihrer generell geringeren Mobilität fast ausschließlich auf Kontakte im engeren Wohnbereich angewiesen.

Ebenfalls scheinen die Möglichkeiten zu ökonomisch relevantem Tun in solchen Quartieren begrenzt. Komplexe, funktionale und sozial vielfältig verflochtene innerstädtische Gebiete sind für Migranten und Einkommensschwache geeigneteres Gelände, um die gänzliche Abhängigkeit von Sozialtransfers zu vermeiden. Dafür gibt es inzwischen zahlreiche empirische Belege. In den sozial homogenen, monofunktionalen Wohngebieten am Stadtrand ohne redundante Räume oder Flächen, die für ungeplante Aktivitäten verwendet werden könnten, ist bei gleicher sozialer Lage unter Deutschen und Nichtdeutschen der Anteil der Arbeitslosen wie der der Sozialhilfeempfänger fünf mal so hoch wie in den innerstädtischen Altbaugebieten (Häußermann 1996, 18). Aber wie häufig bei von außen gesehen als problematisch geltenden Stadtgebieten, besteht auch bei Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus am Stadtrand eine Diskrepanz zwischen dem Fremdbild und der Binnenwahrnehmung. Ein Teil vor allem der länger ansässigen Ausländer hat sich eingewöhnt und empfindet diese Quartiere als sicher und vertraut (vgl. Kronauer/Vogel 2001).

Im Zuge des Funktionswandels des sozialen Wohnungsbaus zum letzten Auffangnetz der Wohnungsfürsorge für Notfälle hat sich die Bewohnerschaft gerade der Großsiedlungen geändert. Dadurch entstand erst das Mißverhältnis zwischen den Bedürfnissen und Verhaltensweisen zumindest eines Teils ihrer heutigen Bewohner und der Lebenssituation, für die diese Anlagen ursprünglich errichtet worden waren. Geplant waren sie für Frauen mit kleinen Kindern. Männern sollten sie als funktionales

Komplement zur beruflichen Arbeit, zur physischen und emotionalen Reproduktion in der Familie dienen. Die Großsiedlungen waren geplant als ein Ort innerhalb einer regional organisierten Lebensweise, in der zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten innerhalb der Region unterschiedliche Funktionen wahrgenommen werden: Arbeit im Betrieb, Konsum im Einkaufszentrum, Freizeitaktivitäten an spezialisierten Freizeitorten, die mit dem Automobil oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden sollten. Arbeitslose Männer und Migranten aber leben in anderen Situationen. Für sie ist das Quartier nicht mehr "funktionale Ergänzung zur Arbeitswelt", sondern Lebensmittelpunkt. Dafür aber war es nie gedacht.

Diese Probleme mit dem Wohnwert der Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus werden noch verstärkt, wenn sich dort die Bewohnergruppen konzentrieren, die in prekären sozialen Lagen leben und von Sozialtransfers abhängig sind, aufgrund ihres Wohnverhaltens aus anderen Quartieren abgeschoben wurden, und wenn dazu noch die Kulturkonflikte zwischen Inländern und Ausländern auftreten, wenn also der gesamtstädtische Prozeß der sozialen und ethnischen Segregation unterschiedliche Lebensstile und Problemlagen in dieser Umwelt in unfreiwillige Nachbarschaft zwingt.

Verschiedene Entscheidungen in der Wohnungspolitik, Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und Vorschriften für die Belegung der Wohnungen scheinen inzwischen zu einer Entwicklung geführt zu haben, die aus den einstigen Vorzeigeprojekten die problematischsten Stadtviertel des 21. Jahrhunderts werden lassen könnten. Die Integration von Zuwanderern wird dort besonders erschwert.

Durch die hohe Fluktuation in vielen Großsiedlungen findet eine soziale Entmischung statt. Die Einkommensgrenzen für die Bezugsberechtigung und die ‚Fehlbelegungsabgabe‘ für Haushalte, deren Einkommen über diese Grenzen gestiegen ist, entfalten eine destruktive Wirkung für die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft.

Für Zuwanderer aus dem Ausland, die Wohnberechtigungsscheine mit Dringlichkeit erhalten und daher in freigewordene Sozialwohnungen nachziehen, wird in vielen Fällen die Miete durch staatliche Transferzahlungen gedeckt, während für einheimische Haushalte, deren Einkommen niedrig genug sind, um eine Bezugsberechtigung zu erhalten, aber zu hoch, um Sozialhilfe zu beziehen, die Miete zu hoch ist. Zugespitzt formuliert: diese Haushalte sind nach den geltenden Regeln nicht arm genug, um in einer so teuren Wohnung wohnen zu können. Für jeden Haushalt mit einem höheren Einkommen, der eine Wohnung frei macht, zieht somit ein armer Haushalt nach – und diese armen Haushalte werden zudem oftmals von Zuwanderern gebildet, die noch keinen unauffälligen Weg zur Anpassung an die neue Wohnumgebung gefunden haben. Das Wohnverhalten wird daher von den bisherigen (deutschen) Bewohnern als fremd und störend empfunden.

Für die Bewohner mit höheren Einkommen haben sich in vielen Großstadtreionen im Laufe der letzten Jahre aufgrund eines entspannten Wohnungsmarktes die

Standortoptionen deutlich vergrößert. Wenn sie aufgrund ihrer Einkommen eine Fehlbelegungsabgabe zahlen müssen, erreicht die Miete zusammen mit den Betriebskosten eine Höhe, die auf dem Niveau von eben fertiggestellten Neubauten liegt. Es gibt somit starke Anreize, die Sozialwohnung aufzugeben und in einen Neubau umzuziehen.

"Die Einweisung von Familien und Einzelpersonen, die aus verschiedenen Gründen auf finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand relativ dauerhaft angewiesen sind...bzw. von ihrer Umwelt mehr oder weniger als soziale Belastung definiert werden, (ist) ... ein wichtiges Moment in den...sozialstrukturellen Abstiegsprozessen vieler Großsiedlungen" (Herlyn et al. 1987, 105). Der Wegzug von höheren Einkommensgruppen und der Zuzug von Haushalten mit niedrigem Einkommen (häufig mit ausländischer Herkunft) führt zu einer sozialen Entmischung, die die selektive Fluktuation weiter verstärkt – ein kumulativer Prozeß, dessen Resultat in verschiedenen Varianten in den Großstädten zu besichtigen ist.

Daß der Soziale Wohnungsbau zum 'Problembestand' zu werden scheint, liegt an einem Systemwiderspruch, der einerseits auf Planungsentscheidungen der 60er und 70er Jahre, und andererseits auf politischen Entscheidungen seit den 80er Jahren beruht. Der Soziale Wohnungsbau war als ein Segment des Wohnungsmarktes entstanden und konzipiert, mit dem die 'breiten Schichten' der Bevölkerung in marktfernen Beständen versorgt werden sollten. Er war nie als Wohnungsbau für die Ärmsten und Bedürftigsten gedacht, denn für diese waren die Mieten im Sozialen Wohnungsbau schon immer zu hoch. Nur mit dieser breiten sozialen Zielbestimmung konnten auch die hohen räumlichen Konzentrationen von Sozialwohnungen in den Großsiedlungen geplant werden, denn in diesen Stadtteilen sollte "soziale Mischung" realisiert werden. Der Soziale Wohnungsbau war konzipiert als ein Instrument zur sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung – entsprechend weit gezogen waren die Einkommensgrenzen für die Bezugsberechtigung –, er ist nur zu verstehen als die Antwort des Sozialstaates auf die extrem segregierten Quartiere des kapitalistischen Städtebaus vor 1918. Die Verteilungseffekte der staatlichen Förderung begünstigten immer die Mittelschichten. Weil die technisch guten Wohnungen relativ preiswert für sie waren, war das Zusammenwohnen mit Haushalten, die einen anderen Lebensstile haben, für sie kein Anlaß, diese Quartiere zu verlassen.

Die 'Fehlsubventionierung' von Haushalten, die während ihres Wohnens in einer Sozialwohnung Einkommenszuwächse zu verzeichnen hatten und daher die Einkommensgrenzen überschritten, war als Problem schon immer bekannt. Aber diese Subventionierung wurde, solange die öffentlichen Haushalte in der Lage und bereit waren, das Angebot durch weitere Förderung beständig auszuweiten, hingenommen – gleichsam als Prämie für das Wohnen in sozial gemischter Umgebung. Haushalte mit höheren Einkommen wurden bei der Miete vom Staat quasi dafür subventioniert, daß sie sich nicht wie die übrigen Mittelschichtshaushalte in sozial deutlich segregierte Wohnquartiere zurückzogen.

Dieser Bonus wird diesen Haushalten entzogen, wenn sie wegen ihres höheren Einkommens eine zusätzliche Miete (Fehlbelegungsabgabe) zu zahlen haben, und nun reagieren sie entsprechend mit Auszug. Die niedrigen Einkommensgrenzen, die für die Bezugsberechtigung inzwischen vielerorts gelten, funktionieren den sozialen Wohnungsbau um zu einem 'Fürsorge-Wohnungsbau', zu einem Refugium für die Armen und die Zuwanderer. Damit erhält er eine vollkommen andere Funktion im Stadtgefüge – und für diese Funktion sind die Wohnkomplexe des Sozialen Wohnungsbaus – wie beschrieben – denkbar ungeeignet. Die Kritik, die sich allein an der Verteilungsgerechtigkeit der Subventionen reibt, wird damit kontraproduktiv, da mehr neue soziale Probleme geschaffen als durch die reine Wohnversorgung gelöst werden. Die räumliche Verteilung der Sozialwohnungsbestände gerät so in Gegensatz zur sozialstaatlichen Absicht einer integrativen Versorgung derjenigen, die sich nicht auf dem 'freien' Wohnungsmarkt versorgen können. Ein 'Randgruppen-Wohnungsbau', zu dem der soziale Wohnungsbau mehr und mehr durch politische Entscheidungen auf Bundesebene wird, hätte niemals räumlich derart konzentriert und an so peripheren Standorten gebaut werden dürfen.

Der Bund zieht sich finanziell aus dem sozialen Wohnungsbau zurück und hat auf ein marktförmiges Versorgungsmodell umgesteuert. Die größten Probleme haben vor allem die Städte, die sich in der Vergangenheit stark im sozialen Mietwohnungsbau engagiert haben. Da ihre Budgets durch die noch laufenden finanziellen Subventionsverpflichtungen stark belastet sind, versuchen sie, große Teile ihrer Wohnungsbestände zu privatisieren – in den meisten Fällen an private Großeigentümer, die anstelle einer sozialen Vermietung eine Umstrukturierung auf eine rentable Verwertung vornehmen. Da kaum noch neue Sozialmietwohnungen gebaut werden und zudem die Zahl der belegungsgebundenen Wohnungen durch zeitlichen Ablauf der Sozialbindung dramatisch schrumpft, engt sich das Wohnungssegment ein, das für Haushalte zur Verfügung steht, die sich aufgrund niedriger Einkommen oder sozialer Diskriminierung nicht auf dem ‚freien‘ Wohnungsmarkt bedienen können. Weil die vorzeitige Privatisierung von Sozialwohnungen am ehesten an attraktiven Standorten und bei ansprechenden Bauformen gelingt, aber auch aufgrund des normalen Auslaufens der Belegrechtsbindungen bei älteren Förderjahrgängen, die wiederum in ansprecheren Bauformen und an günstigeren Standorten errichtet worden sind, konzentrieren sich die verfügbaren Belegrechte mehr und mehr in den teuren, peripher gelegenen Wohnungen der Großsiedlungen mit unattraktiven Bauformen.

Das Spiel von Angebot und Nachfrage, selektive Abwanderung aus bestimmten Beständen, diskriminierende Praktiken und das selektive Schrumpfen des Bestands an sozial gebundenen Wohnungen, all das führt dazu, daß Ausländer auch gegen die Interessen der Wohnungsbauträger und gegen den erklärten Willen einer auf Desegregation bedachten Politik sich in Sozialbauwohnungen am Stadtrand konzentrieren.

Die standardisierten Wohnungen und die funktionalistische Definition dessen, was unter

Wohnen zu verstehen sei, sind für die Lebensweise von Zuwanderern aber nicht besonders gut geeignet. Ihre teils unkonventionelle und gegen die funktionalistische Logik gerichtete Wohnweise (z.B. die Nutzung der Grünflächen) wird in den Großkomplexen besonders sichtbar und wegen der kostensparenden Bauweise (mangelnde Lärmdämmung) auch für die Nachbarn störend. Übliche Generationskonflikte erscheinen als ein ‚Ausländerproblem‘, da unter den Kindern und Jugendlichen aufgrund der Altersstruktur und der Familiengröße die Abkömmlinge von Migranten in der Regel deutlich in der Überzahl sind – durchaus normale Konflikte, wie sie in jedem Wohngebiet auftreten, werden ethnisiert und dadurch nur noch schwerer lösbar.

Die Integrationsprobleme in den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus übersteigen aus all diesen Gründen das ‚normale‘ Konfliktniveau, weil sich durch die Architektur verursachte Probleme, soziale Probleme und ethnische Konflikte überlagern und gegenseitig verstärken.

6.6 Die Ambivalenz der Segregation: Das Beispiel der Ruhrpolen

Die Integration des Fremden ist ein langer, konflikthafter und widersprüchlicher Prozeß, der vor allem dem marginal man (Robert Park) viel abverlangt, und er vollzieht sich in einer Dialektik von Abgrenzung und Integration. Die Geschichte der Ruhrpolen, die von Johannes Rau als "Erfolgsgeschichte amerikanischen Ausmaßes" gelobt wurde, liefert dafür Anschauungsmaterial (vgl. Siebel 1997a).

In der Tat gibt es heute, 120 Jahre nach Beginn der Zuwanderung der Polen ins Ruhrgebiet, kein "Polenproblem". Daß sie in die deutsche Gesellschaft integriert sind, zeigt sich auch darin, daß sie wenig aus der eigenen Geschichte gelernt haben: "Sie gehören jetzt zu den Etablierten und sind eifrig um die Absicherung ihrer Position gegenüber den neuen Außenseitern, den ausländischen Arbeitnehmern, bemüht. Sie unterscheiden sich in ihrer Reaktion und in ihrer Ablehnung der Gastarbeiter nicht von der Gesamtgesellschaft" (Stefanski 1991, 199). Wie ist die Integration der Polen im Ruhrgebiet verlaufen?

1. 1871 lebten im Ruhrgebiet 536.000 Einwohner, 1910 3 Mio., davon ca. 1/2 Mio. Polen. Die Stadt Bottrop hatte 1875 6.600 Einwohner, 1900 waren es bereits 24.700 und davon waren 40 % Polen. 1915 betrug die Einwohnerschaft Bottrops 69.000 und die Einheimischen waren in der Minderheit.

Die Polen fanden im Ruhrgebiet ein leeres Land vor, das mit ihnen und durch sie verstädtert und industrialisiert wurde. Es gab zu Beginn der Polenwanderung keine etablierte Stadtkultur und keine fest strukturierte Gesellschaft. Fast alle waren, wie die Polen, Zuwanderer, und alle konnten ihre besondere Kultur einbringen in den Prozeß, in dessen Verlauf sich die neue Kultur der industriellen Gesellschaft im Ruhrgebiet erst entwickelte.

2. Die Polen kamen überwiegend aus ländlichen Gebieten Ostpreußens, es waren in

ihrer Mehrzahl junge, unverheiratete Männer, von denen anfänglich die meisten später wieder zurück in ihre Heimatregionen wollten. Das war der wesentliche Grund, weshalb sie nicht in die USA gewandert waren. Das Ruhrgebiet erlaubte temporäre Rückwanderung, sei es in Zeiten der Arbeitslosigkeit, sei es in Zeiten der Ernte. Die hohe Rückkehrorientierung – und die dementsprechend hohen Überweisungen nach Hause – sanken erst, nachdem die preußische Landesregierung 1904 den Polen den Landerwerb verboten hatte. Erst nach 1904 beginnt denn auch ein nennenswerter Nachzug der Familien.

3. Die Polen konzentrierten sich zu 80-90 % im Bergbau. Es gab Zechen, die sogenannten Polenzechen, in denen die Polen mehr als 50 % der Belegschaft stellten. Im Bergbau wurden die Polen vergleichsweise wenig diskriminiert. Nach 10 Jahren waren Polen ebenso oft Vollhauer wie ihre deutschen Kollegen.
4. Da die Polen zur Stammebelegschaft zählten, quartierte man sie in vergleichsweise gute Werkswohnungen ein. Sie wurden teilweise in ihren Dörfern angeworben und geschlossen in Kolonien im Ruhrgebiet angesiedelt. Von den 40 % polnischen Einwohnern Bottrops um 1900 stammte die Hälfte aus nur zwei Kreisen: Rathebur und Rüttnick. Diese hohe Segregation war weitgehend freiwillig. Bei der Anwerbung in den Heimatregionen wurde oft versprochen, sie wieder geschlossen im Ruhrgebiet anzusiedeln.
5. Die Polen waren preußische Staatsbürger. Trotzdem gab es politische Diskriminierung. Preußen betrieb seit 1890 eine forcierte Germanisierungspolitik in seinen östlichen Provinzen, die bald auch ins Ruhrgebiet zurückschlug. Der Stadt Bottrop wurde u.a. mit dem Argument, daß ein hoher Anteil ihrer Bevölkerung Polen seien, das Stadtrecht vorenthalten. 1908 wurde es auch im Ruhrgebiet verboten, auf öffentlichen Versammlungen polnisch zu reden. Die Polen waren mit Ausnahme der Masuren Katholiken, aber die katholische Kirche verweigerte den Polen lange Zeit polnischsprechende Priester. Auch die Gewerkschaften waren nicht allzu integrationswillig, weshalb die Polen nach 1900 eine eigene Gewerkschaft gründeten, die bald zur drittstärksten im Ruhrgebiet aufstieg.

Vergleicht man das mit der heutigen Situation von Zuwanderern, lassen sich drei Unterschiede benennen, die zu Pessimismus Anlaß geben:

1. Die Polen kamen in eine "leere Region", fast alle waren Zuwanderer, es gab keine etablierte Gesellschaft, das Ruhrgebiet bot in der Tat eine Schmelztiegelsituation. Heute dagegen wandern die Ausländer in große Städte mit fest strukturierten Wohnungsmärkten, in eine Gesellschaft mit vergleichsweise homogener Kultur und festgezurrten gesellschaftlichen Strukturen, die Anpassung erfordern. Obendrein bilden die heutigen Zuwanderer in den Städten nur kleine Minderheiten, die im Unterschied zu den Polen zahlenmäßig in ihrer Gemeinde kaum ins Gewicht fallen und schon allein deshalb kein politisches Gewicht haben.
2. Auch heute konzentrieren sich die Zuwanderer in bestimmten Branchen. Aber

während die Polen in eine expandierende moderne Industrie kamen, konzentrieren sich die heutigen Zuwanderer in schrumpfenden altindustriellen Branchen, die ihnen langfristig schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt bieten und ihnen damit den wichtigsten Integrationsort verschließen, den Betrieb.

3. Ähnliches gilt auch für den Wohnungsmarkt. Die heutigen Zuwanderer filtern allmählich in die schlechtesten Segmente des Wohnungsmarktes, und ihre Segregation ist weit eher erzwungen als die der Polen es gewesen ist.

Diese drei Unterschiede begründen die Befürchtung, daß die zweite und dritte Generation der Gastarbeiter und die heutigen Zuwanderer zusammen mit den deutschen Langzeitarbeitslosen allmählich eine Unterschicht der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten bilden werden, der dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt und den politischen und sozialen Zusammenhängen der deutschen Gesellschaft Ausgegrenzten. Wieso ist dies im Laufe der Zeit bei den Polen nicht geschehen? Weshalb gibt es heute keine marginalisierten Polen im Ruhrgebiet?

Die erste Ursache heißt Zeit. Es hat 80 Jahre und mehr als drei Generationen gedauert, bis endlich während der 50er Jahre der BRD die Integration der Polen gelungen war.

Die zweite Ursache heißt Repression: zunächst die massive Germanisierungspolitik des preußischen Staates, dann die Unterdrückung durch die Nationalsozialisten, die 1939 die polnische Elite bis hinunter zu den Ortsvereinsvorsitzenden ins KZ sperrte.

Und schließlich drittens und vor allem: inwiefern hat denn eine Integration überhaupt stattgefunden? Ein Großteil der Polen ist nämlich wieder abgewandert, nur eine Minderheit ist geblieben und hat sich integriert. Das hängt einmal zusammen mit der Staatsbürgeroption, die der Versailler Vertrag den Ruhrpolen einräumte. Sie konnten nach 1918 wählen, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft beibehielten oder die des neugegründeten polnischen Nationalstaats übernahmen. 10 bis 15 % sind damals zurückgewandert. Daß es so wenige waren, hat viele Gründe, u.a. auch Diskriminierung der 'Bolschewiki Westfaliki' durch die konservativ-aristokratische polnische Gesellschaft. Die überwiegende Mehrheit ist aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland nach Ende des Ersten Weltkriegs weitergewandert in die damals expandierenden belgischen und französischen Kohlenreviere. 1914 lebten 500.000 Polen im Ruhrgebiet, 1923 waren es 230.000 und 1929 nur noch 150.000, nach anderen, deutschen Zahlen nur noch 70.000. Es handelt sich also weniger um eine Erfolgsgeschichte der Integration als um massive Selbstselektion.

Dennoch läßt sich etwas aus der Integrationsgeschichte der Polen lernen: Die Polen haben, teilweise in Reaktion auf die Germanisierungspolitik, eigene Vereine gegründet, eigene Zeitungen, Kirchengemeinden und auch eine eigene Gewerkschaft. Sie haben sich als Polen organisiert und damit selber ausgegrenzt. Aber mit dieser Ausgrenzung entfaltete sich eine Dialektik der Separierung und Integration. Das Netz der polnischen Organisationen und die zahlenmäßige Stärke der Polen ermöglichten es ihnen, ihre Interessen zu artikulieren, gewerkschaftlichen und politischen Druck auszuüben und so

ihre Außenseiterposition allmählich abzubauen. Zugleich beinhaltet die Gründung etwa einer eigenen Gewerkschaft, daß man sich in die Spielregeln der politischen Organisation, des Tarifrechts und der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung einüben muß. Die Selbstorganisation der Polen war also ein zweifacher Schritt in Richtung auf Integration: Aneignung der Spielregeln, die in der deutschen Gesellschaft galten, und Durchsetzung eigener Interessen. Die Selbstorganisation der Polen beinhaltete Abgrenzung und zugleich Integration.

Die Geschichte der Ruhrpolen ist ein Beispiel für Elwerts (1982 und 1984) These von der "Integration durch Binnenintegration". Segregation wäre demnach ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg in die Einwanderergesellschaft. Gegen diesen Optimismus sind vielfältige Einwände vorgebracht worden. Wir wollen sie im folgenden am Beispiel der ethnischen Ökonomie diskutieren.

7. Die ethnische Kolonie – Ressource und Restriktion der Integration

Ethnische Ökonomien sind definiert als Konzentration von Unternehmertum und/oder Beschäftigung von Angehörigen einer ethnischen Minderheit in einem bestimmten ökonomischen Sektor (Logan et al. 2000, 102). Ethnische Ökonomien, d.h. Ökonomien auf der Basis ethnischen Unternehmertums und ethnischer Beschäftigung – möglicherweise auch mit ethnischen Produkten –, haben in der Geschichte der europäischen Einwanderung nach Amerika eine wesentliche Rolle gespielt als ökonomische Nischen, in denen die Neuankömmlinge schnell eine (wenn auch schlecht bezahlte) Beschäftigung finden konnten (vgl. Waldinger 1993). Erfolgreiche Beispiele sind die osteuropäischen Juden in der New Yorker Bekleidungsindustrie um 1900, heute die Kubaner in Miami, die Koreaner in Los Angeles und die Chinesen in New York. Letztere haben in den Vereinigten Staaten überall dort, wo ihre Zahl mindestens die 100.000 erreichte (in New York, Los Angeles und San Francisco) ethnische Ökonomien um die Kernsektoren Gastronomie und Bekleidungsindustrie entwickelt. Auch Inder und Kubaner waren in letzter Zeit in den Vereinigten Staaten im Bereich der ethnischen Ökonomien auffällig erfolgreich.

Als wichtigster Faktor zur Erklärung des ökonomischen Erfolgs von Migranten gilt ihr soziales und kulturelles Kapital. Weil dies bei den verschiedenen Immigrantengruppen sehr unterschiedlich entwickelt ist, haben keineswegs alle Gruppen ethnische Ökonomien gründen können. Ob ihnen dies gelingt, hängt ab

1. von ihren ‚ethnischen Ressourcen‘: kultureller und Klassenhintergrund; spezifische Qualifikationen, die sie mitbringen; Fähigkeiten der ethnischen Gemeinde, Kapital, Arbeitskraft, Zulieferernetzwerke und eine tragfähige Nachfrage zu organisieren;
2. vom Kontext, innerhalb dessen sie agieren, insbesondere von der Politik der Einheimischen ihnen gegenüber. So haben die Kubaner in Miami eine sehr starke ethnische Ökonomie entwickeln können, diejenigen in New York aber nicht;
3. von dem Stand der Integration der Immigranten. Ethnische Ökonomien verschwinden häufig im Zuge der Integration.

Die ethnische Ökonomie ist ein besonders auffälliges Merkmal der Koloniebildung von Migranten innerhalb der Einwanderungsgesellschaft. "Der Terminus Kolonie (meint)...eine geordnete Sozialform der residentuell wie sozial kongregierten Existenz von Zuwanderern aus fremden und fernen Gebieten ..., die sich – mit deutlicher Aufrechterhaltung ihrer Herkunftsidentität und gewisser Abgrenzung – in einer Aufnahmegesellschaft niederlassen." (Fijalkowski 1988, 10; vgl. Breton 1965; Heckmann 1992). Ähnlich definiert Marcuse (1998) die ethnische Enklave im Unterschied zum Ghetto. Während Ghettos Produkt der Ausgrenzung einer diskriminierten Gruppe durch die dominante Mehrheit sind, entsteht die ethnische Enklave auf der Basis von Freiwilligkeit: "Eine Enklave ist ein Gebiet, in dem Mitglieder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, definiert nach Ethnizität, Religion oder anderen Merkmalen, in einem bestimmten Raum zusammenkommen, um ihre

ökonomische, soziale, politische und/oder kulturelle Entwicklung zu fördern" (Marcuse 1998, 186). Größere, segregiert siedelnde ethnische Gemeinschaften können Parallelgesellschaften bilden, die im Extremfall über ein eigenes Territorium, eigene Versorgungseinrichtungen, Schulen, Zeitungen, Kirchen, Vereine, Arbeitsstätten und Verwaltungsorgane sowie Gerichtsbarkeit und Polizei verfügen.

Der ethnischen Enklave werden, soweit sie eine freiwillig gewählte und vorübergehende Formation darstellt, positive Funktionen zugeschrieben: Stärkung der Identität, die durch den gemeinsam besetzten Raum gestützt wird, Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die den eigenen Bedürfnissen angepaßt sind, Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, Basis für kulturelle Entwicklungen und politische Selbstorganisation. Damit kann die ethnische Enklave die Voraussetzungen für eine allmähliche Integration in die Aufnahmegesellschaft verbessern, denn nur auf der Basis einer halbwegs gesicherten Identität ist eine offene Auseinandersetzung mit einer fremden Kultur möglich.

Dieses positive Bild ist allerdings einseitig, die Koloniebildung hat auch ihre Kehrseiten. Zwar können ethnische Kolonien ihre Mitglieder ökonomisch, psychisch und sozial stabilisieren, sie können aber auch zu Integrations-Fällen werden durch scharfe Kontrolle darüber, daß sich einzelne Mitglieder nicht an die Kultur der aufnehmenden Gesellschaft anpassen, was, aus welchen Gründen auch immer, für unerwünscht gehalten wird. Dies ist in Deutschland z.B. insbesondere bei türkischen Migrantinnen der Fall, denen eine Übernahme der ‚westlichen‘ Frauenrolle verwehrt werden soll.

Die Ausbildung ethnischer Institutionen kann auch dazu führen, daß soziale Mobilität sich ausschließlich innerhalb der ethnischen Gemeinschaft und damit in einem sehr beschränkten Rahmen bewegt. In diesen Fällen wirkt die ethnische Kolonie als "Mobilitätsfalle" (Esser 1986). Soziale Mobilität vollzieht sich nur innerhalb der Parallelinstitutionen der Einwanderergesellschaft, deren Mitglieder auf eine Integration in die sehr viel differenziertere Aufnahmegesellschaft verzichten, nicht selten auch in resignierter Selbstbescheidung mit dem Leben innerhalb der ethnischen Kolonie. Ihre Eliten können einerseits als Brücken und Katalysatoren fungieren, die den jüngst Zugewanderten den Einstieg in die fremde Gesellschaft erleichtern, also gleichsam als Pfadfinder in die Fremde, andererseits können sie aber auch die Migranten in der Falle einer ethnischen Subkultur festhalten (Fijalkowski 1988, 39). Im schlimmsten Fall können Isolation, versagte Integrationschancen zusammen mit den positiven Leistungen der ethnischen Kolonie für die Zuwanderer zu einer Parallelgesellschaft mit mafiosen Strukturen führen (Heitmeyer 1998, 447ff). Ähnliche Gefahren sieht Kapphan (1997, 133) für die russische ethnische Ökonomie in Berlin, allerdings ohne daß dies zu einer "Mobilitätsfalle" führe.

Übereinstimmend wird in der Literatur diese Ambivalenz der ethnischen Koloniebildung betont. Sie kann als ökonomische und sozialpsychologische Basis dienen, von der aus Integration gelingt, aber ebenso als Blockade der Integration

(Portes/Sensenbrenner 1993). Ethnische Kolonien sind verlässliche Ressource, Brückenkopf und Basislager für den Aufstieg in die Gesellschaft der Einheimischen, aber ebenso auch restriktive Kontrolle, Beschränkung von Innovation und Falle. Die von Elwert vertretene These, daß Binnenintegration die Integration auch in die Aufnahmegesellschaft erleichtert, gilt nur solange wie die ethnische Kolonie ein Durchgangsstadium bleibt, also die Funktion der Selbstvergewisserung in einer krisenhaften Phase des Übergangs behält und nicht umschlägt in eine strukturelle Isolation von den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft – oder anders formuliert: solange sie auf einer funktionalen, nicht strukturellen Segregation beruht. Die Kolonie kann also funktional für die Integration sein, aber auch dysfunktional. Dies hängt von der Dauer und vom Grad der Freiwilligkeit der Zugehörigkeit zu ihr ab.

Die Gefahr, daß ethnische Kolonien sich zu struktureller Segregation verfestigen, ist nicht nur einer zu mafiosen Strukturen führenden Eigendynamik der Subgesellschaft von Migranten geschuldet. Entscheidend ist vielmehr die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft. Fijalkowski und Gillmeister (1997) haben die Funktion von ethnischen Vereinen unter der Fragestellung, ob es sich dabei um ‚Schleusen oder Fallen‘ handelt, untersucht und kamen zu dem Fazit: es gab viele Anhaltspunkte für die Schleusenwirkung durch kulturelle Selbst-Versicherung, jedoch keine Anzeichen für eine Ghetto-Wirkung. „Risiken, daß sich die Eigenorganisationen heterogener Zuwanderer aus Schleusen in Fallen verwandeln, finden sich am ehesten dort, wo die Politik der Aufnahmegesellschaft die Inkorporation von Zuwanderereliten in das eigene Interessenvermittlungssystem versäumt oder behindert, und diese Eliten bei der Klientel auf ein in der Dominanzkultur nicht verwendbares starkes Kulturkapital treffen, das sie mobilisieren können“ (ebd., 296f).

Ethnische Identifizierungen und die Ausbildung eigener Institutionen in ethnisch basierten Parallelgesellschaften sind fast ausschließlich Reaktionsbildungen auf versagte Aufstiegsmöglichkeiten in die Gesellschaft der Einheimischen. „Je länger die ökonomische Mobilität einer Gruppe blockiert wurde durch nicht marktförmige Zwänge, desto wahrscheinlicher wird eine ‚gebundene Solidarität‘, die die Möglichkeit der Integration über Marktkonkurrenz verneint und entsprechende individuelle Bemühungen zu vermindern sucht“ (Portes/Sensenbrenner 1993, 1344). Man kann auch von einer ‚reaktiven Ethnizität‘ sprechen, d.h. eine Betonung der ethnischen Differenz als Reaktion auf die erfahrene Ablehnung der eigenen Integrationsbemühungen durch die Mehrheitsgesellschaft.

8. Politik

8.1 Das Leitbild

„Aufgabe der Gemeinden ist es, anzustreben, daß

- Ghettos aufgelöst werden bzw. ihre Entstehung verhindert wird
- Ausländern das Leben in allen Wohngebieten ermöglicht wird und Wohnungen der Ausländer in alle Wohngebiete der Gesamtbevölkerung eingestreut werden
- geeignete Bauarten, Bauformen und Siedlungsstrukturen entwickelt werden, in denen ein ungestörtes Nebeneinanderleben von ausländischer und deutscher Bevölkerung möglich ist und vielfältige Kontakte stattfinden können“.

Bereits 1974 faßte der Städtetag so in einem Beschluß zusammen, was auch heute noch die allgemeine Überzeugung der Stadtpolitiker ist. Die Stadtentwicklung hat sich aber nicht daran gehalten, denn seit diesem Beschluß sind in vielen Städten Ausländerviertel entstanden. Daß Ausländer in allen Wohngebieten der Städte Wohngelegenheiten finden können, ist ebenso wenig Realität geworden. Und über die Entwicklung von ‚Bauarten, Bauformen und Siedlungsstrukturen‘ konnte offensichtlich ein ‚ungestörtes Nebeneinanderleben von ausländischer und deutscher Bevölkerung‘ nicht sichergestellt werden. Hat die Politik versagt?

Wie die Überlegungen zum Zusammenhang von Stadtstruktur und Integration von Zuwanderern gezeigt haben, handelt es sich dabei um ein sehr komplexes Problem, für das es mit Sicherheit keine einfachen Lösungen gibt. Die Integrationsprobleme berühren nahezu alle Bereiche und Institutionen der Gesellschaft, so daß eindimensionale Lösungsansätze immer unzureichend und hilflos bleiben müssen.

Wir haben oben ausgeführt, daß es für die Diskussion über politische Reaktionen auf Segregation im Stadtgebiet notwendig ist, zwischen verschiedenen Arten von Segregation zu unterscheiden. Mindestens zu unterscheiden sind freiwillige und erzwungene, kulturelle und soziale Segregation. Im Zusammenspiel dieser Dimensionen entstehen unterschiedliche Segregationstypen, wie das folgende Schema zeigt:

Schema I: Typen von segregierten Gebieten

		Ökonomische Distanz	
		hoch	niedrig
Kulturelle Distanz	hoch	1 Ghetto, Enklave (Überlagerung von kultureller und ökonomischer Segregation)	3 Freiwillige Segregation oder. Diskriminierung (ethnisch-kulturelle, aber keine ökonomische Segregation)
	niedrig	2 Slum (ökonomische, aber keine ethnische Segregation)	4 Assimilation – Mischung; (keine Segregation)

Wenn die kulturelle und die ökonomische Distanzen zwischen einer Minderheit und der Mehrheit in einer Gesellschaft hoch sind, entstehen Enklaven bzw. strukturell segregierte Kolonien, die die Integration ihrer Bewohner in die Mehrheitsgesellschaft erschweren oder verhindern. Wenn sich soziale und ethnisch-kulturelle Segregation bei einer gesellschaftlichen Minderheit so überlagern, daß sie in ihrem Wohnquartier die weit überwiegende Mehrheit ausmacht, kann man auch von einem Ghetto sprechen (Feld 1).

Ist nur die ökonomische Distanz hoch, die kulturelle Distanz jedoch nicht, wie es etwa bei einer Armutspopulation aus der Mehrheitsgesellschaft der Fall sein kann, dann sprechen wir von einer sozialen Segregation. Im Extremfall handelt es sich um einen Slum ohne ethnische Komponente (Feld 2).

Ist die kulturelle Distanz hoch, sind die ökonomischen Unterschiede aber nicht bedeutsam, dann handelt es sich um eine freiwillige Segregation etwa auf ethnischer Basis oder auf der Grundlage von Lebensstilen. Diese ‚rein kulturelle‘ Segregation – also Respektierung kultureller Differenz ohne soziale Diskriminierung – findet man in multikulturellen, ökonomisch aber wenig differenzierten Städten. Dieser Realität am nächsten kommen wohl Städte in den Einwanderungsländern Kanada und Australien. Real in unseren Breiten ist die freiwillige Separation der Oberschicht in den Städten und die bestimmter, z.B. alternativer Lebensstilgruppen (Feld 3).

Wenn schließlich weder kulturelle noch ökonomische Distanzen für die sozialräumliche Struktur einer Stadt eine große Bedeutung haben, dürften sich auch keine segregierten Gebiete bilden können, die auf diese Ursachen zurückzuführen wären. Dies ist ein unrealistischer und unwahrscheinlicher Fall, aber ausgerechnet er bildet offenbar das Leitbild der Stadtpolitik für die Gestaltung der Integration von Ausländern (Feld 4).

Verschiedene Randbedingungen sind ausschlaggebend für Art und Ausmaß von ethnischer und sozialer Segregation in einer Stadt:

- die Wohnungsmarktsituation hat Folgen für die Mobilität, denn bei Wohnungsknappheit finden weniger Umzüge statt; ein Wohnungsangebot, das quantitativ über die Nachfrage hinausreicht, fördert hingegen die Mobilität und trägt zu einer stärkeren sozialen Differenzierung der Wohnquartiere bei. Denn wenn Wohnungssuchende mehrere Optionen haben, treten kulturelle Distanzen stärker in den Vordergrund;
- die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat Einfluß auf die Einkommensentwicklung der Haushalte, und diese ist sowohl für den Umfang der Wohnungsnachfrage wie für deren Struktur entscheidend. Wenn sich die Einkommen stärker differenzieren, nimmt über den Markt auch die Segregation zu;
- demographische Prozesse, also Umfang und Zusammensetzung der Zuwanderung, sind für die Zusammensetzung und Entwicklung der Stadtbevölkerung verantwortlich; daraus ergibt sich auch die Größe von ethnischen Minderheiten, die wiederum Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit bzw. Möglichkeit der Koloniebildung hat;
- kulturelle Faktoren spielen eine wichtige Rolle, weil die Unterscheidung zwischen ‚erwünschten‘ und ‚unerwünschten‘ Zuwanderern deren Möglichkeiten bei der Wohnstandortwahl determiniert; und schließlich hängt es vom Grad der Ähnlichkeit bzw. der Differenz der Herkunftskultur zur Mehrheitskultur ab, inwiefern sich die Migranten selbst als Gruppe abschotten oder ob sie sich individuell zu integrieren suchen;
- eine weitere Komponente ist der Einfluß von kommunalen oder staatlichen Institutionen auf die sozialräumliche Struktur einer Stadt. Eine weitgehende Abwesenheit staatlicher Regulierung, wie es in den USA der Fall ist, führt in einer Einwanderungsstadt zu einem Mosaik aus ethnisch differenzierten Welten; eine

staatliche Steuerung, die eine ethnisch gering segregierte Stadt anstrebt, muß an vielen Schrauben zugleich drehen: in der sozialen Sicherung, bei den Verdienstmöglichkeiten, beim Wohnungsangebot, im Bildungssystem etc.

Die Frage, wie sich die Segregationsstrukturen in den Städten entwickeln, ist daher zu einem großen Teil eine Frage der ‚großen‘ Politik, jedenfalls wird sie nicht ausschließlich auf kommunaler Ebene entschieden. Für die deutschen Städte ist das ‚urbane Modell‘ der Integration des Fremden, wie wir es in Kapitel 1 beschrieben haben, also die individuelle Integration auf der Basis einer gesicherten Existenz das Leitbild, aber die Voraussetzungen für dieses Modell sind immer weniger vorhanden. Das wird deutlich, wenn man sich die beiden Pole des Spektrums von Integrationsmodellen vor Augen führt:

- einerseits das ‚europäische‘ Modell der ethnisch weitgehend homogenen Stadt, in dem die soziale Integration durch einen ausgebauten Sozialstaat abgesichert ist, und in dem öffentliche Instanzen über eine staatliche Wohnungspolitik die Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Wohnstandorte steuern können;
- andererseits das ‚amerikanische‘ Modell der Einwanderungsstadt mit großer ethnischer Heterogenität, in dem es kaum eine Existenzsicherung durch staatliche Sozialversicherung gibt, und in dem die Wohnungsversorgung völlig dem Markt überlassen ist.

Im ersten Modell können sozialräumliche Fragmentierungen weitgehend vermieden werden; die Vorstellung einer individuellen Integration ohne das Netz aus informellen oder verwandtschaftlichen Netzen ist realistisch. Im zweiten Modell steuert der Markt die Verteilung der Einkommensklassen, und die Zuwanderer sind – zumindest in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft – auf die Unterstützung ihrer ethnischen Gemeinschaft angewiesen; dies führt zu einer Stadtstruktur, die als Mosaik aus ethnischen Kolonien beschrieben werden kann, wobei sich ethnische und soziale Segregation überlagern, aber die Gesellschaft offen ist für die soziale Mobilität von Individuen, die sich dann in eine Kultur integrieren, die sich aus einem Amalgam ethnischer Kulturbestandteile entwickelt.

Wo es eine relevante Einwanderung gegeben hat, hat es auch in Europa Einwanderungskolonien gegeben. Das hat das Beispiel der Ruhrpolen gezeigt. Aber die insgesamt starke Homogenität der aufnehmenden Gesellschaft hat diese zeitlich befristete Einwanderungsbewegung nach einiger Zeit vollkommen integriert. Ob das angesichts der Perspektiven der demographischen Entwicklung auch in der Zukunft so bleiben wird, ist sehr fraglich.

In Frankreich werden die ethnischen Differenzierungen in der offiziellen Politik weitgehend ignoriert (vgl. Loch 1994), in England und in den Niederlanden wird mit der multikulturellen Stadt experimentiert (vgl. Baringhorst 1991 und 1999; Triesschijn 1994; Entzinger 1997; Firley 1997; Penninx 1994; Riethof 1994). In Deutschland gibt es bisher noch keine einheitliche Linie, außer der, daß in den Kommunen in der Regel

„Ausländerbeauftragte“ und teilweise „Ausländerbeiräte“ mit sehr unterschiedlichen Aufgaben und Kompetenzen eingesetzt wurden (vgl. Hoffmann 1997). Einen zusammenfassenden Überblick über die kommunale Ausländer- bzw. Integrationspolitik gibt es bisher nicht, so daß jede empirische Aussage nur Beispiels-Charakter hat. Die Forschung zu diesem Thema wurde jedoch in den letzten Jahren intensiviert, so daß immerhin Fallstudien aus einigen Städten vorliegen (vgl. z.B. Gün/Damm 1994; Senatsverwaltung 1995; Schmitz 1998; Krummacher/Waltz 1996; Lamura 1998; Wolf-Almanasreh 1999; Akkaya 2000). Bereits 1990 haben Puskeppelit/Thränhardt eine Untersuchung zur kommunalen Sozialpolitik für Ausländer durchgeführt, in der sie die Fürsorgeorientierung kritisierten und eine Umsteuerung forderten, die die Klientel nicht bevormundet und infantilisiert, sondern Eigenorganisation und Selbsthilfe stärkt. Der Titel der Studie, „Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger“, hat durchaus paradigmatische Bedeutung für die Zuwanderungspolitik der Städte.

8.2 Leitlinien

Die Großstädte sind die Orte der Integration von Zuwanderern, denn sie bieten offene Arbeitsmärkte und offene Sozialstrukturen. Andererseits profitierte die ökonomische und kulturelle Produktivität der Stadt immer von dieser Offenheit für Zuwanderer. Auch heute hängt die ökonomische und kulturelle Zukunft der Städte vom Gelingen der Zuwanderung ab.

Die Rahmenbedingungen für die Integration der Zuwanderer sind heute anders als in der Zeit, als die Städte ihre größten Integrationsleistungen erbracht haben: während der Industrialisierung und während der großen Fluchtbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Arbeitsmärkte in den großen Städten sind kaum noch aufnahmefähig für gering Qualifizierte, Sozialstaat und Kommunalpolitik stehen vor immensen finanziellen Problemen, und die Wohnungsversorgung wird immer stärker marktförmig organisiert. Der staatliche Einfluß auf die städtische Entwicklung wird spürbar geringer. Und die Zuwanderer sind andere; es handelt sich nicht mehr um 'Deutsche' im weitesten Sinne, ja in wachsendem Maße auch nicht mehr um Europäer. Damit stellen sich andere Anforderungen an eine kommunale Integrationspolitik.

Dennoch läßt sich aus den bisherigen Integrationsprozessen für die heute anstehenden Aufgaben lernen:

1. Die Politik gegenüber Zuwanderern darf nicht orientiert sein an der Vorstellung von ‚bedürftigen‘ Wesen oder von unbegreiflichen Fremden, die ‚toleriert‘ werden müssen, vielmehr muß sie ausgehen von wechselseitigen Pflichten und Bereicherungen. Zuwanderer müssen nicht ‚toleriert‘, sondern respektiert werden wie alle übrigen Mitbürger auch. Die Gewohnheit vieler Kommunalpolitiker, jeden Ausländer mit einem ‚sozialen Problem‘ zu identifizieren, muß ein Ende haben.
2. Integration braucht Zeit (vgl. auch Rex 1998, 139f). Die Integration der Ruhrpolen

hat sich über mehrere Generationen hingezogen. Eine Politik der Integration braucht einen sehr langen Atem.

3. Integration ist ein konflikthafter Prozeß. Eine Politik der Integration muß möglichst früh einsetzen und mit möglichst sichtbaren Zeichen im Stadtteil, um dem Gefühl, daß sich keiner um die Probleme der Bewohner kümmert, zu begegnen – und zwar real, nicht als Show. Anlässe für Konflikte wie die Konkurrenz um billigen Wohnraum zwischen benachteiligten Einheimischen und Zuwanderern müssen durch die Sicherung bzw. durch Erweiterung des Angebots an zumutbaren und preiswerten Wohnungen abgebaut werden.
4. Schließlich müssen geeignete Verfahren der Konfliktmoderation angewandt und weiter entwickelt werden. Gegenwärtig besteht eine Tendenz, Konflikte über Dritte auszutragen: Beschwerden beim Wohnungsvermieter, bei der Stadt, Anzeigen bei der Polizei, was schnell zur Eskalation führen kann; direkte Beteiligung und direkte Kommunikation müssen organisiert werden.
5. An die Kommunalpolitik wird die Anforderung gestellt, zu differenzieren zwischen Erscheinungen, die nur schwer auseinanderzuhalten sind und daher scheinbar widersprüchliche Antworten verlangen: einerseits sollen fremde Kulturen respektiert werden und die Selbstorganisation ihrer Träger – und damit auch räumliche Konzentration – nicht nur zugelassen, sondern darin sogar noch unterstützt werden, andererseits aber soll die soziale Segregation bekämpft und abgebaut werden. Da sich beide Formen sozialräumlicher Differenzierung bei den ethnischen Minderheiten überlagern, ist das nur unter größten Mühen zu realisieren. Die Politik muß sich auf die grundlegende Ambivalenz der Einwanderungsproblematik zwischen Integration und Ausgrenzung einlassen. Sie wird deutlich an der ambivalenten Funktion von segregierten Gebieten als Brücken in die Gesellschaft einerseits und als Fallen andererseits, aus denen die Zuwanderer oft keinen Weg herausfinden. Die Politik hätte es mit einem klaren Nein oder Ja zur Segregation leichter. Aber sie würde sich vor der objektiv gegebenen Ambivalenz nur davonstellen, indem sie willkürlich für eine der beiden Seiten votierte. Das eine wäre naiv, das andere repressiv. Es gibt zwar für jedes schwierige Problem eine einfache Lösung, aber die ist gewöhnlich falsch. Anders gesagt: Politik angesichts der Zuwanderung besteht größtenteils in einer Gratwanderung auf der Ebene der Stadtstruktur, des Wohnungsmarktes und des Arbeitsmarkts.

8.2.1 Die Politik der Desegregation

In der Bundesrepublik ist Desegregation offizielles Politikziel. Allerdings, haben sich Wohnungspolitik und Städtebau nicht immer gegen Segregation gerichtet. Die Zonen- und Staffelbauordnungen nach dem ersten Weltkrieg hatten Segregation zumindest als ungeplante Nebenfolge, die ersten Formen von städtebaulicher Planung beruhten geradezu auf dem Prinzip, bestimmte Qualitäten für neu geplante Quartiere zu sichern (vgl. Fisch 1988). Soziale Mischung statt Segregation wurde zum Grundprinzip

städtischer Flächennutzungsplanung als Reaktion auf die Klassenspaltung der englischen Städte, die Friedrich Engels in seiner Schrift ‚Zur Lage der arbeitenden Klasse‘ beschrieben hatte. Hobrecht, der Verfasser des großen Stadterweiterungsplanes für Berlin vor der Gründerzeit, verband mit der Mischung der sozialen Klassen auf einem Grundstück die Hoffnung, daß damit auch Solidarität und gegenseitige Hilfe angeregt werde (vgl. Hoffmann-Axthelm 1993). Die Realität der Stadtentwicklung sah jedoch anders aus: die von privaten Unternehmern gebauten Vorstädte richteten sich strikt an der Kaufkraft derjenigen Gruppen aus, die sie als potentielle Kunden im Auge hatten. Dadurch entstanden extrem segregierte Quartiere und Stadtteile.

Erst der soziale Wohnungsbau in der Weimarer Republik und in den 50er und 60er Jahren der Bundesrepublik hat eindeutig desegregierende Wirkungen gehabt. Der gegenwärtig sich vollziehende Funktionswandel des sozialen Wohnungsbaus zum Auffangnetz für Notfälle hat zusammen mit seiner quantitativen Reduktion dem ein Ende bereitet.

Mit dem Argument, dies diene der Desegregation, werden immer wieder Quotierungen und Zuzugssperren für Ausländer in bestimmten Quartieren gefordert. Diese können im Interesse von Wohnungseigentümern sein, die möglichst ‚gute Mieter‘ in ihren Beständen haben wollen, d.h. Mieter, die die Sicherheit der Mietzahlung garantieren, die mit der Wohnung schonend umgehen und sich mit anderen Bewohnern verträglich zeigen. Ausländer gelten vor allem mit Bezug auf letzteres Kriterium als Risikomieter. Wohnungsbaugesellschaften, auch solche in öffentlichem Eigentum, haben daher zu Zeiten als noch Wohnungsknappheit herrschte, andere Mieter vorgezogen und teilweise Wohnungen sogar lieber leer stehen lassen, als sie an ausländische Haushalte zu vermieten.

Quotierungen und Zuzugssperren sind aber in keinem Fall im Interesse der Zuwanderer. Unter Gesichtspunkten der Integration dürften die Wirkungen zweifelhaft oder sogar negativ sein. Eine breitere Verteilung der Ausländer im Stadtgebiet würde dadurch eher verhindert, denn Ausländern werden, indem man bestimmte Bestände für sie sperrt, ja keine neuen Wohnmöglichkeiten anderswo eröffnet. Quotierungen und Zuzugssperren haben in erster Linie den Effekt, die geringen Wahlmöglichkeiten von Ausländern auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich einzuengen. Unter den für das untere Wohnungsmarktsegment typischen Bedingungen der Wohnungsknappheit bedeuten Zuzugssperren und Quotierungen, daß ein eh schon unzureichendes Angebot an Wohnungen für eine bestimmte Gruppe von Nachfragern willkürlich zusätzlich verengt wird. Die Berliner Erfahrungen mit der Zuzugssperre für bestimmte Bezirke in den 70er und 80er Jahren zeigen außerdem die Unwirksamkeit solcher Maßnahmen: Familienzusammenführungen können aus Gründen der Menschenrechte nicht verhindert werden, und die Zuwanderung heute besteht ja überwiegend aus Familienwanderung. Selbst wenn dies zukünftig wieder anders sein sollte, ist mit solchen Restriktionen, die faktisch leicht umgangen werden können, Stigmatisierung, aber keine Verbesserung der Integrationschancen verbunden.

Es ist – wie Umfragen gezeigt haben – keineswegs so, daß alle Ausländer in stark segregierten Ausländervierteln wohnen wollen – aber eine freie Wahl hatten sie bisher selten. In der Bevölkerungsbefragung der vergleichenden Stadtstudie von Heitmeyer und Anhut gaben 16,9 % in Marxloh und 26,6 % in Bruckhausen an, woanders keine Wohnung gefunden zu haben. Aber 56 % der befragten Türken in Marxloh und 56,9 % in Bruckhausen gaben an, wegen Bekannter und Verwandter dorthin gezogen zu sein. Ihre Konzentration in Bruckhausen deuten die türkischen Befragten mit zwei Mustern: es sei der eigene Wunsch, dort zu wohnen oder es sei Ergebnis von Diskriminierung: die Deutschen trieben die Türken in Ghettos (!). Beide Male steht das Handeln von Personen im Vordergrund, anonyme Prozesse des Wohnungsmarktes werden personalisiert. „Bei diesen Deutungen schwingen oft unüberhörbar die Ängste der Fremden mit. ... (Der) Vergleich zum Schicksal der Juden in Deutschland (wird) sehr oft (gezogen)... Die ethnische Konzentration wird nicht als Folge von komplexen Prozessen betrachtet, sondern infolge einer diffusen Angst als beabsichtigte Entwicklung gedeutet“ (Teczan 2000, 421).

Erzwungene Desegregation ist nicht besser als erzwungene Segregation. Die Stadtpolitik sollte freiwillige Segregation nicht bekämpfen wollen, sollte Abstand nehmen vom illusorischen und schädlichen Ziel einer Verteilung der Zuwanderer über das Stadtgebiet und statt dessen sozialpolitische Maßnahmen dort konzentrieren, wo Ausländer jeweils wohnen. Mit der Sicherung von billigen Wohnungen an möglichst vielen unterschiedlichen Standorten und mit einer Unterstützung der freien Wohnstandortwahl durch höhere Wohngeldzahlungen wäre allen besser geholfen – zumal da auch die diskriminierende Wirkung gegenüber Zuwanderern als Mieter entfielen, die unweigerlich mit dem administrativen Versuch, sie wie eine ansteckende Krankheit zu isolieren, verbunden ist.

8.2.2 Einwandererquartiere

Aus der Überlagerung der negativen Effekte einer schwachen Position auf dem Wohnungsmarkt und der positiven Funktionen ethnischer Kolonien für neu Zugewanderte entstehen in Einwanderungsstädten unausweichlich Einwandererquartiere. Sie werden sich auch in deutschen Städten herausbilden. Solche Quartiere werden immer von anderen Quartieren in der Stadt auffällig abweichen, weil ihre Bewohner noch nicht in die Systeme von Arbeits- und Wohnungsmarkt und auch noch nicht in das Sozialsystem integriert sind. Insofern sind es Orte der Fremdheit, was die Lebensweise angeht – und wegen der Armut der Zuwanderer und der häufigen Konflikte mit benachbarten Deutschen in problematischen Lebenslagen sind es in den Augen der Verwaltung auch ‚Problemgebiete‘.

Die amerikanischen Soziologen, die Einwanderungsquartiere als erste systematisch untersucht haben, sahen darin notwendige Durchgangsstationen im Prozeß der Integration. Sie dienen als erste Anlaufstation, als Stützpunkt und als Schutz vor Konflikten durch räumliche Distanz. Diese Quartiere bleiben solange bestehen, wie es Zuwanderung gibt, da sich ihre Funktion mit jeder neuen Zuwanderungswelle erneuert.

In der Einwandererstadt müssen sie toleriert werden. Statt sie abschaffen zu wollen, ginge es vor allem darum, ihre Funktionsfähigkeit als ‚Schleuse‘ in die Gesellschaft der Einheimischen zu sichern.

Für den individuellen Zuwanderer ist die ethnische Kolonie nämlich im Idealfall ein Übergangsort. Das aber heißt gerade nicht, daß die ethnische Kolonie selber als Ort und als gesellschaftliche Institution etwas Vorübergehendes wäre. Am Bild des Wartesaals in einem Bahnhof kann man dies verdeutlichen: er ist eine Dauereinrichtung und er ist immer voll, solange es Bahnreisende gibt, aber keiner bleibt dauerhaft darin sitzen. Den Wartesaal abzuschaffen, hieße, das Reisen zu erschweren. Blieben die Benutzer dauerhaft darin sitzen, wäre es kein Wartesaal mehr, sondern ein Gefängnis.

Da Deutschland auf absehbare Zeit Einwanderungsland sein wird, werden die deutschen Städte auch auf absehbare Zeit segregierte Einwandererquartiere und ethnische Kolonien ausbilden. Sie verhindern zu wollen, wäre aussichtslos und obendrein integrationsfeindlich. Die Politik hat die Aufgabe, die Rolle von Einwandererquartieren als Schleusen zu sichern, d.h. sowohl die Zugänge offen zuhalten wie die Ausgänge in die Einwanderungsgesellschaft.

Für die Stadtpolitik ist es vor allem wichtig, rechtzeitig Konflikte und Prozesse der Isolation und Ausgrenzung zu erkennen und möglichst früh zu unterbrechen. Dazu ist ein Frühwarnsystem nötig. Ein wirksames Frühwarnsystem wird sich allerdings nicht allein auf Auswertungen amtlicher Daten stützen können. Notwendig wären genauere und zeitnähere Beobachtungen und Analysen unter Mitwirkung von Vertretern der Migrantenpopulation, um die dortige soziale Wirklichkeit genauer erkennen zu können. Dazu gehören ferner regelmäßige Befragungen von Experten aus dem Quartier, aus dem Gesundheitswesen, der Polizei, dem Schulsystem, der Sozialarbeit.

8.2.3 Integrationspolitik

Das Konzept einer ‚kulturautONOMEN Integration‘ bedeutet, daß Multikultur als ‚Normalität von Stadtgesellschaften‘ (Rex 1998) erkannt und organisatorisch unterstützt wird (vgl. auch Sandel 2000). Es ist ein schwieriges Problem, zugleich staatliche Abstinenz zum Schutz der Minderheiten und staatliche Leistungen für die Förderung der kulturellen Eigenständigkeit sicherzustellen. Integration in „differenzempfindlicher Weise“ (Habermas 1996, 172ff) heißt, Möglichkeiten der Binnenintegration lassen und stützen und zugleich Respekt gegenüber der fremden wie gegenüber der Mehrheitskultur zu fordern. Migranten müssen die „Möglichkeiten autonomer Entscheidungen über die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der jeweiligen kulturellen Lebensformen“ (Habermas 1996) gegeben werden

Nicht gelingende Integration hat mindestens zwei Akteure: die Migranten und die Mehrheitsgesellschaft. Beide Seiten müssen bereit sein und aktiv werden, um die bekannten Defizite zu überwinden. Die Stadtpolitik kann dazu Hilfestellungen geben, aber sie kann diesen Prozeß nicht allein steuern. Da Integration keine Einbahnstraße ist,

müssen Migranten Gegenleistungen erbringen, mindestens die Akzeptanz der zentralen Prinzipien der Demokratie. Wir benennen im folgenden einige Stichworte zur integrationsfördernden Politik (vgl. hierzu auch Krummacher/Waltz 1996).

Die Mehrheitsgesellschaft muß politische und soziale Rechte garantieren und soziale Diskriminierungen unterlassen – insbesondere durch Personen, die über gesellschaftliche Macht verfügen.

Gegen die Informationsdefizite und die sprachlichen und beruflichen Defizite benötigt man Beratungs-, Qualifikations-, Fördermaßnahmen, (kollektive) Selbsthilfe, Vernetzungen als Ressource für Orientierung, Identitätsbildung und Interessenvertretung (vgl. Schulte 2000, 68). Daran sind Organisationen von Ausländern als Träger zu beteiligen. Vor allem solche Organisationen verdienen Unterstützung, die eine interkulturelle Orientierungen fördern. Für den „bestmöglichen Umgang mit Minderheiten im städtischen Kontext“ hat Rex (1998) folgenden Katalog aufgestellt:

1. keine Diskriminierung bei der Wohnraumzuteilung;
2. Toleranz gegenüber Einwanderergebieten, keine Barrieren gegen freiwillige Segregation aufbauen;
3. Politische Repräsentation aller Minderheiten in städtischen Ämtern;
4. Einrichtung von Konsultationsmechanismen (die Meinungen und Bedürfnisse der Einwanderer kennenlernen);
5. Unterstützung von Minderheitenkulturen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen;
6. Anerkennung des Ideals der Wahlfreiheit (kein Zwang zur Assimilation);
7. Aufmerksamkeit für die besonderen Bedürfnisse und Nöte von Schulkindern, damit keine Benachteiligung bei Bildung und Ausbildung entsteht;
8. Religiöse Toleranz gegen Minderheitenreligionen – wie gegen Juden; Unterweisung in eigener Kultur auf freiwilliger Basis;
9. Assimilations- und Akkulturationsprozeß über mehrere Generationen auf freiwilliger Basis unter Fortführung symbolischer Ethnizitäten;
10. Keine Multikultur, die nur aus einem Amalgam vieler Kulturen besteht, sondern Mehrheitskultur, die sich allerdings durch Aufnahme von Elementen der Minderheitenkulturen weiterentwickelt.

Ein Beispiel für eine multikulturelle Stadtpolitik bietet die Stadt Toronto in Kanada, das als Einwanderungsland günstige Rahmenbedingungen für eine lokale Integrationspolitik bietet (vgl. zu Australien McKenzie 1997; vgl. auch Jansen/Baringhorst 1994; Han 2000, 286ff). Seit 1971 gehört ‚Multikultur‘ zum offiziellen Selbstverständnis des kanadischen Staates. Dazu gehört, daß unter Gleichbehandlung auch verstanden wird, verschiedene Bevölkerungsgruppen verschieden zu behandeln, also ihre kulturelle

Differenz zu respektieren. ‚Sichtbare‘ Minderheiten, d.h. ab einer gewissen Größenordnung, werden in dieser Hinsicht bezüglich ihrer Besonderheit nicht behindert oder zur Anpassung gezwungen.

Zur Integrationspolitik der Stadt gehören die gezielte Beschäftigung von Minderheiten im öffentlichen Dienst, die Bereitstellung von auf sie ausgerichteten Dienstleistungen, die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen aus allen Minderheiten, Programme zur Förderung der verschiedenen Teilkulturen, und schließlich die Einflußnahme auf den öffentlichen Diskurs und auf sämtliche Entscheidungen im öffentlichen Bereich, von den in einer multikulturellen Stadt ja immer Minderheiteninteressen berührt werden.

Es gibt ein ‚Amt für Chancengleichheit‘, das durch ein Komitee aus 23 Vertretern verschiedener Gruppen beraten wird, und das vor allem drei Aufgaben hat:

- a) Informationen zwischen den Verwaltungen vermitteln und koordinieren; die Selbstorganisation von Minderheiten unterstützen sowie bei Konflikten zwischen ethnischen Gruppen zu schlichten und zu vermitteln;
- b) die Zugänglichkeit zu den städtischen Diensten für alle Minderheiten durchzusetzen, Sprachkurse für die öffentlich Bediensteten zu organisieren und über Integrationsprobleme und -bemühungen laufend zu berichten;
- c) die Leitlinien für die Multikulturalismus-Politik laufend zu aktualisieren und den Rat der Stadt dazu zu beraten.

Zwei Orte in der Stadt, in denen heute besonders heftige Konflikte zwischen Einwanderern und Einheimischen entstehen, sind die Schule und der öffentliche Raum. Sie spielen für Integration eine herausragende Rolle, und hier gibt es für die Stadtpolitik erheblichen Handlungsbedarf. Auf diese beiden Integrationsbereiche gehen wir zum Abschluß etwas ausführlicher ein.

8.2.4 Die Schule

Von den drei Orten der Integration, Betrieb, Wohnquartier und Schule, ist unter den heutigen Bedingungen letzterer der wichtigste für eine Politik der Integration. Die Schule ist zunehmend der Ort, an dem über Integration oder Ausgrenzung entschieden wird. Der Betrieb ist für gering qualifizierte Migranten immer weniger zugänglich; das Berufsschicksal entscheidet sich mehr und mehr schon im Bildungssystem statt auf dem Arbeitsmarkt; schließlich ist die Schule politisch direkt zu steuern. Angst um die späteren Berufschancen ihrer Kinder, wenn sie solche Schulen besuchen müssen, ist ein Motiv von wachsender Bedeutung für den Auszug von Angehörigen der Mittelschicht und aufstiegsorientierten Migranten aus innerstädtischen Quartieren. Die Schulsituation ist also auch Auslöser erzwungener Segregation der Zurückbleibenden.

Die eigentliche internationale Schule ist die ganz normale Grundschule in der Innenstadt, wo heute bis zu dreißig verschiedene Muttersprachen gesprochen werden.

Die Schulen sind für die Aufgabe der Integration aber nicht genügend vorbereitet oder ausgestattet; es gibt keine Ganztagschulen; die Klassen sind zu groß; es fehlen entsprechend ausgebildete Lehrer. Konzepte dafür gibt es jedoch inzwischen (vgl. Auernheimer et al. 1996; Fischer et al. 1996).

Schulen könnten auch im Quartier eine zentrale Rolle als Kommunikationszentrum übernehmen. Schulen sind tatsächlich der Ort, wo sich Einheimische und Fremde begegnen. In der Schule werden Normen und Kulturtechniken gelernt, die für Integrationsprozesse zentral sind, und an dem, was in der Schule passiert, sind alle Eltern interessiert. Sie könnten auch der Ort sein, an dem die Eltern mit ihren Kindern die deutsche Sprache lernen – eine der wichtigsten Voraussetzungen für individuelle Integration.

Dies zeigt sich in der Untersuchung über Integrationskonflikte in Duisburg (Teczan 2000). Eines der zentralen Themen sind schulische Probleme. „Je mehr Kinder aus Einwandererfamilien sich in einer Sekundarschule konzentrieren, um so mehr entschließen sich deutsche Eltern dazu, ihre Kinder in anderen Schulen unterzubringen. Die Beliebtheit der Konfessionsschulen resultiert nicht zuletzt aus dieser Tatsache, da sie ganz wenige Einwandererkinder aufnehmen. Die Schule mit hohem Anteil von Einwandererkindern geraten in einen Teufelskreis. Da sie von den deutschen Eltern immer weniger aufgesucht werden, sind sie zur Bestandssicherung immer mehr auf Einwandererkinder angewiesen. So verlieren sie wiederum immer mehr an Attraktivität, auch für besserverdienende Einwandererfamilien. Es kann dann dazu kommen, dass die Schule Probleme damit hat, die nötigen neuen Aufnahmezahlen nachzuweisen“ (Teczan 2000, 420). Der Wegzug der Deutschen, die ihre Kinder aus den Schulen abmelden, wird auch von den Migrantinnen (!) als großes Problem gesehen, ein Moscheevorsteher hat im Ausländerbeirat ausgerufen: „Liebe Deutsche, bitte laufen Sie nicht weg“ (ebd., 423) Sie befürchten nicht ohne Grund, daß dann der Stadtteil völlig abgehängt wird.

8.2.5 Der öffentliche Raum

Wir haben zu Anfang die zwei Modi städtischer Integration dargelegt: den des urbanen Individualisten und den des „urbanen Dörfers“ als Art und Weisen, mit Differenz umzugehen. In diesem Gutachten haben wir uns vor allem mit dem zweiten beschäftigt, mit der Einwandererstadt als ein Mosaik ethnischer Dörfer, das von den segregierten Quartieren der Migrantinnen gebildet wird. Aber auch der urbane Integrationsmodus hat seine Orte: den öffentlichen Raum der Stadt, in dem ihre Heterogenität für jeden sichtbar wird. Dort kann deshalb jenes distanzierte Verhalten eingeübt werden, das der Normalität der großen Stadt als dem Ort, an dem Fremde leben, angemessen ist. Bahnhöfe z.B. sind solche Orte, aber auch zentrale Plätze und normale Stadtstraßen. An diesen Orten kann aber auch die eigene Besonderheit demonstriert und für andere erfahrbar gemacht werden.

Über Jahre hinweg haben linke türkische Gruppen das Erscheinungsbild der türkischen Minderheit im öffentlichen Raum geprägt. Ihre Demonstrationen zu politischen

Ereignissen, die sich in der Türkei abspielten, bezogen sich aus deutscher Sicht auf außenpolitische Probleme. In jüngerer Zeit sind jedoch religiös geprägte Gruppen stärker im öffentlichen Raum präsent. Mit ihnen tauchen dauerhaft präsenzte Symbole (Minarette, Moscheen, Kopftücher, der Gebetsruf des Muezzin) auf, „die den sozialen Raum symbolisch verändern und besonders von den deutschen Alteingesessenen in ihren vertrauten Orten als Herausforderung interpretiert werden“ (Teczan 2000, 411). Versuche, religiöse Symbole des Islam im öffentlichen Raum zu etablieren, sind wahrscheinlich überall umstritten. Besondere Ablehnung und aggressive Reaktionen lösen in der Regel Vorhaben aus, eine Moschee in einem Quartier zu errichten. Moscheen wecken leicht deshalb Aggressionen, weil Islam gerne – und falsch – mit Fundamentalismus identifiziert wird. Das erschwert eine gelassene Betrachtung.

In Köln verzeichnet der Islam die zweitgrößte Mitgliederzahl, aber sichtbar repräsentiert ist diese Religion nicht. Eine ‚Zentralmoschee‘, vergleichbar dem Dom, wäre allerdings ohnehin nicht möglich, denn der Islam ist keine einheitliche ‚Kirche‘, vielmehr besteht eine Pluralität von Richtungen, die sich in verschiedenen Moscheenvereinen manifestiert. Von den 200.000 Türken in Berlin sind ca. 20 % Mitglieder in Moscheenvereinen. Moscheenvereine haben eine wachsende Bedeutung in der Gemeinschaftskonstruktion türkischer Kolonien, weil mit den Schwierigkeiten der systemischen Integration (Arbeitsmarkt) die Identitätsprobleme zunehmen, und die Religion Angebote für Selbstvergewisserung und Sinnggebung macht. In einer sich modernisierenden Welt, in der die Anforderungen an den Einzelnen ständig steigen, die Integrationsfähigkeit der Aufnahmegesellschaft – teilweise aus denselben Gründen – aber zurückgeht, übernehmen die Moscheenvereine „eine wichtige Rolle zur Stabilisierung der Identität, zur Vermittlung von Werten und Normen, die das Leben im Spannungsfeld zweier Kulturen überhaupt erst ermöglicht“ (Kapphan 1999, 14).

Leggewie (1993) hat die Moschee als „islamisches Bürgerhaus“ bezeichnet, das „leistungsunabhängige Integrationsangebote“ (Heitmeyer u.a. 1997) macht. Ein großer Teil der Moscheen hat eine integrative Funktion durch Sozialarbeit, Bildungsarbeit und Hilfen für den Alltag: Deutsch-, Nachhilfe-Unterricht, Hausaufgabenbetreuung, Steuerberatung, Umgang mit Behörden, die Chancen der jüngeren Mitglieder auf dem Arbeitsmarkt verbessern, arbeitslosen oder verrenteten Männern, die keine Rolle im Haushalt haben, einen Platz bieten. Die Moscheenvereine sind jedoch fast immer in finanzieller Not. Auf sie kommen mit der wachsenden Arbeitslosigkeit und mit der Alterung der Bevölkerung umfangreichere soziale Aufgaben zu, aber bei sinkenden Einkommen eben auch weniger Spenden.

Die Moscheenvereine, die unterschiedliche soziale Gruppen ansprechen, können, wenn sie von der Aufnahmegesellschaft unterstützt werden, Brücken zur gesellschaftlichen Umwelt bilden. Sie scheinen sich – wenigstens teilweise, wie eine kleine Untersuchung in Berlin zeigte (Jonker/Kapphan 1999) - zunehmend der nachbarlichen Öffentlichkeit zu öffnen und suchen Kontakte. Möglicherweise verbessert sich ihre Situation durch die Entwicklung professionellerer Strategien, weil sie auf die Ressourcen der akademisch

gebildeten zweiten Generation zurückgreifen können, unter denen sich auch Juristen und Architekten befinden. Es gibt also die Chance, die Vereine in die deutsche Gesellschaft einzubinden.

Die Moscheenvereine haben bisher große Probleme mit der Akzeptanz durch die Institutionen und Vertreter der Mehrheitsgesellschaft (vgl. Gesemann/Kapghan 2000). Dies wird deutlich bei den Problemen, die Moscheenvereine bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die Einrichtungen ihrer Betsäle und Treffpunkte haben: Moscheen sind oft nur für Insider zu erkennen, oft fühlen sie sich in der Nachbarschaft zurückgewiesen. „Viele Moscheen verbleiben im Hinterhof“ (Best 1999, 51). Sie befinden sich meist in Gewerberäumen, innerhalb der Stadt in Hinterhöfen. In der Regel werden die Räume in Selbsthilfe für ihre Bedürfnisse umgebaut (Gebhardt 1999, 54). Bereits 1987 wurde in Berlin von der Ausländerbeauftragten den Bezirksämtern „eine wirkungsvolle Unterstützung der Moscheenvereine bei der Suche nach neuen Räumen“ anempfohlen (Gesemann 1999, 21). Aber bis heute hat sich ihre Situation kaum gebessert. In Berlin haben Wohnungsbaugesellschaften und Bezirke in den letzten 5 Jahren keine Räume an einen Moscheenverein vermietet (Gebhardt 1999, 53). Ein Standort in Kreuzberg für eine Zentralmoschee in Berlin wurde wegen der „überdurchschnittlichen Konzentration ausländischer Wohnbevölkerung“ abgelehnt aus Furcht vor „Ghettobildung“ (Przybyla 1999, 61). Es gibt kaum Kontakte zu den Verwaltungen, die wegen der notwendigen Baugenehmigungen etc. aber dringend notwendig wären. Es fehlt der zentrale Ansprechpartner für die deutschen Behörden, das organisatorische „Dach“ (die ‚Kirche‘) und damit verbindliche Repräsentation, denn der Islam ist keine anerkannte Körperschaft. Weil sie keine Körperschaft öffentlichen Rechts sind, werden sie bei der Aufstellung von Bebauungsplänen nicht berücksichtigt. Nach dem Planungsrecht stellen Moscheen in Wohngebieten eine gewerbliche Nutzung, in Wohnungen eine Zweckentfremdung dar. Deshalb müssen sie, sollten sie keine Gewerbeflächen im Bestand anmieten können, mit Neubauten in ein Gewerbegebiet ausweichen – wie im Fall der Mannheimer Moschee. Für Anmietungen und erst recht für Neubauten aber fehlt den Vereinen das Geld, denn sie erhalten keine finanzielle Förderung und leben nur von Spenden.

Der Moscheenstreit ist ein reiner Streit um Symbole, aber gerade als solcher wichtig. In der europäischen Stadt ist der öffentliche Raum der Raum höchster Sichtbarkeit. Immer haben die ökonomisch Erfolgreichen, die politisch Mächtigen und die kulturellen Eliten versucht, ihn zu dominieren. Deshalb ist die Forderung, dort auch mit den eigenen Symbolen präsent zu sein, eine logische Konsequenz gerade für ethnische Gruppen, die sich zum Bleiben entschlossen haben und um Anerkennung kämpfen. Die symbolische Präsenz der Minderheit im öffentlichen Raum wird eingefordert als sichtbare Bestätigung des Respekts seitens der Mehrheitsgesellschaft für die eigene Besonderheit.

9. Zusammenfassung

9.1 Theorie

Zwischen dem Integrationsmodus von Zuwanderern in einer Gesellschaft und der typischen sozialräumlichen Struktur gibt es einen Zusammenhang, wobei man ein ‚europäisches‘ Modell und ein ‚amerikanisches‘ unterscheiden kann:

- im europäischen Modell bildete bis in die jüngste Vergangenheit eine ethnisch homogene Nationalgesellschaft das Zentrum der Gesellschaft, die Zuwanderer stammten überwiegend aus dem eigenen Kulturraum. Zuwanderer haben sich in diese Gesellschaften integriert; der vorherrschende Integrationsmodus war also der der individuellen Anpassung. Entsprechend hat es in den europäischen Städten auch selten ethnische Viertel gegeben, Die Differenzen zu Fremden wurden in der Großstadt auf bloß kulturelle reduziert, die Integration in die Systeme von Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Sozialversicherung sicherte eine von gemeinschaftlichen Bindungen unabhängige Existenz. Beim – von Georg Simmel beschriebenen – urbanen Lebensstil koexistieren Fremde, indem sie sich respektieren, ohne miteinander kommunizieren zu müssen.
- im amerikanischen Modell existiert keine kulturelle Homogenität, bevor die Zuwanderung aus anderen Kulturen beginnt, vielmehr entstand die amerikanische Gesellschaft durch Zuwanderung. Es wurde – neben der Garantie der liberalen Rechte – auch kein Sozialstaat aufgebaut, für die Existenzsicherung blieben die Zuwanderer auf solidarische Netzwerke unterhalb der staatlichen Ebene angewiesen. Die Zuwanderer bildeten daher in den Städten lokale Gemeinschaften, ethnische Kolonien, die auf der Basis der Kultur des Herkunftslandes für die Individuen eine solidarische Basis für weitere Integrationsschritte boten. Die Städte setzen sich demgemäß aus kleinen Gemeinschaften, ‚natural areas‘, zusammen, sie bestehen aus einem ‚Mosaik kleiner Welten‘.

9.2 Analyse

Die Stadtpolitik hat im Laufe des 20. Jahrhunderts an dem Ziel festgehalten, in möglichst allen Wohnquartieren eine ‚soziale Mischung‘ zu erreichen. Der Realisierung dieses Ziels kamen die Städte in den 50er und 60er Jahren am nächsten, als die Integration von Zuwanderern über den Arbeitsmarkt gesichert und mit dem sozialen Wohnungsbau ein wirksames Steuerungsinstrument zur Verfügung stand. Seit die Zahl der Ausländer zunimmt, ohne daß diese Zunahme ein direktes Resultat der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wäre, ist das Homogenitätsmodell ins Wanken geraten.

Eine Grundaussage des Gutachtens ist, daß sich das ‚europäische Modell‘ angesichts der künftig zu erwartenden Entwicklungen wahrscheinlich nicht aufrechterhalten läßt, und daß die Versuche, ‚Mischung‘ in allen Stadtvierteln durchzusetzen, eher schädliche Konsequenzen für die Zuwanderer haben. Denn die Instrumente, um Segregation zu vermeiden, bestehen vor allem aus Verboten (Quotierung, Zuzugssperre etc.), die die

Spielräume der Migranten einengen, aber ihnen keine bessere Integrationsperspektive eröffnen.

Das verfügbare empirische Wissen über die Differenzen zwischen ausländischer und einheimischer Bevölkerung bei der Wohnungsversorgung und bei der Verteilung der Wohnstandorte im Stadtraum wird in den Kapiteln 2 und 4 zusammengefaßt.

Warum Segregation überhaupt ein Problem ist, wird in Kapitel 3 diskutiert. Dabei wird festgestellt, daß die ‚ethnische Segregation‘, d.h. die Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Quartieren nicht als solche bereits ein ‚Problem‘ darstellen muß – daß dies aber bei der ‚sozialen‘ Segregation der Fall ist. In der Realität der Städte überlagern sich nun bei den Zuwanderern beide Formen von Segregation, so daß in der Öffentlichkeit allgemein ein ‚ethnisches‘ Quartier vorschnell mit einem ‚Problemquartier‘ gleichgesetzt wird. Diese Differenzierung wird erst dann möglich, wenn man die verschiedenen Gründe für Segregation auseinanderhält.

Wenn man die Argumente, die für bzw. gegen die räumliche Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in der Stadt sprechen, vergleicht (Kapitel 5), dann zeigt sich eine hohe Ambivalenz: Konzentration ist gut für Selbsthilfe und Selbstvergewisserung, für politische Artikulation und den Aufbau einer speziellen Infrastruktur, sie ist aber nachteilig für Karrieren außerhalb des eigenen Viertels, für die Leistungskraft sozialer Netze und für die kulturelle Integration in die Aufnahmegesellschaft.

Die scheinbare Paradoxie kann aufgelöst werden in eine kurzfristige und langfristige Wirkung: für die erste Zeit nach der Zuwanderung bietet eine ethnische Kolonie Hilfe und Orientierung, stabilisiert die eigene Identität und gibt Sicherheit für die ersten Schritte in der Fremde. Bleiben aber die Verkehrskreise der Individuen langfristig auf die Kolonie beschränkt, wirkt dies isolierend und ausgrenzend. Die Unterscheidung zwischen einer funktionalen und einer strukturellen Segregation ist daher grundlegend für die Diskussion über die Segregation von Zuwanderern: die erste fördert, die zweite behindert Integration.

Analysiert man die Diskussion über Segregation (Kapitel 6), dann wird deutlich, daß sie von einigen Fehlschlüssen und vielen Mißverständnissen geprägt ist. Weder ist es üblich, den zuvor genannten Unterschied zu machen, noch wird differenziert nach der Art und Weise, wie Segregation zustande kommt, und wo eigentlich die Konflikte entstehen, die vermieden werden sollen. Eine funktionale Segregation ist auch eine freiwillige, wie sie im übrigen in verschiedenen Varianten im Stadtraum vorkommt (Quartiere der Reichen, der Familien, der Alternativszene etc.), während eine strukturelle Segregation eine erzwungene ist.

Wenn sich, wie es in deutschen Städten die Regel ist, Angehörige der deutschen Unterschicht mit ebenso mittellosen Zuwanderern in unfreiwilliger Nachbarschaft treffen, kann es kaum verwundern, daß es zu Konflikten kommt: häufige Kontakte aufgrund räumlicher Nähe haben nur dann eine integrierende Wirkung, wenn sich die

Gruppen, die neben- oder miteinander leben, auch (aufgrund eines ähnlichen Lebensstils) ohne intensive Kommunikation verstehen oder gar gemeinsame Interesse haben. Wenn noch hinzu kommt, daß die einheimische Bevölkerung die wachsende Präsenz von Ausländern im Wohngebiet als Anzeichen für einen sozialen Abstieg wahrnehmen, weil sie eigene Verlusterfahrungen (z.B. durch Arbeitslosigkeit) gemacht haben, dann ist die gegenseitige Respektierung der unwahrscheinliche Fall.

Überdies findet die Kohabitation von einheimischen Modernisierungsverlierern und Zuwanderern in Quartieren statt, die aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung – und im Fall von Großwohnsiedlungen zusätzlich aufgrund ihrer Lage und ihrer städtebaulichen Merkmale – wenig Ressourcen für die Bewohner bereithalten.

Im Kapitel 7 werden die Vor- und Nachteile einer ethnischen Kolonie am Beispiel der ‚ethnischen Ökonomie‘ beschrieben und diskutiert.

9.3 Politische Folgerungen

Als allgemeiner Grundsatz wird formuliert: freiwillige Segregation sollte nicht behindert werden, der Übergang aus der Kolonie in die Mehrheitsgesellschaft aber mit allen Mitteln gefördert werden. Das führt zu der Empfehlung, eine Linie lokaler Politik zu suchen, die sich auf dem schmalen Grat bewegt, der zwischen einer Förderung der Selbstorganisation (und damit der Kolonie) und der Förderung der individuellen Integration (und damit der Auflösung der Kolonie) bewegt. Während die Kolonie als Institution dann immer bestehen bliebe, würden die Individuen durch sie hindurchwandern und nicht strukturell ausgegrenzt. Die Kolonie hätte dann die Funktion einer Durchgangsstation, wie sie in jeder Einwanderungsstadt unvermeidlich und notwendig ist.

Eine Konsequenz aus dieser Linie der Integrationspolitik wäre eine ‚kulturautonome Integration‘, die darauf verzichtet, die (ohnehin wirkungslose) Bekämpfung von ethnischer Segregation anzustreben, und stattdessen sowohl Selbstorganisation als auch interkulturelle Organisationen zu unterstützen.

9.4 Empfehlungen

Hinweise auf einzelne Elemente einer solchen Stadtpolitik werden im Kapitel 8 gegeben. Damit müßte allerdings die bis heute oberste Priorität, ethnische Konzentrationen vermeiden zu wollen, zugunsten einer multikulturellen Stadt aufgegeben werden. Auf der einen Seite müßte also die *soziale* Segregation wegen ihrer negativen Folgen für die Bewohner von ausgegrenzten Quartieren bekämpft werden, die *ethnische* jedoch zugelassen und durch entsprechende Angebote zu einer nur temporären Heimat für die Zuwanderer verwandelt werden. Wenn die Überlagerung von ethnischer und sozialer Segregation verhindert werden kann, kann auch die soziale und politische Fragmentierung der Stadt verhindert werden. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Mehrheitsgesellschaft die Wege für die individuelle Integration von Zuwanderern offen hält.

Literatur

- Akkaya, Kadri 2000: Zuwanderung: Anforderungen an die öffentlichen Einrichtungen und Möglichkeiten der kommunalen Versorgung am Beispiel Kölns. In: Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Hg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik (Reihe: Interkulturelle Studien, hg. von Georg Auernheimer et al., Bd. 5). Opladen: Leske+Budrich, 247-257
- Alisch, Monika und Jens Dangschat 1998: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit. Opladen: Leske+Budrich
- Alpheis, Hannes 1990: Erschwert die ethnische Konzentration die Eingliederung? In: Hartmut Esser und Jürgen Friedrichs (Hg.): Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie (Reihe: Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 97). Opladen: Westdeutscher Verlag, 147-184
- Amir, Y. 1969: Contact Hypothesis in Ethnic Relations. In: Psychological Bulletin 71, 5, 319-342
- Anhut, Reimund und Wilhelm Heitmeyer 2000a: Bedrohte Stadtgesellschaft. Diskussion von Forschungsergebnissen. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, München: Juventa, 551-569
- Anhut, Reimund und Wilhelm Heitmeyer 2000b: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, München: Juventa, 17-75
- Auernheimer, Georg, Viktor von Blumenthal, Heinz Stübiger und Bodo Willmann 1996: Interkulturelle Erziehung im Schulalltag. Fallstudien zum Umgang von Schulen mit der multikulturellen Situation. Münster, New York: Waxmann
- Bade, Klaus J. (Hg.) 1994: Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland. Dritte, neubearbeitete und aktualisierte Ausgabe. Hannover: Landeszentrale für politische Bildung
- Bahrtdt, Hans Paul 1969: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Hamburg: Wegner (Neuaufgabe 2000 bei Leske+Budrich)
- Baringhorst, Sigrid 1991: Fremde in der Stadt. Multikulturelle Minderheitenpolitik, dargestellt am Beispiel der nordenglischen Stadt Bradford. Baden-Baden: Nomos
- Baringhorst, Sigrid 1999: Multikulturalismus und Kommunalpolitik. Über einige nicht intendierte Folgen kommunaler Minderheitenpolitik in Großbritannien. In: Leviathan, 27, 3, 287-308

- Bartelheimer, Peter 2000: Soziale Durchmischung am Beispiel Frankfurt am Main – Problemwahrnehmung und empirische Befunde. In: vhw FW, Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, Verbandsorgan des vhw, 6 (Juni), 219-229
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.) 1994a: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1993. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hg.) 1994b: Daten und Fakten zur Ausländersituation. Bonn: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.) 2000a: Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, Berlin: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.) 2000b: Daten und Fakten zur Ausländersituation. Bonn, Berlin: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen
- Becker, Heidede und K. Dieter Keim (Hg.) 1977: Gropiusstadt: soziale Verhältnisse am Stadtrand: soziologische Untersuchung einer Berliner Großsiedlung. Reihe: Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Nr. 59. Stuttgart et al.: Kohlhammer
- Becker, Heidede, Johann Jessen und Robert Sander (Hg.) 1999: Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. 2. Aufl., hg. v. der Wüstenrot-Stiftung, Deutschem Eigenheimverein e.V., Ludwigsburg. Stuttgart et al.: Krämer
- Benzler, Susanne und Hubert Heinelt 1991: Stadt und Arbeitslosigkeit. Örtliche Arbeitsmarktpolitik im Vergleich. Opladen: Leske+Budrich
- Best, Ulrich 1999: Moscheen und ihre Kontakte nach Außen. In: G. Jonker; A. Kapphan (Hg.), Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats, 46 - 51
- Blanc, Maurice 1991: Von heruntergekommenen Altbauquartieren zu abgewerteten Sozialwohnungen. Ethnische Minderheiten in Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8, 447-457
- Blaschke, Joachim, Ahmet Ersöz und Thomas Schwarz 1987: Die Formation ethnischer Kolonien: wirtschaftliche Kleinbetriebe, politische Organisation und Sportvereine. In: Jürgen Friedrichs (Hg.): Technik und sozialer Wandel, 23. Deutscher Soziologentag, Hamburg 29.09.-02.10.1986. Opladen: Westdeutscher Verlag, 584-587
- Böltken, Ferdinand 1994: Regionalinformationen für und aus Umfragen: Einstellungen zum Zusammenleben von Deutschen und Ausländern im Wohngebiet. In: Allgemeines statistisches Archiv (ASTA), Organ der deutschen Statistischen Gesellschaft, Bd. 78, H. 1. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 74-95

- Böltken, Ferdinand 1999: Soziale Distanz und räumliche Nähe – Einstellungen und Erfahrungen im alltäglichen Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet. In: P. Schmidt (Hg.): Wir und die anderen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 141-188
- Bourdieu, Pierre 1991: Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Martin Wentz (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt a.M., New York: Campus, 25-34
- Bremer, Peter 2000: Ausgrenzungsprozesse und die Spaltung der Städte. Zur Lebenssituation von Migranten. Opladen: Leske+Budrich
- Breton, Raymond 1965: Institutional Completeness of Ethnic Communities and the Personal Relations of Immigrants. In: American Journal of Sociology, 70, 2, 193-205
- Bucher, Hansjörg et al. 1991: Wanderungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland der 80er Jahre. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 7/8, 501-512
- Bultkamp, Martin 2001: Sozialräumliche Segregation in Hannover. Armutslagen und soziodemographische Strukturen in den Quartieren der Stadt. Hannover: agis
- Burgess, Ernest W. 1973: On Community, Family, and Delinquency: Selected Writings. Hg. v. Leonard S. Cottrell Jr., Albert Hunter und James F. Short Jr. Chicago et al.: The University of Chicago Press
- Byron, Margaret 1997: Karibische Zuwanderer auf dem britischen Wohnungsmarkt. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung (Leviathan Sonderheft 17), Opladen: Westdeutscher Verlag, 308-327
- Clark, William A.V. 1992: Residential Preferences and Residential Choices in a multi-ethnic context. In: Demography, 29, 351-466
- Dangschat, Jens S. 1998: Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum. In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase und Otto Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 21-96
- Dollase, Rainer 1994: Wann ist der Ausländeranteil in Gruppen zu hoch? – Zur Normalität und Pathologie soziometrischer Beziehungen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 404-434
- Eckert, Josef und Mechthilde Kibler 1997: Südstadt, wat es dat? – Kulturelle und ethnische Pluralität in modernen urbanen Gesellschaften am Beispiel eines innerstädtischen Wohngebiets in Köln. Köln: PapyRossa
- Eichener, Volker 1988: Ausländer im Wohnbereich. Theoretische Modelle, empirische Analysen und politisch-praktische Maßnahmenvorschläge zur Eingliederung einer gesellschaftlichen Außenseitergruppe. Regensburg: Transfer Verlag
- Elias, Norbert und John L. Scotson 1993: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp

- Elwert, Georg 1982: Probleme der Ausländerintegration. Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34, 4, 717-731
- Elwert, Georg 1984: Die Angst vor dem Ghetto. Binnenintegration als erster Schritt zur Integration. In: Ahmet Bayaz et al. (Hg.): Integration: Anpassung an die Deutschen? Weinheim, Basel: Beltz, 51-74
- Engels, Friedrich 1845 (1972): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: Marx-Engels-Werke, Band 2, Berlin: Dietz Verlag Berlin (Ost), 225 – 506
- Entzinger, Han 1997: Multikulturalismus und Wohlfahrtsstaat: Zuwanderungs- und Integrationspolitik in den Niederlanden. In: Albrecht Weber (Hg.): Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union: Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten (Schriften des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, IMIS, Bd. 5. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, 157-176
- Esser, Hartmut 1986: Ethnische Kolonien: Binnenintegration oder gesellschaftliche Isolation? In: Jürgen H.P. Hoffmeyer-Zlotnik (Hg.): Segregation und Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim: Forschung, Raum und Gesellschaft e.V., 106-117
- Farwick, Andreas 1999: Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der residentialen Segregation von Sozialhilfeempfängern am Beispiel der Städte Bremen und Bielefeld. Dissertation. Bremen: Universität
- Fijalkowski, Jürgen 1988: Ethnische Heterogenität und soziale Absonderung in deutschen Städten: Zu Wissensstand und Forschungsbedarf. (Reihe: Ethnizität und Gesellschaft, Occasional papers Nr. 13). Berlin: Das Arabische Buch
- Fijalkowski, Jürgen und Helmut Gillmeister 1997: Ausländervereine - ein Forschungsbericht: über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins (Reihe: Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa, Bd. 5). Berlin: Hitit
- Firley, Ingo 1997: Multikulturelle Gesellschaft in den Niederlanden. Pfaffenweiler: Centaurus
- Fisch, Stefan 1988: Stadtplanung im 19. Jahrhundert: das Beispiel München bis zur Ära Theodor Fischer. München: Oldenbourg
- Fischer, Dietlind, P. Schreiner, G. Doye und Ch.Th. Scheilke 1996: Auf dem Weg zur Interkulturellen Schule. Fallstudien zur Situation interkulturellen und interreligiösen Lernens. Münster: Waxmann
- Fishman, Robert 1987: Bourgeois utopias. The rise and fall of suburbia. New York: Basic Books
- Flade, Antje und Renate Guder 1988: Segregation und Integration der Ausländer. Eine Untersuchung der Lebenssituation der Ausländer in hessischen Gemeinden mit hohem Ausländeranteil. Darmstadt: Institut Wohnen und Umwelt

- Friedrichs, Jürgen 1977: Stadtanalyse. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Friedrichs, Jürgen 1995: Stadtsoziologie. Opladen: Leske+Budrich
- Friedrichs, Jürgen 1998a: Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten? Neuere Befunde der Stadtsoziologie zum Verhältnis von Einheimischen und Zugewanderten in Deutschland. In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase und Otto Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Friedrichs, Jürgen 1998b: Ethnic Segregation in Cologne, Germany, 1984-94. In: Urban Studies, 35, 10, 1745-1765
- Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius 2000: Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske+Budrich
- Gans, Herbert J. 1967: The Levittowners. Ways of Life and Politics in a New Suburban Community. New York: Pantheon Books
- Gans, Herbert J. 1974a: Die ausgewogene Gemeinde: Homogenität oder Heterogenität in Wohngebieten? In: Ulfert Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, 187-208
- Gans, Herbert J. 1974b: Urbanität und Suburbanität als Lebensformen: Eine Neubewertung von Definitionen. In: Ulfert Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, 67-90
- GdW (Hg.) 1998: Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. GdW Schriften 48, Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Köln, Berlin
- Gebhardt, Dirk 1999: Muslimische Gemeinden auf der Suche nach Räumlichkeiten. In: G. Jonker; A. Kapphan (Hg.), Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats, 52 - 58
- Geißler, Rainer 1996: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung. 2. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Gesemann, Frank und Andreas Kapphan 2000: Islamische Organisationen in Berlin zwischen Marginalisierung und Anerkennung. In: iza Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, H. 3-4, 49-57
- Göddecke-Stellmann, Jürgen 1994: Räumliche Implikationen der Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern. Rückkehr zu alten Mustern oder Zeitenwende? In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 5/6, 373-386
- Goldberg, Andreas und Faruk Şen 1997: Türkische Unternehmer in Deutschland. Wirtschaftliche Aktivitäten einer Einwanderungsgesellschaft in einem komplexen Wirtschaftssystem. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung (Leviathan Sonderheft 17). Opladen: Westdeutscher Verlag, 63-84

- Gün, Ilhan und Rüdiger Damm 1994: Außenseiter. Die Geschichte des Zusammenlebens und kommunale Ausländerpolitik/Ausländerarbeit. Berlin: VWB Verlag für Wissenschaft und Bildung
- Habermas, Jürgen 1996: Inklusion – Einbeziehen oder Einschließen? Zum Verhältnis von Nation, Rechtsstaat und Demokratie. In: ders.: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 154-184
- Hamm, Bernd 1998: Nachbarschaft. In: Hartmut Häußermann (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske+Budrich, 172-181
- Han, Petrus 2000: Soziologie der Migration. Stuttgart: Lucius & Lucius (UTB)
- Hanesch, Walter, Peter Krause und Gerhard Bäcker 1994: Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek: rororo
- Hanhörster, Heike und Margit Mölder 2000: Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich. In: Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut (Hg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, München: Juventa, 347-400
- Hannemann, Christine 2000: Die Platte: industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. 2. erw. Aufl. Berlin: Schelzky & Jeep
- Harvey, David 1973: Social Justice and the City. Baltimore: John Hopkins University Press
- Häußermann, Hartmut 1983: Amerikanisierung der deutschen Städte? In: Volker Roscher (Hg.): Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereichs. Hamburg: Christians, 137-159
- Häußermann, Hartmut 1996: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland. In: Widersprüche, H. 60 (Juni), 13-20
- Häußermann, Hartmut und Andreas Kapphan 2000: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske+Budrich
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (Hg.) 1993: New York. Strukturen einer Metropole. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 1995: Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 2000: Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Annette Harth, Gitta Scheller und Wulf Tassin (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske+Budrich, 120-140
- Heckmann, Friedrich 1992: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation: Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart: Enke
- Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, Helmut 1997: Verlockender Fundamentalismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp

- Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund (Hg.) 2000: Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa
- Heitmeyer, Wilhelm 1998: Versagt die 'Integrationsmaschine' Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase und Otto Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 443-467
- Herlyn, Ulfert 1974: Wohnquartier und soziale Schicht. In: ders. (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung. 13 Aufsätze. München: Nymphenburger Verlagsbuchhandlung, 16-41
- Herlyn, Ulfert, Adelheid von Saldern und Wulf Tassin (Hg.) 1987: Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre – Ein historisch-soziologischer Vergleich. Frankfurt a.M., New York: Campus
- Hoffmann, Lutz 1997: Vom Gastarbeiterparlament zur Interessenvertretung ethnischer Minderheiten. Die Entwicklung der kommunalen Ausländerbeiräte im Kontext der bundesdeutschen Migrationsgeschichte. Hg. v. der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) und der Arbeitsgemeinschaft kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen (AG KANN). Wiesbaden, Osnabrück
- Hoffmann-Axthelm, Dieter 1993: Die dritte Stadt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Hoorn, F.J.J.H. van und J.A. van Ginkel 1986: Racial Leapfrogging in a Controlled Housing Market: the Case of the Mediterranean Minority in Utrecht, the Netherlands. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, 77, 187-196
- Ipsen, Detlev 1978: Wohnsituation und Wohninteresse ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland. In: Leviathan, Nr. 4, 558-573
- Jansen, Mechthild M. und Sigrid Baringhorst (Hg.) 1994: Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration. Baden-Baden: Nomos
- Jonker, Gerdien und Andreas Kapphan 1999: Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats von Berlin
- Kapphan, Andreas 1995: Nichtdeutsche in Berlin-West: Zuwanderung, räumliche Verteilung und Segregation 1961-1993. In: Berliner Statistik 12, 198-208
- Kapphan, Andreas 1997: Russisches Gewerbe in Berlin. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung (Leviathan Sonderheft 17). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 121-137
- Kapphan, Andreas 1999: Zuwanderung von Muslimen und ethnische Gemeindefstrukturen. In: G. Jonker; A. Kapphan (Hg.), Moscheen und islamisches Leben in Berlin. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats, 9 - 16

- Kapphan, Andreas 2000: Die Konzentrationen von Zuwanderern in Berlin: Entstehung und Auswirkungen. In: Klaus M. Schmals (Hg.): Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen: Leske+Budrich, 137-153
- Kecskes, Robert und Stephan Knäble 1988: Der Bevölkerungsaustausch in ethnisch gemischten Wohngebieten. Ein Test der Tipping-Theorie von Schelling. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29, Soziologische Stadtforschung
- Kempen, Ronald van; A. Şule Özüekren 1998: Ethnic Segregation in Cities: New Forms and Explanations in a Dynamic World. In: Urban Studies, Vol. 35, 1631-1656
- Keßler, Uwe und Anna Roß 1991: Ausländer auf dem Wohnungsmarkt einer Großstadt. Das Beispiel Köln. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 7/8, 429-438
- Kißler, Mechthilde und Josef Eckert 1990: Multikulturelle Gesellschaft und Urbanität – Die soziale Konstruktion eines innerstädtischen Wohnviertels aus figurationssoziologischer Sicht. In: Migration, H. 8, 43-81
- Kronauer, Martin 2001 (im Erscheinen): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M.
- Kronauer, Martin und Berthold Vogel 2002 (im Erscheinen): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Krummacker, Michael 1999: Agenda interkulturelle Stadtpolitik – Das 'Essener Modell' zur Konzeptentwicklung und Empfehlungen zur Übertragung (Reihe: FESA-Transfer. Beiträge zur Entwicklung der sozialen Arbeit, Bd. 7, hrsg. von N. Wohlfahrt). Bochum
- Krummacker, Michael und Viktoria Waltz 1996: Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen: Klartext
- Lamura, Giovanni 1998: Migration und kommunale Integrationspolitik. Vergleich der Städte Bremen und Bologna. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag
- Leggewie, Claus 1993: Der Islam im Westen. Zwischen Neo-Fundamentalismus und Euro-Islam. In: J. Bergmann; A. Hahn; T. Luckmann (Hg.): Religion und Kultur. Opladen: Westdeutscher Verlag. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 271-291
- Lindner, Rolf 1990: Die Entdeckung der Stadtkultur, Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Loch, Dietmar 1994: Kommunale Minderheitenpolitik in Frankreich. In: Mechthild M. Jansen und Sigrid Baringhorst (Hg.): Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration. Baden-Baden: Nomos, 155-167

- Logan, John R., Richard D. Alba und Michael Dill 2000: Ethnic Segmentation in the American Metropolis: Increasing Divergence in Economic Incorporation, 1980-1990. In: *International Migration Review*, 34, 1 (Spring), 98-132
- Marcuse, Peter 1998: Ethnische Enklaven und rassische Ghettos in der postfordistischen Stadt. In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase und Otto Backes (Hg.): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 176-193
- McKenzie, Fiona 1997: Australien: Auswirkung der jüngsten Zuwanderung auf die Lokale Politik. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hg.): *Zuwanderung und Stadtentwicklung (Leviathan Sonderheft 17)*, 409-426
- Mehrländer, Ursula, Carsten Ascheberg und Jörg Ueltzhöffer 1996: Repräsentativuntersuchung '95: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Berlin, Bonn, Mannheim
- Senatsverwaltung 1995: *Migration Berlin: Zuwanderung, gesellschaftliche Probleme, politische Ansätze*. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie
- Morris, Lydia D. 1987: Local social polarization: a case study of Hartlepool. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 11, 3, 331-350
- Pahl, Ray 1975: *Whose City? – And further Essays on Urban Society*. Harmondsworth: Penguin Books
- Pahl, Ray 1977: Managers, Technical Experts and the State: Forms of Mediation, Manipulation and Dominance in Urban and Regional Development. In: Michael Harloe (ed.): *Captive Cities: Studies in the Political Economy of Cities and Regions*. London et al.: John Wiley, 49-60
- Park, Robert und Ernest W. Burgess 1925: *The City*. Chicago: University Press
- Peach, Ceri 1998: Loic Wacquant's 'Three Pernicious Premises in the Study of the American Ghetto'. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 22, 507-510
- Penninx, Rinus 1994: Die niederländische Gesellschaft und ihre Einwanderer. Einwanderungs- und Minderheitenpolitik, öffentlicher Diskurs und Multikulturelles in den Niederlanden. In: Mechtild M. Jansen und Sigrid Baringhorst (Hg.): *Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration*. Baden-Baden: Nomos, 105-124
- Phillips, Derek und Valerie Karn 1992: Race and housing in a Property Owning Democracy. In: *New Community*, 18, 355-369
- Portes, Alejandro und Julia Sensenbrenner 1993: Embeddedness and Immigration: Notes on the Social Determinants of Economic Action. In: *American Journal of Sociology*, 98, 6 (May), 1320-1350

- Pret eille, Edmond 2000: Segregation, class and politics in large cities. In: Arnaldo Bagnasco und Patrick Le Gal s (Hg.): *Cities in Contemporary Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 74-97
- Przybyla, Rotraut 1999: Projekte und Perspektiven einer Zentralmoschee. In: G. Jonker; A. Kapphan (Hg.), *Moscheen und islamisches Leben in Berlin*. Berlin: Ausländerbeauftragte des Senats, 59 - 65
- Puskeppelait, Jürgen und Dietrich Thränhardt 1990: Vom betreuten Ausländer zum gleichberechtigten Bürger. *Perspektiven der Beratung und Sozialarbeit, der Selbsthilfe und Artikulation und der Organisation und Integration der eingewanderten Ausländer aus den Anwerbestaaten in der Bundesrepublik Deutschland*. Freiburg i.B.: Lambertus-Verlag
- Rex, John 1998: Multikulturalität als Normalität moderner Stadtgesellschaften. *Betrachtungen zur sozialen und politischen Integration ethnischer Minderheiten*. In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase und Otto Backes (Hg.): *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 123-142
- Riethof, Huib 1994: Vom Klient zum Partner: Anmerkungen zu niederländischen Politiken gegen Benachteiligung. In: Rolf Froessler et al. (Hg.): *Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*. Basel: Birkhäuser, 110-118
- Sandel, Bernhard 2000: Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland und den USA. In: Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Hg.): *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik* (Reihe: *Interkulturelle Studien*, hg. von Georg Auernheimer et al., Bd. 5). Opladen: Leske+Budrich, 134-151
- Schäfers, Bernhard 2000: Historische Entwicklung der Sozialstruktur in Städten. In: Annette Harth, Gitta Scheller und Wulf Tessin (Hg.): *Stadt und soziale Ungleichheit*. Opladen: Leske+Budrich, 64-78
- Schmitz, Martin 1998: *Integrationsmaßnahmen und Integrationspolitik der Stadt Frankfurt am Main*. Hrsg. von der Stadt Frankfurt, Amt für multikulturelle Angelegenheiten
- Schöning-Kalender, Claudia 1988: Die Familie, die Fremde und die Kolonie. Zur Kulturspezifik türkischer Arbeitsmigration. In: Ina-Maria Greverus, Konrad Köstlin und H. Schilling (Hg.): *Kulturkontakt, Kulturkonflikt. Zur Erfahrung des Fremden*, Teil 1. 26. Dt. Volkskundekongress in Frankfurt vom 28. Sept.-2. Okt. 1987. Frankfurt a.M.: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt am Main, 251-254
- Schubert, Herbert 1996: *Anforderungen von Migranten an Wohnungen und Gewerbestandorte. Marktstudie für das Projekt 'Internationales Wohnen und Gewerbe am Kronsberg'*. Hannover: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung

- Schulte, Axel 2000: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie: Lebensverhältnisse von Migranten und staatliche Integrationspolitiken in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klaus M. Schmals (Hg.): Migration und Stadt. Opladen: Leske+Budrich, 34-84
- Siebel, Walter 1997: Die Stadt und die Zuwanderer. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung (Leviathan Sonderheft 17). Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 30-41
- Siebel, Walter 2000: Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In: Deutsche Bauzeitung (DB), 134, 10 + 11
- Simmel, Georg 1984: Die Großstädte und das Geistesleben. In: ders.: Das Individuum und die Freiheit. Berlin: Wagenbach, 192-204
- Sozialorientierte Stadtentwicklung 1998. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin: Kulturbuch-Verlag
- Stadt Frankfurt 1995: Die Frankfurter Ortsteile 1987-1994. Reihe Materialien zur Stadtbeobachtung H. 6. Frankfurt: Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen
- STATIS Hannover 1994: Wohnberechtigte Bevölkerung am 01.01.1994 nach Statistischen Bezirken und Stadtteilen. Hannover: Statistikstelle
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 1992: Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 2000: Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Stefanski, Valentina-Maria 1991: Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet. Schriften des Deutsch-Polnischen Länderkreises der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft e.V., Bd. 6. Dortmund: Universität, Forschungsstelle Ostmitteleuropa
- Stiftung Bauhaus Dessau (Hg.) 1995: Zukunft aus Amerika. Fordismus in der Zwischenkriegszeit: Siedlung, Stadt, Raum. Berlin
- Teczan, Levent 2000: Kulturelle Identität und Konflikt. Zur Rolle politischer und religiöser Gruppen der türkischen Minderheitsbevölkerung. In: W. Heitmeyer; R. Anhut (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim und München: Juventa, 401 - 448
- Thomas, Alexander 1994: Können interkulturelle Begegnungen Vorurteile verstärken? In: ders. (Hg.): Psychologie und multikulturelle Gesellschaft. Problemanalysen und Problemlösungen ; Ergebnisse des 14. Workshop-Kongresses der Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologen (BDP) in Regensburg. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie, 227-238
- Triesscheijn, Cyriel 1994: Anti-Diskriminierungsarbeit in den Niederlanden auf lokaler Ebene am Beispiel von RADAR. In: Mechtild M. Jansen und Sigrid Baringhorst (Hg.): Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration. Baden-Baden: Nomos, 125-130

- Veraart, Jan 1988: Turkish Coffee-Houses in Holland. In: Migration, H. 3, 97-113
- Waldinger, Roger 1993: Ethnische Gruppen im Konflikt: Iren, Juden, Schwarze und Koreaner. In: Hartmut Häußermann und Walter Siebel (Hg.): New York. Strukturen einer Metropole. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 108-145
- Wegener, Bernd 1997: Vom Nutzen entfernter Bekannter. In: J. Friedrichs; K. U. Meyer; W. Schluchter (Hrsg.), Soziologische Theorie und Empirie, 278-301
- Wehrheim, Jan 2000: Kontrolle durch Abgrenzung – Gated Communities in den USA. In: Kriminologisches Journal, 32, 2, 108-128
- Winter, Horst 1999: Wohnsituation der Haushalte 1998. Ergebnisse der Mikrozensus-Ergänzungserhebung. In: Wirtschaft und Statistik, H. 11, 858-864
- Wolf-Almanasreh, Rosi 1999: Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten – ein Beispiel aus der Stadt Frankfurt am Main. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, H. 3, 222-228
- Zukin, Sharon 1998: How 'Bad' is it? Institutions and Intentions in the Study of American Ghetto. In: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 22, 511-520

Vorarbeiten der Autoren, die in dieses Gutachten eingeflossen sind:

- * Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 1987: Neue Urbanität. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- * Häußermann, Hartmut 1983: Amerikanisierung der deutschen Städte? Bedingungen der Stadtentwicklung in den USA im Vergleich zur Bundesrepublik im Bezug auf das Wohnen. In: Volker Roscher (Hg.): Wohnen. Beiträge zur Planung, Politik und Ökonomie eines alltäglichen Lebensbereiches. Hamburg: Christians Verlag, 137-159
- * Häußermann, Hartmut und Walter Siebel (Hg.) 1993: New York. Strukturen einer Metropole. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- * Häußermann, Hartmut 1995: Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden. In: Berliner Journal für Soziologie, 5, 1, 89-98
- * Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 1995: Dienstleistungsgesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- * Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 1996: Soziologie des Wohnens. Weinheim: Juventa Verlag
- * Siebel, Walter 1997a: Schmelztiegel Ruhrgebiet? In: Zusammenleben im Stadtteil. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW, Dortmund ILS 118/1997,44-48
- * Siebel, Walter 1997b: Die Stadt und die Zuwanderer. In: Hartmut Häußermann und Ingrid Oswald (Hg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung (Leviathan Sonderheft 17). Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 30-41
- * Häußermann, Hartmut 1998: Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen 'underclass'? In: Wilhelm Heitmeyer, Rainer Dollase und Otto Backes (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 145-175
- * Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 1998: Stadt und Urbanität. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 51, 4, 293-307
- * Häußermann, Hartmut 2000: Stadtentwicklung und Zuwanderung – Wandel des Integrationsmodus? In: H. Wendt und A. Heigl (Hg.), Ausländerintegration in Deutschland. Vorträge auf der 2. Tagung des Arbeitskreises 'Migration - Integration - Minderheiten' der deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw). Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 101, 33-48
- * Siebel, Walter 2000: Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In: Deutsche Bauzeitung (DB), 134, 10 + 11
- * Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 2000: Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Annette Harth, Gitta Scheller und Wulf Tessin (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske+Budrich, 120-140

Glossar

Einheimische: der Teil der Bevölkerung, der nach Staatsangehörigkeit und kultureller Prägung zur 'Stammbevölkerung' gehört. Die Begriffe **Deutsche, Inländer, Autochthone bzw. Angehörige der Mehrheitskultur** werden synonym benutzt.

Ethnische Kolonie: eine dauerhafte sozialräumliche Konzentration von Angehörigen einer ethnischen Minderheit, innerhalb derer eigene Institutionen und eine eigene Infrastruktur bestehen, die von der Herkunftskultur der Migranten geprägt ist. Sie kann auf freiwilliger oder unfreiwilliger Segregation beruhen – im besten Fall dient sie als ‚Schleuse‘ in die Aufnahmegesellschaft, im schlechten Fall als ‚Mobilitätsfalle‘.

Ghetto: Das Ghetto ist ein Ort, auf den eine ethnische oder religiöse Minderheit unfreiwillig eingegrenzt ist und der von der Mehrheitsgesellschaft kulturell diskriminiert wird. Das Ghetto ist ein soziales Gefängnis.

Konzentration: Bezeichnung der Überrepräsentation einer Bevölkerungsgruppe in bestimmten Teilgebieten der Stadt, gemessen z.B. im Anteil der Ausländerbevölkerung in einem Quartier im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt.

Migranten: wir bezeichnen als Migranten alle Bewohner einer Stadt, die aus einem anderen Staat nach Deutschland mit der Absicht eines längeren oder Dauer-Aufenthalts zugewandert sind. Die Begriffe **Fremde, Ausländer, Zuwanderer, ethnische Minderheiten** werden synonym benutzt.

Segregation: ungleiche Verteilung der Bevölkerung auf Stadtteile bzw. Quartiere; die Sortierung von verschiedenen Gruppen der Wohnbevölkerung erfolgt durch den Markt (Kaufkraft der Haushalte), durch die Wohnungsvergabe (Diskriminierung von Minderheiten, oder Steuerung durch öffentliche Träger) oder durch subjektive Präferenzen, die sich nach Alter, Familienstand oder Lebensstil unterscheiden. Segregation kann sich entlang ökonomischer, sozialer, demographischer, religiöser oder ethnischer Merkmale entwickeln. Dabei ist zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation zu unterscheiden.

- **Funktionelle Segregation:** damit wird eine vorübergehende Segregation – insbesondere bei Zuwanderern – bezeichnet, die zeitlich (für die Einzelnen) befristet ist und während der ersten Phasen der Eingewöhnung materielle und emotionale Unterstützung in der Fremde bedeutet.

- **Strukturelle Segregation:** eine durch Diskriminierung oder Integrationssperren verfestigte Segregation, die die Zuwanderer in einer ‚Parallelgesellschaft‘ festhält und Integration unwahrscheinlich macht; sie bedeutet für die Betroffenen auf Dauer Ausschluß von sozialer Mobilität.

Segregationsindex: ein statistisches Maß, mit dem die Abweichung der Verteilung der Wohnstandorte einer Minderheit von der Verteilung der Wohnstandorte einer Mehrheit über das Stadtgebiet ausgedrückt wird.